

Bayerisches Staatsinstitut  
für Hochschulforschung  
und Hochschulplanung

IHF

21

Eva v. Willmann

**Weiterbildung an Hochschulen**

Beispiele und Probleme

Eva v. Willmann

WEITERBILDUNG AN HOCHSCHULEN  
BEISPIELE UND PROBLEME

Inhalt	Seite
Inhaltsverzeichnis	I
Tabellenverzeichnis	V
Kurzfassung	VII
1 <b>Einleitung</b>	1
2 <b>Weiterbildendes Studium in alleiniger           Verantwortung der Hochschulen</b>	4
2.1    Definition des Begriffes "weiterbildendes Studium"	4
2.1.1 Abgrenzung von Zusatz-, Ergänzungs- und Aufbaustudium	4
2.1.2 Festlegung eines eigenen Arbeitsbegriffes	4
2.2    Weiterbildendes Studium im engeren Sinne	7
2.2.1 Inhalte und Methoden der Lehre	9
2.2.2 Studienorganisation	17
2.2.3 Einbindung in die Hochschulstruktur	22
2.2.4 Honorare und Gebühren	29
2.3    Übrige Angebote des weiterbildenden Studiums	31
3 <b>Hochschulspezifische Weiterbildung in ange-           lagerten Institutionen</b>	36
3.1    Arbeitskreis für Wirtschaft und Verwaltung an der Universität Bamberg	36
3.2    Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung an der Universität Mannheim	38
3.3    Fachhochschule Köln-Deutz: Dezentrale Wei- terbildungsgesellschaften in den Fachbe- reichen	39
3.4    Das Deutsche Handwerksinstitut und seine Forschungsinstitute	40
3.5    Das Modell der Akademien	41

		Seite
4	<b>Beteiligung der Hochschulen an Veranstaltungen der Weiterbildung</b>	44
4.1	Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen	45
4.2	Veranstaltungen in Trägerschaft externer Weiterbildungseinrichtungen	48
4.3	Veranstaltungen in gemeinsamer Trägerschaft von Hochschulen und externen Weiterbildungseinrichtungen	53
5	<b>Wissenschaftstransfer und Weiterbildung</b>	61
5.1	Informationstransfer-, Beratungs- und Technologieförderungseinrichtungen an Hochschulen	61
5.2	Das Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften zur Aus- und Weiterbildung im Technologiebereich	64
5.3	Regionale Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme durch Kooperationsstellen	65
5.4	Das Beispiel der Wissenschaftsläden	70
6	<b>Der bildungs- und gesellschaftspolitisch formulierte Weiterbildungsbedarf</b>	72
6.1	Unternehmen und Hochschulweiterbildung	72
6.2	Gewerkschaften und Hochschulweiterbildung	76
6.3	Freie Erwachsenenbildungsträger und Hochschulweiterbildung	77
6.4	Weiterbildung in der bildungspolitischen Diskussion	79

	Seite
7      Resümee und Ausblick	87
<b>Anhang</b>	97
Übersicht 1: Ausgewertete Modellversuche in der Bundesrepublik Deutschland	99
Übersicht 2: Strukturen und Bedingungen des weiterbildenden Studiums - aus- gewählte Studienmodelle	101
Übersicht 3: Wirtschaftsbezogene Weiterbildung an bayerischen Hochschulen	103
Literaturverzeichnis	109

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Weiterbildende Studiengänge und Studieneinheiten	5
Tab. 2:	Einbindung in die Hochschulstruktur	23
Tab. 3:	Informationsgewinnung über Weiter- bildungsveranstaltungen der Fach- hochschulen und Universitäten	73
Tab. 4:	Veranstalter, deren Seminare und Lehrgänge von Unternehmen genutzt werden	74

## Kurzfassung

Wirtschaftlicher, technologischer und sozialer Wandel bewirken, daß sich Qualifikationsanforderungen verändern. Der strukturelle Wandel hat einerseits zur Verwissenschaftlichung beruflicher Tätigkeitsfelder wie auch der alltäglichen Lebensumstände der Menschen geführt, andererseits zu gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen. In diesem Zusammenhang kommt den Hochschulen im Bereich der Weiterbildung die Aufgabe zu, neue Forschungsergebnisse und Methodenwissen "aus erster Hand" weiterzuvermitteln, wissenschaftliche Qualifikationsmöglichkeiten für breitere Adressatengruppen zu öffnen und durch die Vermittlung personaler und sozialer Kompetenz zur Bewältigung des strukturellen Wandels beizutragen.

Bezugsrahmen

Aus diesen Überlegungen heraus werden in der vorliegenden Arbeit im Rahmen einer Literaturanalyse inhaltliche, organisatorische sowie strukturelle Bedingungen und Besonderheiten der akademischen Weiterbildung beschrieben und nachahmenswerte Beispiele besonders hervorgehoben. (Kap. 2 mit Kap. 5).

Auf dieser Grundlage werden abschließend, unter Einbeziehung des bildungs- und gesellschaftspolitisch formulierten Weiterbildungsbedarfs (Kap. 6), Empfehlungen für einen Ausbau der Weiterbildung an den Hochschulen gegeben (Kap. 7).

Das Hochschulrahmengesetz weist den Hochschulen die Aufgabe zu, dem weiterbildenden Studium zu dienen, sich an Veranstaltungen der Weiterbildung zu beteiligen und die Weiterbildung des Hochschulpersonals

Hochschulrahmengesetz

zu fördern.<sup>1)</sup> Dabei haben sich aufgrund unterschiedlicher hochschulspezifischer Entstehungsbedingungen und Weiterbildungsziele unterschiedliche Angebotsformen herausgebildet.

Unter dem Begriff "weiterbildendes Studium" werden alle Weiterbildungsangebote, die von den Hochschulen in eigener Zuständigkeit geplant und durchgeführt werden - mit Ausnahme von Veranstaltungen zur Weiterbildung des Hochschulpersonals - zusammengefaßt. Darunter fallen zum einen die nach curricularen Rahmenkonzepten geplanten Angebote des "weiterbildenden Studiums im engeren Sinne" (Kap. 2.2), zum anderen die unmittelbar verwendungsbezogenen "übrigen Angebote des weiterbildenden Studiums" (Kap. 2.3).

**Definition  
der Begriffe**

Während das weiterbildende Studium für die meisten Hochschulen eine neue Aufgabe darstellt, gehört die Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger (Kap. 4) zu den traditionellen Weiterbildungsaktivitäten der Hochschulen.

Die Angebote des weiterbildenden Studiums im engeren Sinne und die übrigen Angebote des weiterbildenden Studiums unterscheiden sich in der Regel erheblich im Hinblick auf Inhalte und Methoden der Lehre.

**Inhaltliche  
und konzeptionelle  
Unterschiede**

Während die Angebote des weiterbildenden Studiums im engeren Sinne überwiegend problem- und tätigkeitsfeldbezogen und folglich multi- bzw. interdisziplinär organisiert werden, sind die übrigen Angebote des weiterbildenden Studiums weitgehend fachspezifisch ausgerichtet. Zugleich überwiegt bei den Angeboten des weiterbildenden Studiums im engeren Sinne die Tendenz, allgemeine berufliche und

---

1) Die letztgenannte Aufgabe bleibt im folgenden unberücksichtigt, zumal sie nichts Hochschultypisches aufweist.

soziale Kompetenz zu vermitteln, d.h. die Urteils-, Kritik- und Handlungsfähigkeit der Teilnehmer in Beruf und Gesellschaft zu fördern. Hingegen ist für die übrigen Angebote des weiterbildenden Studiums die Vermittlung unmittelbar verwertbarer Qualifikationen kennzeichnend. Den Anspruch, die Lebens- und Berufserfahrung der Teilnehmer einzubeziehen und diese didaktisch zu berücksichtigen, erfüllen nur einige Angebote des weiterbildenden Studiums im engeren Sinne.

Entsprechend der Intention des Angebotes werden unterschiedliche Veranstaltungsformen gewählt: Präsenz-/Fernstudium, Baukasten-/Lehrgangsprinzip, Studiengang, Studieneinheit, Einzel- und Blockveranstaltungen; dabei unterscheiden sich diese Veranstaltungen nochmals je nachdem, ob es sich um "weiterbildendes Studium im engeren Sinne" oder um "übrige Angebote des weiterbildenden Studiums" handelt.

**Veranstaltungsformen**

Der Zugang zu Angeboten des weiterbildenden Studiums wird im allgemeinen nicht von dem Nachweis der Hochschulreife oder einem Hochschulabschluß abhängig gemacht.

**Zugang**

Neben den mittlerweile üblichen Teilnahmebescheinigungen werden beim weiterbildenden Studium im engeren Sinne Zertifikate zum Nachweis definierter Leistungen vergeben.

**Teilnahmebescheinigungen**

Ehe die Hochschulen Weiterbildungsaufgaben wahrnehmen, klären sie meist vorher, welche besonderen fachlichen Schwerpunkte angeboten werden sollen, und führen Bedarfsanalysen durch, um den Bedürfnissen der Praxis gerecht zu werden. Um dem aktuellen Bedarf Rechnung

**Klärung des spezifischen Weiterbildungsbedarfs**

zu tragen, werden kontinuierliche Kontakte mit der Praxis gepflegt, wozu die Hochschulen zum Teil spezielle Gremien eingerichtet haben. Gleichzeitig stimmen sie sich mit externen Weiterbildungsträgern ab, bis hin zu aktiver Mitarbeit.

Zum Teil nehmen die Hochschulen ihre Weiterbildungsaufgaben aber auch im Rahmen von privatrechtlichen Vereinen, Stiftungen, Akademien oder sonstigen Einrichtungen an einer Hochschule wahr (Kap. 3). Dies entspricht allerdings nicht der Forderung nach Integration der Weiterbildungsaufgaben in die Hochschulstruktur.

Die Zusammenarbeit der an den Hochschulen eingerichteten Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung mit externen Erwachsenenbildungsträgern (Kap. 4) hat dazu geführt, daß das Angebot der externen Weiterbildungsträger durch die Beteiligung der Hochschulen an Veranstaltungen der Weiterbildung nicht nur quantitativ, sondern insbesondere qualitativ erweitert und ergänzt wird. Hinsichtlich der Beteiligungsform sind Veranstaltungen in ausschließlicher Trägerschaft von externen Erwachsenenbildungsträgern und solche in gemeinsamer Trägerschaft zu unterscheiden.

Im Rahmen der gegenwärtigen Bemühungen um eine Förderung des Wissenschaftstransfers aus der Hochschule in die Praxis (Kap. 5) kommt der Weiterbildung eine neue Aufgabe zu. Während die Informationstransfer-, Beratungs- und Technologieförderungseinrichtungen sowie das "Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften zur Aus- und Weiterbildung im Technologiebereich" der Weiterbildung vorrangig wirtschaftliche Bedeutung beimessen, stehen beim Projekt "Regionale Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme durch Ko-

Hochschulspezifische Weiterbildung in angelegerten Institutionen

Erweiterung des Angebots durch Zusammenarbeit mit externen Weiterbildungsträgern

Weiterbildung und Wissenschaftstransfer

operationsstellen" wie auch bei den Wissenschaftsläden Aufklärung und Meinungsbildung als politisch-demokratische Aufgabe der Weiterbildung im Vordergrund.

Obwohl eine aktive Beteiligung der Hochschulen an der Weiterbildung u.a. positive Rückwirkungen auf Forschung und Lehre haben kann, werden die Möglichkeiten der Hochschulen für die Weiterbildung erst in geringem Umfang genutzt. Die Zurückhaltung vieler Hochschulen hat vielfältige Ursachen. An erster Stelle steht die momentane Überlastung vor allem der großen Hochschulen durch hohe Studentenzahlen bei gleichzeitiger Verknappung der Mittel. Hinzu kommt die Begrenzung von Weiterbildungsaktivitäten durch finanzielle Restriktionen, aufgrund derer die Institutionalisierung der Weiterbildung unterschiedlich vorangetrieben wurde. Darüber hinaus stoßen Weiterbildungsinitiativen immer noch auf mangelnde Akzeptanz innerhalb der Hochschulen, da sie zum einen die Lehrenden vor neue didaktische Herausforderungen stellen und zum anderen disziplinübergreifende Organisations- und Arbeitsstrukturen erforderlich machen würden. Aber auch in der Öffentlichkeit ist ein hinreichendes Bewußtsein über die Möglichkeiten und Chancen der Hochschulweiterbildung noch nicht vorhanden.

**Gründe für die  
bisherige Zurück-  
haltung der Hoch-  
schulen in der  
Weiterbildung**

Ebenso kontrovers wie die Frage der inhaltlichen Ausrichtung des Weiterbildungsangebotes wird - je nach Interessenlage der verschiedenen Weiterbildungsträger der gesellschaftspolitische Rahmen von Weiterbildung kontrovers diskutiert (Kap. 6).

**Politische  
Diskussion**

Im Resümee und Ausblick kommt diese Arbeit zu folgendem Ergebnis:

**Resümee  
Ausblick**

Die Hochschulen sollten aufgrund des vorhandenen Bedarfs, ihres hochschultypischen Weiterbildungspotentials und der

positiven Rückwirkungen des mit Weiterbildung verbundenen Praxisbezuges auf Forschung und Lehre ihre derzeit noch oftmals vorhandene Zurückhaltung gegenüber der Weiterbildung aufgeben. Zahlreiche Hochschullehrer sind bereits an Weiterbildungsangeboten außeruniversitärer Träger beteiligt. Zur Initiierung und kontinuierlichen Fortführung von Weiterbildungsaktivitäten der Hochschulen wäre es förderlich, wenn diese zentrale Einrichtungen mit Aufgaben der Bedarfserhebung, Programmgestaltung, Verwaltung, Praxiskooperation und didaktischen Beratung betrauen würden.

Von entscheidender Bedeutung für den Ausbau der Weiterbildung an den Hochschulen ist angesichts der Haushaltslage von Bund und Ländern die Frage der Finanzierung. Angebote des "weiterbildenden Studiums im engeren Sinne" sollten gebührenfrei sein; für unmittelbar verwertungsbezogene "übrige Angebote des weiterbildenden Studiums" ist eine Mischfinanzierung zu befürworten.

Initiativen der Hochschulen im Weiterbildungsbereich müssen auch von den zuständigen Ministerien administrativ in möglichst unbürokratischer Weise unterstützt werden.

## 1 Einleitung

Der sogenannte 4. Sektor des Bildungswesens, der Bereich der Weiterbildung, gewinnt in der Bundesrepublik Deutschland immer mehr an Bedeutung.<sup>1)</sup> "Waren mit dem Ausbau des 4. Bildungssektors aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive zunächst vor allem bildungsreformerische Ziele verbunden, so z.B. die Intention, Gelegenheit zu einer nachträglichen Kompensation 'verpaßter Bildungschancen' zu bieten, richten sich die Erwartungen an die Weiterbildung gegenwärtig offenbar primär darauf, Innovationspotentiale zu schaffen und Anpassungsprobleme lösen zu helfen, die mit dem rapiden strukturellen Wandel verbunden sind, der sich vor allem innerhalb des Beschäftigungssystems, aber auch in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen vollzieht."<sup>2)</sup>

Abweichend von der Entwicklung in anderen Ländern hat die Weiterbildung ursprünglich nicht zum Aufgabenkatalog der deutschen Hochschulen gehört. Mit dem Hochschulrahmengesetz von 1976 und entsprechenden Gesetzen der Länder wurde den Hochschulen ausdrücklich der Auftrag zur Weiterbildung erteilt. Das Hochschulrahmengesetz (HRG)<sup>3)</sup> weist den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland folgende Weiterbildungsaufgaben zu: Nach § 2 Abs. 4

- dienen Hochschulen dem weiterbildenden Studium;
- beteiligen sich die Hochschulen an Veranstaltungen der Weiterbildung;
- fördern die Hochschulen die Weiterbildung ihres Personals.

---

1) Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildungsverhalten 1985; in: Bildung-Wissenschaft-Aktuell 7/87.

2) Heinz-Herbert Noll: Weiterbildung und Berufsverlauf; in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 15/1986, S. 7.

3) Hochschulrahmengesetz (HRG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 9.4.1987 (BGBl I S. 1170).

Die Entwicklung der universitären Erwachsenenbildung wurde vor allem von dem seit 1968 bestehenden Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung vorangetrieben und mit bildungspolitischen Empfehlungen, Dokumentationen und Tagungen unterstützt.

Trotz der in den letzten Jahren verstärkt geführten Diskussion um eine Weiterbildungsexpansion im Rahmen der Hochschulaktivitäten nimmt die Weiterbildung an Hochschulen nur einen Teilbereich innerhalb des breit angelegten Weiterbildungsangebotes für Erwachsene ein. Der Weiterbildungsmarkt wird hauptsächlich geprägt durch eine Vielzahl von oftmals miteinander konkurrierenden öffentlichen und privaten Trägern, von denen im außerberuflichen Bereich die Volkshochschulen, konfessionellen Träger, Gewerkschaften und Betriebe einen Großteil des Angebots bestreiten, während im Bereich der beruflichen Weiterbildung die Betriebe neben Verbänden, Akademien und wissenschaftlichen Gesellschaften sowie privaten Instituten als Veranstalter dominieren. Wissenschaftliche Weiterbildung wird vorwiegend von außeruniversitären Weiterbildungsinstitutionen - vor allem von privaten Trägern und Berufsverbänden - angeboten.<sup>1)</sup> Wesentliche Teile dieses Weiterbildungsangebotes werden von Hochschullehrern im Nebenamt oder in Nebentätigkeit erbracht.

Zwar gibt es an den Hochschulen Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung, Modellversuche zum weiterbildenden Studium bzw. bereits institutionalisierte Angebote<sup>2)</sup>, koope-

---

1) Vgl. Jürgen Allesch, Dagmar Brause, Dagmar Preiß: Bestandsaufnahme berufsbezogener wissenschaftlicher Weiterbildung 1979; in: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Schriftenreihe Hochschule, Bd. 35, Bonn 1981.

2) Lt. der im Mai 1986 zum vierten Mal von der WRK veröffentlichten "Übersicht über weiterführende Studienangebote an den Mitgliedshochschulen" (Dokumentation Nr. 13 u. 14/1986, Stand: März 1986) gibt es an etwa 30 Hochschulen rund 50 Angebote des weiterbildenden Studiums.

rative Veranstaltungen mit anderen Weiterbildungsträgern sowie Weiterbildungsveranstaltungen für das Hochschulpersonal; personell und institutionell ist die Weiterbildung jedoch nur vereinzelt an den Hochschulen verankert.<sup>1)</sup> Insbesondere ist ein historisch und bildungspolitisch bedingtes Nord-Süd-Gefälle im Ausbauzustand der Hochschulweiterbildung festzustellen.

In dieser Situation bietet es sich an, zunächst einen Überblick über die Aktivitäten der Hochschulen in den Bereichen "Weiterbildendes Studium" und "Beteiligung an Veranstaltungen der Weiterbildung" zu geben, inhaltliche, organisatorische sowie strukturelle Bedingungen und Besonderheiten zu beschreiben und nachahmenswerte Beispiele besonders hervorzuheben. Dies geschieht im Rahmen einer Literaturanalyse, wobei im besonderen Materialien des Arbeitskreises Universitäre Erwachsenenbildung (AUE), der Berliner Projektgruppe "Projekt Prognose wissenschaftlicher Weiterbildung" sowie der Bremer "Projektgruppe Weiterbildung" herangezogen wurden. Auf der Grundlage dieser Untersuchung und unter Einbeziehung des bildungs- und gesellschaftspolitisch formulierten Weiterbildungsbedarfs sollen dann Empfehlungen für einen weiteren Ausbau der Weiterbildung an den bayerischen Hochschulen formuliert werden.

Ziel der Arbeit ist es, in der Praxis das Bewußtsein über die Möglichkeiten der Hochschulen in der Weiterbildung zu schärfen, die Hochschulen zu motivieren, das bisher Erreichte zu stabilisieren und auszubauen und in der Verwaltung die Bereitschaft zu fördern, beginnende Aktivitäten von Hochschullehrern und Hochschulen im Weiterbildungsbereich unbürokratisch zu unterstützen, um somit insgesamt ein "weiterbildungsfreundliches Klima" an den Hochschulen zu schaffen.

---

1) Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Zentrale Einrichtungen/Kontaktstellen für Weiterbildung an Hochschulen. Bestandsaufnahme und Einzeldarstellungen; in: AUE Beiträge Nr. 16.

## 2 Weiterbildendes Studium in alleiniger Verantwortung der Hochschulen

### 2.1 Definition des Begriffes "Weiterbildendes Studium"

#### 2.1.1 Abgrenzung von Zusatz-, Ergänzungs- und Aufbaustudium

Die in den Landesgesetzen verwendete Terminologie zu den verschiedenen Formen der Weiterbildung ist uneinheitlich und teilweise widersprüchlich. Grundsätzlich ist festzuhalten, daß unter den Begriff "Weiterbildendes Studium" alle Weiterbildungsangebote, die von den Hochschulen in eigener Zuständigkeit geplant und durchgeführt werden, mit Ausnahme von Veranstaltungen zur Weiterbildung des Hochschulpersonals, fallen.<sup>1)</sup> Der Begriff umfaßt jedoch nicht Zusatz-, Ergänzungs- und Aufbaustudium, zumal diese Formen in jedem Falle ein abgeschlossenes Hochschulstudium voraussetzen, nicht aber unbedingt auch eine aktuelle oder vorausgegangene Berufstätigkeit, und darüber hinaus ausschließlich einer akademischen, beruflichen Höherqualifizierung dienen.<sup>2)</sup> Soweit der Begriff Kontaktstudium weiterverwendet wird, hat er den gleichen Inhalt wie der des weiterbildenden Studiums.

#### 2.1.2 Festlegung eines eigenen Arbeitsbegriffes

Aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen an den einzelnen Hochschulen haben sich heterogene Formen des weiterbildenden

---

1) Albrecht Hatzius: Rechtsgrundlagen der wissenschaftlichen Weiterbildung durch Hochschulen, Hamburg 1984, S. 28 (unveröffentlicht). Zur Weiterbildung des Hochschulpersonals s.: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Weiterbildung des nicht-wissenschaftlichen Hochschulpersonals an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins; in: AUE-Beiträge Nr. 6, Hannover 1980; sowie Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Zwischenbilanz zur Weiterbildung des Hochschulpersonals; in: AUE-Beiträge, Nr. 12, Hannover 1982.

2) Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Stellungnahme des 137. Plenums der WRK, Hochschule und Weiterbildung; in: AUE-Informationen Nr. 271, Hannover 1982; vgl. auch: Wissenschaftsrat (Hrsg.): Empfehlungen zur Weiterbildung an den Hochschulen, Köln 1983, S. 7; Weiterbildung wird hier definiert als "Die Wiederaufnahme organisierten Lernens nach einer unterschiedlich ausgedehnten Erwerbs- oder ähnlichen Tätigkeit oder auch während einer solchen".

Studiums herausgebildet. Als entsprechend problematisch erweist sich die Untergliederung des Oberbegriffes "Weiterbildendes Studium". Nach wie vor ist es daher notwendig, für jede Studie eigene Arbeitsbegriffe festzulegen.

Der AUE unterscheidet in seinem Projekt "Strukturen und Bedingungen des Weiterbildenden Studiums" zwischen "Weiterbildenden Studiengängen" und "Weiterbildenden Studieneinheiten". Diese Unterscheidung dient analytischen Zwecken; in der Praxis treten in der Regel Mischformen auf. Der AUE hat den beiden Studienreformen folgende spezifische Charakteristika zugeordnet:

Tab. 1: Weiterbildende Studiengänge und Studieneinheiten

Weiterbildende Studiengänge	Weiterbildende Studieneinheiten
- curricular entwickeltes Studienangebot über mehrere Semester	- Studienplan über mindestens 1 Semester
- eher im Semester-Rhythmus	- eher unabhängig vom Semester-Rhythmus
- eher fachübergreifend und interdisziplinär	- eher speziell fachbezogen und monodisziplinär
- kontinuierliche Angebotsformen	- punktuelle Block- bzw. Kompaktveranstaltungen
- weiterbildungsspezifische didaktische und wissenschaftliche Vermittlungsformen	- Didaktik eher an Fachwissenschaften <u>und am Erststudium orientiert</u>
- organisierte externe Kooperation	- externe Kooperation auf Basis von persönlichem Engagement von Dozenten
- Studien- und Prüfungsordnung mit Zugangs- und Abschlußregelungen (Zertifikat)	- Teilnahmebescheinigung obligatorisch
- eher aus dem Hochschuletat finanziert	- eher Mischfinanzierung (vorrangig Teilnehmerbeiträge)
- Vermittlung beruflicher <u>und sozialer</u> Kompetenz im Hinblick auf tätigkeitsfeldbezogene Qualifikationen	- Vermittlung funktionaler Qualifikationen im Hinblick auf konkrete berufliche Defizite
- Partizipationsmöglichkeiten der Teilnehmer an Planung und Durchführung	- rezeptive Lernformen der Teilnehmer
- Immatrikulation oder Gasthörerstatus	- kein hochschulbezogener Teilnehmerstatus

Quelle: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Projekt Strukturen und Bedingungen des Weiterbildenden Studiums, Hannover 1984, S. 49.

Die Bremer Projektgruppe Weiterbildung unterscheidet in ihrem "Bericht zum Stand der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)" zwischen weiterbildenden Studiengängen, wobei sie hier noch eine Unterscheidung zwischen weiterbildenden Studiengängen und Kontaktstudium trifft, und sonstigen Angeboten wissenschaftlicher Weiterbildung.<sup>1)</sup>

"Weiterbildende Studiengänge" sind demnach curricular systematisch aufgebaut und müssen eine Reihe weiterer Merkmale aufweisen. Deren Etablierung setzt hochschulintern bestimmte organisatorische Rahmenbedingungen voraus.

Das "Kontaktstudium", das sich bei gleichem inhaltlichem Ansatz vor allem in Umfang, Dauer, curricularer und organisatorischer Hinsicht vom weiterbildenden Studiengang unterscheidet, wird als "Vorstufe" in der Entwicklung eines weiterbildenden Studiums verstanden.

Zu "sonstigen Angeboten wissenschaftlicher Weiterbildung" zählen Kurse, Einzelveranstaltungen, Seminarreihen usw. an Hochschulen, die aufgrund der Initiative von Hochschullehrern, Fachbereichen, zentralen Einrichtungen usw. durchgeführt werden.

In Anlehnung daran wird im folgenden unterschieden zwischen "Weiterbildendem Studium im engeren Sinne" (Kap. 2.2), welchem in Anlehnung an die beiden vorangestellten Definitionen weiterbildende Studiengänge und weiterbildende Studieneinheiten bzw. weiterbildende Studiengänge sowie das Kontaktstudium zugeordnet werden, und - entsprechend der Abgrenzung der Bremer Projektgruppe Weiterbildung - "übrigen Angeboten des weiterbildenden Studiums" (Kap. 2.3).

---

1) Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Bremen (Hrsg.): Bericht zum Stand der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), Bremen 1984, S.3.

Ausgegrenzt werden punktuelle Weiterbildungsangebote der Hochschulen, wie etwa Ringvorlesungen, Hochschulwochen, Studium generale usw., zumal diese weder die aus der beruflichen Praxis der Teilnehmer entstandenen Bedürfnisse entsprechend berücksichtigen, noch berufspraktische Erfahrungen für die Lehre nutzbar machen können.

Gleiches gilt für die Möglichkeit, über den Status des Gasthörers Lehrveranstaltungen zu besuchen.<sup>1)</sup>

Ferner bleiben berufsbegleitende Studiengänge, die zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß führen,<sup>2)</sup> sowie Weiterbildungsangebote, die allein auf nachberufliche Tätigkeiten (Seniorenstudium) vorbereiten,<sup>3)</sup> unberücksichtigt.

## 2.2 Weiterbildendes Studium im engeren Sinne

Da aus Fachhochschulen - mit Ausnahme der Fachhochschule Hamburg - weniger Erfahrungen auf dem Gebiet des weiterbildenden Studiums im engeren Sinne vorliegen, beziehen sich die folgenden Aussagen hauptsächlich auf Angebote der wissenschaftlichen Hochschulen zum weiterbildenden Studium. Die Untersuchung stützt sich dabei insbesondere auf die Ergebnisse des Berichtes zum Stand der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)<sup>4)</sup>, welchem eine Auswertung von 28 Modellversuchen zum weiterbildenden Studium (Anhang, Übersicht 1) aus dem Jahre 1982 zugrunde liegt, und auf die

---

1) Vgl. hierzu: Werner Faber, Klaus Dieckhoff: Gasthörer an westdeutschen Universitäten; in: Beiträge und Materialien zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Bamberg 1985.

2) Vgl. hierzu: Kurt W. Koeder: Berufsbegleitendes Studium; in: Beruf und Bildung, Band 9, Grafenau/Württemberg 1983.

3) Vgl. hierzu: Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Oldenburg (Hrsg.): Öffnung der Universitäten für ältere Erwachsene; in: Informationen zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Band 14, Oldenburg 1980; sowie: Bayerischer Landtag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/4046.

4) a.a.O.

Ergebnisse des Projekts "Strukturen und Bedingungen des weiterbildenden Studiums"<sup>1)</sup>, in dem im Jahre 1983 insgesamt 42 Angebote zum weiterbildenden Studium (Anhang, Übersicht 2) untersucht wurden. Ergänzend wurden Veröffentlichungen der Projektgruppe PROWIS<sup>2)</sup> herangezogen. Die Darstellung der Untersuchungsergebnisse orientiert sich an den vom Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung e.V. veröffentlichten Empfehlungen zum Weiterbildenden Studium.<sup>3)</sup>

---

1) a.a.O.

2) Jürgen Allesch, Dagmar Brause, Dagmar Preiß: Bestandsaufnahme berufsbezogener wissenschaftlicher Weiterbildung 1979; a.a.O.

Jürgen Allesch, Dagmar Brause, Hans-Jürgen Martin, Dagmar Preiß: Weiterbildung an den Fachhochschulen; in: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Schriftenreihe Hochschule, Bd. 41, Bonn 1982;

Jürgen Allesch, Dagmar Preiß: Struktureller Wandel und wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen. Dokumentation eines Experten-Kolloquiums in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; in: Technische Universität Berlin (Hrsg.): Dokumentation Kongresse und Tagungen, Heft Nr. 17, Berlin 1983;

Jürgen Allesch, Dagmar Brodde, Hans-Jürgen Martin, Dagmar Preiß: Berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen: Perspektiven und Modelle; in: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Schriftenreihe Hochschule, Bd. 45, Bonn 1983;

Jürgen Allesch, Dagmar Preiß-Allesch: Kooperation zwischen Hochschule und Berufspraxis in der technisch-wirtschaftswissenschaftlichen Weiterbildung, in: Technische Universität Berlin (Hrsg.): Dokumentation Kongresse und Tagungen, Heft Nr. 22, Berlin 1984;

Jürgen Allesch, Wolfgang Kerler, Dagmar Preiß-Allesch, Rainer Terlaak: Technisch-wirtschaftswissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen; in: Innovation und Management, Bd. 2, Berlin 1985.

3) Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Weiterbildungsaufgaben der Hochschulen; in: AUE-Beiträge Nr. 7, Hannover 1980, S. 10 ff.

## 2.2.1 Inhalte und Methoden der Lehre

Auf Initiative einzelner Hochschulen, aber auch auf Anregung hochschulexterner Institutionen, sind eine Reihe von Angeboten zum weiterbildenden Studium entwickelt worden, die in der Regel zunächst von der Bund-Länder-Kommission als Modellversuche gefördert wurden<sup>1)</sup>. Dabei handelt es sich vorwiegend um Angebote aus dem pädagogischen, sozialwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich. Von den beendeten Modellversuchen wurden bislang fast alle Angebote von den Hochschulen weitergeführt.

### a) Problem- und Tätigkeitsfeldbezug

Grundlegendes Prinzip im weiterbildenden Studium ist der Problem- und Tätigkeitsfeldbezug des Angebots, d.h. die inhaltliche Ausrichtung an den Problemen eines bestimmten Tätigkeitsfeldes und nicht an denen eines bestimmten Berufes. Die subjektiven, sozialen und sachlichen Aspekte des konkreten Berufshandelns sind dabei mit aufzugreifen.<sup>2)</sup> Zudem soll das weiterbildende Studium einerseits Qualifikationsdefizite kompensieren, andererseits aber auch einen Beitrag zur Bewältigung künftiger beruflicher und gesellschaftlicher Probleme leisten, indem während des Studiums aktuelle Problemlagen kritisch reflektiert und alternative Handlungsstrategien entworfen werden.<sup>3)</sup> Dennoch beschränken sich einige Angebote des weiterbildenden Studiums

---

1) Vgl. hierzu: BLK (Hrsg.): Auswertungsbericht zum Bereich "Weiterbildende Studienangebote", o. Ort und ohne Jahr; sowie: BLK (Hrsg.): Auswertungsbericht zum Bereich "Studienreform - Entwicklung von Studiengängen für neue berufliche Tätigkeiten", o. Ort und ohne Jahr.

2) Vgl. Lutz Hoffmann: Berufliche Qualifikationsanforderungen und tätigkeitsfeldbezogene wissenschaftliche Weiterbildung; in: Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung, Gesamthochschule Kassel (Hrsg.): Werkstattberichte, Bd. 6, Kassel 1981, S. 91.

3) Vgl. Deutscher Bildungsrat (Hrsg.): Strukturplan für das Bildungswesen, Bonn 1970, S. 57.

auf die Vermittlung unmittelbar verwertbarer kognitiver und praktischer Fertigkeiten an meist eng eingegrenzte Berufsgruppen. Insgesamt aber überwiegt die Tendenz, berufliche und soziale Kompetenz im Hinblick auf tätigkeitsfeldbezogene Qualifikationen zu vermitteln. Beispiele hierfür sind die weiterbildenden Studiengänge Arbeitswissenschaften/Universität Hannover, Management/Universität Augsburg, Mathematik für Computeranwender/Universität Hamburg.

#### b) Interdisziplinarität

Der Bezug des Studienangebotes auf Tätigkeitsmerkmale und Anforderungsprofile der Praxis erfordert eine problemorientierte Bearbeitung der Studieninhalte und damit in der Regel ein interdisziplinär strukturiertes Angebot. Von der Mehrheit der weiterbildenden Studienangebote wird die interdisziplinäre Zusammenarbeit programmatisch angestrebt. Die Umsetzung dieses Zieles ist allerdings nur in Ansätzen in Form einer Addition verschiedener, jedoch weitgehend verselbständigt anbietender Einzeldisziplinen gelungen, wie etwa bei den multidisziplinär konzipierten weiterbildenden Studiengängen Management/Universität Augsburg, Psychosoziale Versorgung/FU und FH Berlin, Stadt- und Regionalplanung/Universität Bochum, Arbeitswissenschaften/Universität Hannover oder Energietechnik/Gesamthochschule Kassel.

#### c) Bedarfsermittlung und Evaluation

Des Weiteren beginnen die Hochschulen zum Teil ihre hochschulspezifische Stärke in der Weiterbildung zu nutzen, indem sie besonders praxis- und problemorientierte weiterbildende Studiengänge anbieten, in denen statt eines festen Lehrkanons Raum für aktuelle Themen ist<sup>1)</sup>, oder innovative Themen - wie die Energiediskussion<sup>2)</sup> - aufgreifen, oder sich regionalspezifischer Probleme<sup>3)</sup> annehmen.

1) Management/Universität Augsburg, Arbeitswissenschaften/Universität Hannover.

2) Energieberater/TU Berlin, Energietechnik/Universität Bochum.

3) Stadt- und Regionalplanung/Universität Bochum.

Die Festlegung eines Programmangebotes bedarf der Legitimation durch einen Bedarf. Umgekehrt wird ein Bedarf u.U. erst durch den Anreiz eines Angebotes geweckt. Darüber hinaus ist es für den Erfolg eines Weiterbildungsangebotes von entscheidender Bedeutung, daß dieses unmittelbar auf das Berufs- bzw. Tätigkeitsfeld der jeweiligen Zielgruppe abgestimmt ist. Die Ermittlung und Einschätzung des Weiterbildungsbedarfs ist daher eine wichtige Vorbedingung für die konkrete Umsetzung und Ausgestaltung des weiterbildenden Studiums.

Curriculumvorbereitende Informationen werden in der Regel über Sekundäranalysen, informelle Bedarfsrecherchen und Informationsgespräche mit Institutionen und Vertretern der Berufspraxis gewonnen. Vereinzelt werden zusätzlich noch regionale Bedarfs- und Tätigkeitsfeldanalysen erstellt; so z.B. beim weiterbildenden Studiengang Energieberater/TU Berlin sowie bei sämtlichen weiterbildenden Studiengängen der Universität Bochum. Beim weiterbildenden Studiengang Mathematik für Computeranwender an der Universität Hamburg wurde - im Rahmen des Projektes "Tätigkeiten, Anforderungen und Weiterbildungsbedarf in ausgewählten Berufsfeldern (TAWAB)" - erst während der Pilotphase eine systematische Bedarfserhebung durchgeführt. Das Projekt TAWAB sollte den Bedarf nach Angeboten des weiterbildenden Studiums in zwei bis drei Berufsfeldern ermitteln<sup>1)</sup>. In Bremen wurden im Projekt AQUA (Arbeitsmarkt- und Qualifikationsanalyse) unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf dem regionalen Arbeits-

---

1) Rolf Gerhard, Bedarfsermittlung als Ansatz zur Entwicklung weiterbildender Studiengänge für ausgewählte Berufsfelder - ein neues Entwicklungsprojekt an der Universität Hamburg; in: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): AUE-Informationsdienst Hochschule und Weiterbildung 2/1983, S. 22 ff;  
Rolf Gerhard: Bedarfsermittlung für ein weiterbildendes Studium für hauptberufliche Weiterbildner in Hamburg; in: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): in AUE-Informationsdienst Hochschule und Weiterbildung 1/1986, S. 22 ff; sowie:  
Rolf Gerhard, Werner Schneider: Tätigkeiten, Anforderungen und Weiterbildungsbedarf in ausgewählten Berufsfeldern (TAWAB) - Forschungsbericht; in: Universität Hamburg (Hrsg.): Weiterbildung, Bd. 3, Hamburg 1986.

markt und der Veränderungen betrieblicher Qualifikationsanforderungen sowie des Wissenspotentials der Hochschule Rahmen- und Planungsdaten für die berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung erarbeitet und in die Planung von Angeboten des weiterbildenden Studiums umgesetzt<sup>1)</sup>.

Curriculumkorrigierende Aussagen werden hauptsächlich über kontinuierliche Praxiskontakte und Anregungen seitens der Teilnehmer (Rückmeldungen, Befragungen, Gespräche) gewonnen. Ein formelles Mitsprachegremium gibt es beim weiterbildenden Studiengang Management an der Universität Augsburg. Die Studierenden wählen einen Sprecherrat, der bei der Planung und Organisation des weiterbildenden Studiums mitwirkt.

Entscheidend für die konkrete Vorgehensweise ist neben der finanziellen Ausstattung, die wesentlich den Umfang und die Intensität der Bedarfsermittlung und Evaluation bestimmt, auch die Form der Einbindung des weiterbildenden Studiums in die Hochschulstruktur (Kap. 2.2.3).

#### d) Kooperationsbeziehungen der Hochschule

Für die Realisierung eines tätigkeitsfeldbezogenen, interdisziplinären Weiterbildungsangebotes sind Kooperationen unerlässlich.

Um die interdisziplinäre Zusammenarbeit über die Fachbereichsgrenzen hinweg sicherzustellen, werden an einigen Hochschulen Fachbereichsbeauftragte für die Weiterbildung gewählt oder ernannt. In Augsburg beispielsweise soll ein studiengangübergreifendes Gremium der "Fakultätsbeauftragten für das Kontaktstudium" mit Vertretern aller Fakultäten unter der Leitung des zuständigen Vizepräsidenten alle Weiterbildungsaktivitäten der Universität koordinierend beraten. An der Universität Hannover hat die Senatskommission für Weiterbildung einen "Arbeitskreis der weiterbildenden Studiengänge und Modellversuche" eingesetzt,

1) Dirk Schröder: Arbeitsmarkt- und Qualifikationsanalyse (AQUA); in: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): AUE-Informationssdienst Hochschule und Weiterbildung 2/1983, S. 25 ff.

in dem die Mitarbeiter aller weiterbildenden Studiengänge vertreten sind. Am Weiterbildungszentrum der Universität Bochum wurden für alle weiterbildenden Studienangebote interdisziplinäre Projektgruppen eingerichtet. Mitglieder der Projektgruppen sind die an den jeweiligen Angeboten beteiligten Hochschullehrer, Angehörige des Mittelbaus, wissenschaftliche Mitarbeiter des Weiterbildungszentrums sowie zum Teil Praxisvertreter. Die Kooperation mit Wissenschaftlern innerhalb der Hochschule ist insbesondere erforderlich zur Planung und Durchführung eines multi- bzw. interdisziplinären Angebotes. Darüber hinaus fördert diese die Verankerung der Weiterbildung an den Hochschulen.

Gleiches gilt für die Kooperation mit Dozenten von anderen Hochschulen. Die Abteilung Raumplanung der Universität Dortmund beteiligt sich im Interesse einer Kombination der Angebotsressourcen am weiterbildenden Studiengang Stadt- und Regionalplanung der Universität Bochum. Beim weiterbildenden Studiengang Bauingenieurwesen der Universität Hannover sind an der Erstellung und Betreuung der Studienunterlagen auch Wissenschaftler der TU Braunschweig, der Universität Bremen, der Universität Dortmund, der FH Hannover, der TU Karlsruhe, der TU München, der FH Münster und der TU Stuttgart beteiligt.

Auf die Notwendigkeit externer Kooperationsbeziehungen mit der Berufspraxis ist im Zusammenhang mit den Erfordernissen der Bedarfsanalyse und Programmentwicklung schon hingewiesen worden. Kennzeichnend für die meisten Praxiskontakte der Hochschulen sind informelle Beziehungen, die auf der Basis persönlicher Kontakte der Hochschullehrer oder ihrer Mitarbeiter hergestellt werden. Verschiedentlich bestehen auch zeitlich begrenzte informelle oder institutionalisierte Kontakte für einzelne Projekte. Die Universität Augsburg beruft nach Bedarf einen aus Vertretern der beruflichen Praxis zusammengesetzten "Programmrat"

zur Beratung der Programmvorschläge ein. An der Universität Tübingen werden zu bestimmten inhaltlichen Problemzusammenhängen mit Vertretern der für die einzelnen Weiterbildungsangebote relevanten Praxisfelder besetzte Beiräte einberufen, um den Praxisbezug des Angebots zu gewährleisten. Das Weiterbildungszentrum der Universität Bochum veranstaltet punktuell Kolloquien mit Praktikern und Experten mit dem Ziel, die zentrale wissenschaftliche Einrichtung bei bestimmten Weiterbildungsprojekten zu beraten. An einigen Hochschulen, etwa der TU Berlin und den Universitäten Bremen und Hannover, gewährleisten dauerhaft institutionalisierte Beiräte, die in der Regel mindestens einmal pro Semester einberufen werden, einen kontinuierlichen Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen Hochschule und Praxis.

Eine weitere Möglichkeit der Zusammenarbeit ist die Einbeziehung von Praxisvertretern bei der Programmdurchführung. Allerdings ist bislang der Anteil der Lehrenden aus der beruflichen Praxis relativ gering.

Notwendig sind darüber hinaus kooperative Beziehungen zu externen Weiterbildungsträgern, um Doppelangebote bzw. Überschneidungen - und damit überflüssige Konkurrenz - zu vermeiden. Indirekt geschieht dies bereits über die Bedarfsanalyse, mit deren Hilfe hochschulspezifische Angebote, die noch nicht von anderen Anbietern abgedeckt sind, erarbeitet werden. Weitere Formen der Abstimmung sind informelle Kontakte, der Austausch von Programmen und Dozenten und die gegenseitige Information über geplante Angebote.

e) Berücksichtigung der Teilnehmerbedürfnisse und erwachsenenpädagogisch begründete Lehr- und Lernformen

Praxisbezüge lassen sich nicht nur durch direkte Kooperation mit Institutionen oder Unternehmen herstellen, sondern auch die Teilnehmer selbst sind als Vertreter der Praxis anzusehen. Doch eine curriculare und didaktische Integration der Teilnehmererfahrung in Form einer gezielten Aufarbeitung der von den Teilnehmern eingebrachten Interpretationsmuster und Problemlösungsverfahren, die über eine additive Ergänzung der von den Teilnehmern mitgebrachten Erfahrungen hinausreicht, gelingt nur in wenigen Fällen. Positive Beispiele hierfür sind die weiterbildenden Studiengänge an der Universität Bochum, sowie Arbeitswissenschaften/Universität Hannover und Management/Universität Augsburg.

Als problematisch erweist sich auch der praktische Einsatz erwachsenenpädagogisch sinnvoller Lehr- und Lernformen (Kleingruppenarbeit, Rollen- und Planspiele, Teamarbeit, Visualisierung u.ä.), zumal den Lehrenden häufig entsprechende didaktische Qualifikationen fehlen. Insbesondere Zentrale (wissenschaftliche) Einrichtungen versuchen daher, den Dozenten durch Beratung und Training didaktische Zusatzqualifikationen zu vermitteln. Die Teilnehmer des weiterbildenden Studienganges "Energietechnik" an der Gesamthochschule Kassel beispielsweise arbeiten in ihrem 3. Studienabschnitt an einer energietechnischen Lösung, die unter wissenschaftlicher Begleitung eines Hochschullehrers in einem Unternehmen umgesetzt wird.

#### f) Rückwirkungen auf die Hochschule

Durch das weiterbildende Studium werden jedoch nicht nur neue Erkenntnisse aus der Hochschule in die Praxis transferiert, wodurch dieses - neben Informations-, Technologie- und Personaltransfer - zum Wissenschaftstransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft beiträgt<sup>1)</sup>, sondern es werden auch neue Erfahrungen und Fragestellungen aus der Praxis an die Hochschulen herangetragen. Dadurch erhält die Hochschulforschung Impulse aus der gesellschaftlichen Praxis und darüber hinaus kann die Erstausbildung so an praxisorientierten Lehrinhalten gewinnen (vgl. z.B. die weiterbildenden Studiengänge Energieberater/TU Berlin, Bauingenieurwesen/Universität Hannover und Mathematische Weiterbildung/Universität Kaiserslautern). Indirekt fördert das Engagement der Hochschulen in der Weiterbildung auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Fachbereiche.

---

1) Vgl. hierzu Kap. 5, sowie: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Hochschule und Wirtschaft - Möglichkeiten und Hemmnisse der Zusammenarbeit; in: Studien zu Bildung und Wissenschaft, Bd. 7, Bad Honnef 1984; Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft; in: Bildung Wissenschaft aktuell, Heft 6, Bonn 1985; Jürgen Allesch: Innovationsimpulse durch die Hochschulen; in: Die Umschau 22/1983, S. 670-675; Michael Kochs: Transferorientierte Weiterbildung an deutschen Hochschulen; in: Transferinformation 4/1985, S. 128-132; Arbeitskreis universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Wissenschaftliche Weiterbildung als Transferstrategie - Zentrale Hochschuleinrichtungen als Institutionen der wissenschaftlichen Weiterbildung; in: AUE-Beiträge Nr. 18, Hannover 1985, sowie: Jürgen Allesch: Wissenschaftstransfer und universitäre Weiterbildung; in: FU Berlin (Hrsg.): Modellversuch Wirtschaftswissenschaften, Heft 10, Berlin 1980, S. 91 ff.

Wie Ergebnisse eines Teilprojektes des Forschungsvorhabens "Studium neben dem Beruf" zeigen<sup>1)</sup>, bewerten auch die Hochschullehrer die Erfahrungen, welche sie im Umgang mit außeruniversitären Teilnehmern in weiterbildenden Studiengängen sammeln konnten, durchaus positiv. In Fällen, in denen die Lehrtätigkeit im weiterbildenden Studium für die Tätigkeit der Hochschullehrer in Forschung und Lehre unergiebig war, ließ sich dies häufig auf die Organisationsform und den Umfang der Lehre im weiterbildenden Studium zurückführen. Nur ein längerfristiger Kontakt zwischen einem bestimmten Hochschullehrer bzw. einem festen Team von Hochschullehrern und einer Teilnehmergruppe bietet den Hochschullehrern die Möglichkeit - über die reine Vermittlung von Spezialkenntnissen an die Teilnehmer hinausgehend - in einen ausführlichen Dialog mit diesen zu treten, ihren Erfahrungshintergrund kennenzulernen und aus dieser Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Praxis zu lernen.

## 2.2.2 Studienorganisation

### a) Formale Regelungen

Bezüglich der Formalvoraussetzungen, die den Ablauf und die Zertifizierung des weiterbildenden Studiums regeln (Satzungen, Studien- und Prüfungsordnungen usw.), ergibt sich kein einheitliches Bild. Offensichtlich wird je nach Umfang des Angebotes ein Grad von Verbindlichkeit gewählt, der das Erreichen der bestimmten Lernziele garantiert und die Transparenz des Angebotes sicherstellt, ohne daß darunter die Flexibilität des Weiterbildungsangebotes leidet.

---

1) Otto Peters, Raimund Pfundtner: Studium neben dem Beruf: Ergebnisse eines Forschungsprojektes; Weinheim, Basel 1986, S. 157.

## b) Teilnahme- und Zulassungsvoraussetzungen

Bei der überwiegenden Mehrheit der Angebote des weiterbildenden Studiums werden Zugehörigkeit zur tätigkeitsfeldbezogen definierten Zielgruppe, abgeschlossene Berufsausbildung und eine angemessene Berufserfahrung in den einschlägigen Tätigkeitsfeldern als Teilnahmevoraussetzung vorgeschrieben. Eine Hochschulzugangsberechtigung wird in der Regel nicht verlangt.<sup>1)</sup> Dennoch verfügt die Mehrheit der Teilnehmer über die Hochschulreife bzw. über einen Hochschulabschluß (so z.B. in den weiterbildenden Studiengängen Lehrer Sekundarstufen I und II/Universität Bochum, Energieberater/TU Berlin, Bauingenieurwesen/Universität Hannover), zumal sich einige Angebote des weiterbildenden Studiums an entsprechend vorgebildete Adressaten richten. Ist die Qualifikationsstruktur des Berufs- bzw. Tätigkeitsfeldes der angesprochenen Zielgruppe nicht überwiegend akademisch geprägt, so nehmen auch mehr Personen ohne Hochschulreife am Weiterbildungsangebot teil (z.B. bei der weiterbildenden Studieneinheit Erwachsenenbildung/PH Freiburg und den weiterbildenden Studiengängen Arbeitswissenschaften/Universität Hannover sowie Psychosoziale Versorgung/FU und FH Berlin).

Für die Adressatengruppe der Berufstätigen ohne Hochschulzugangsberechtigung bzw. -abschluß haben beispielsweise die Universität Augsburg und die Gesamthochschule Kassel ein dem eigentlichen weiterbildenden Studium vorgelagertes Orientierungsseminar bzw. einen Grundlagenkurs eingerichtet, deren Besuch Voraussetzung für die Zulassung zum weiterbildenden Studium Management bzw. Energietechnik ist.

Die Teilnehmer am weiterbildenden Studium werden überwiegend entweder als Gasthörer oder regulär immatrikuliert. In eini-

---

1) Zur Feststellung der Eignung der Teilnehmer ohne Hochschulzugangsberechtigung sind von den Hochschulen entsprechende Verfahren und Kriterien entwickelt worden.

gen Fällen ist kein hochschulbezogener Teilnehmerstatus vorgesehen, oder es erfolgt eine Einschreibung mit Sonderstatus.

### c) Veranstaltungsform

Meist bleibt die Hochschule Zentrum des Lernens und Lehrens. Der gelegentliche Einsatz hochschulexterner Lernorte, wie beispielsweise bei den weiterbildenden Studiengängen Arbeitswissenschaftler/Universität Hannover, Energietechnik/Gesamthochschule Kassel oder Lehrpersonen an Schulen des Gesundheitswesens/Universität und FH Osnabrück, wird im allgemeinen durch inhaltliche Vorgaben bestimmt und soll tätigkeitsfeldbezogene Studienelemente verstärken.

Das weiterbildende Studium wird überwiegend als Präsenzstudium, teilweise aber auch als Fernstudiengang mit Präsenzphasen angeboten.

Insgesamt ist eine Tendenz zu kurzfristig (bis 100 Veranstaltungsstunden) und mittelfristig (bis 500 Veranstaltungsstunden) ausgelegten Angeboten festzustellen. Die meisten Angebote sind auf mehrere Semester angelegt und finden im Semesterrhythmus statt.

Die Präsenzstudiengänge setzen sich meist aus Abend- und Wochenendveranstaltungen, zum Teil kombiniert mit Kompaktwochen, zusammen, wobei bei den Angeboten mit bis zu 100 Veranstaltungsstunden Ganztagsseminare und Kompaktveranstaltungen von mehr als einem Tag dominieren.

Die Fernstudiengänge bestehen aus vorbereitenden Selbststudienphasen, zu denen den Teilnehmern das Studienmaterial zugesandt wird, und aus Präsenzphasen, in denen die selbsterarbeiteten Kenntnisse vertieft und durch praktische Kenntnisse ergänzt werden.

Im Unterschied zu den Präsenzstudiengängen stellen die spezifischen Bedingungen des Fernstudiums besondere Anforderungen an die Veranstalter, vor allem, wenn der Veranstalter selbst die fernstudiendidaktische Aufbereitung des Lehrstoffes übernimmt. Hinzu kommen aufgrund unterschiedlicher Grundintentionen von Hochschulweiterbildung und Fernstudium konzeptionelle Schwierigkeiten, zumal wissenschaftliche Weiterbildung nicht auf die Vermittlung von neuem Wissen beschränkt bleiben darf. Vielmehr gilt es auch, das vorhandene Erfahrungswissen kritisch zu reflektieren und durch Problemartikulation und Informationsverarbeitung problemlösend zu lernen. Des weiteren wird mit dem weiterbildenden Studium unter didaktisch-methodischem und wissenschaftsimmanentem Aspekt ein wissenschaftskritischer Anspruch verfolgt. Dieses ist im Fernstudium schwieriger einzulösen.

Umgekehrt bietet die Einbeziehung von Fernstudienmaterialien in das weiterbildende Studium spezifische Vorzüge. Das Fernstudium ist besonders dazu geeignet, die Funktion der Wissensvermittlung zu übernehmen, es erhöht die studienorganisatorische Flexibilität und bietet die Möglichkeit der Individualisierung des Lernens im Sinne eines "angeleiteten Selbststudiums"<sup>1)</sup>. Zugleich ermöglicht die Konzeption des Weiterbildungsangebotes in Form eines Fernstudiums - stärker als dies bei Präsenzstudiengängen der Fall ist - Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet anzusprechen.

Obwohl das weiterbildende Studium meist so konzipiert ist, daß der größte Teil der Veranstaltungen abends oder am Wochenende durchgeführt wird, sind die Teilnehmer häufig auf zusätzliche Freistellungsmöglichkeiten angewiesen. Insbesondere bei Fernstudiengängen dürfen die Präsenzphasen nicht zu umfangreich sein, damit für die Teilnehmer mög-

---

1) Zu dieser Thematik vgl.: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Hochschulweiterbildung und Fernstudium; in: AUE-Eiträge Nr. 11, Hannover 1982.

lichst geringe Freistellungsprobleme entstehen. In Berlin (eingeschränkt auf Teilnehmer bis zu 25 Jahren), Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen besteht die Möglichkeit, sich Seminarreihen des weiterbildenden Studiums nach dem Bildungsurlaubsgesetz anrechnen zu lassen<sup>1)</sup>.

#### d) Bescheinigungen und Abschlüsse

Eine Reihe von Angeboten des weiterbildenden Studiums (z.B. Präsenzstudiengang Management/Universität Augsburg, Fernstudiengang Bauingenieurwesen/Universität Hannover) ist nach dem Baukastenprinzip organisiert und läßt den Teilnehmern individuelle Wahlmöglichkeiten im Hinblick auf Auswahl und Zusammensetzung der Kurse. Den Teilnehmern bieten sich folgende Möglichkeiten:

- Sie können punktuell Einzelkurse belegen (10 - 50 Stunden)
- sie können einen Studienschwerpunkt vollständig absolvieren (in der Regel ca. 100 Stunden)
- sie können sich für die Teilnahme am gesamten weiterbildenden Studiengang entscheiden (ca. 500 Stunden).

Für die Teilnahme an einzelnen Bausteinen werden Teilnahmebestätigungen ausgestellt. In den beiden letztgenannten Fällen erhalten die Teilnehmer Bescheinigungen für Studienleistungen, sofern sie über die regelmäßige Teilnahme hinaus studienbegleitende Leistungsnachweise erbringen, die kumulativ nach dem Credit-Point-System bewertet werden. Um das Zertifikat für den gesamten Studiengang zu erlangen, muß in bereits fest institutionalisierten Studiengängen über die studienbegleitenden Leistungsnachweise hinaus eine Abschlußarbeit angefertigt bzw. eine Prüfung abgelegt werden. Die Tendenz, dies zur Voraussetzung für den Erwerb eines umfassenden Zertifikats zu machen, scheint sich zunehmend durchzusetzen.

---

1) Grundlagen der Weiterbildung e.V. (Hrsg.): Grundlagen des Weiterbildungsrechts (Loseblattsammlung).

Im Unterschied zum Baukastenprinzip werden beim weiterbildenden Studium nach dem Lehrgangsprinzip, bei dem der Teilnehmer nicht die Möglichkeit einer individuellen Programmauswahl hat, sondern das gesamte Lehrangebot absolvieren muß (z.B. Präsenzstudiengang Energietechnik/Gesamthochschule Kassel, Fernstudiengang Energieberater/TU Berlin), keine Teilzertifikate, sondern Teilnahmebescheinigungen für die Teilnahme am gesamten Kurs oder Abschlusszertifikate bei der Ausarbeitung einer Abschlußarbeit bzw. nach Ablegen einer Prüfung ausgestellt.

### 2.2.3 Einbindung in die Hochschulstruktur

Bund und Länder haben weitgehend darauf verzichtet, Festlegungen zu treffen oder Hinweise zu geben, in welcher institutionellen Form die Weiterbildungsaufgaben wahrgenommen werden sollen<sup>1)</sup>, was in der Praxis zu verschiedenartigen Strategien der Einbindung des weiterbildenden Studiums in die Hochschulstruktur geführt hat<sup>2)</sup>.

Die Untersuchung des AUE zu "Strukturen und Bedingungen des weiterbildenden Studiums"<sup>3)</sup> hat gezeigt, daß insgesamt die Fachbereiche/Fakultäten - und zwar entweder in alleiniger Verantwortung oder in Kooperation mit Zentralen Einrichtungen - dominieren.

---

1) Albrecht Hatzius, a.a.O., S. 68.

2) Vgl. hierzu Michael Kochs: Strukturprobleme der Hochschulen bei der Einrichtung des Kontaktstudiums (Thesen); in: Michael Kochs, Johann Dandel (Hrsg.): Kontaktstudium in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1978, S. 249 ff.; sowie Jürgen Allesch, Dagmar Preiß: Struktureller Wandel und wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen, a.a.O., S. 19 ff.

3) Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung: Strukturen und Bedingungen des weiterbildenden Studiums, a.a.O.

Tab. 2: Einbindung in die Hochschulstruktur

Hochschulbereich	Weiterbil- dendes Studium insgesamt	Weiterbildender Studiengang		Weiterbildende Studieneinheit	
		insgesamt	davon*) etabliert	insgesamt	davon*) etabliert
Hochschulleitung	1	-	-	1	1
Hochschulleitung/ Zentrale Einrichtung	2	-	-	2	1
Zentrale Einrichtung	1	1	1	-	-
Zentrale Einrichtung/ Fachbereich	12	8	3	4	3
Fachbereich	11	8	3	3	2
Zentrale Wissenschaft- liche Einrichtung	7	6	6	1	1
Arbeitsgruppe	3	2	-	1	-
Projektgruppe	1	1	-	-	-
Kommission	3	3	-	-	-
Eigener Fachbereich	1	1	-	-	-
Insgesamt:	42	30	13	12	8

\*) Aus dem Stadium des Modellversuchs herausgetretene und nunmehr fest an der Hochschule eingerichtete, laufende Studienangebote.

Quelle: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung: Strukturen und Bedingungen des weiterbildenden Studiums, Hannover 1984, S. 66 f.

Ein Vergleich der derzeitigen strukturellen Einbindung bereits fest an der Hochschule eingerichteter, weiterbildender Studienangebote mit der Einbindung zur Zeit ihrer Gründung zeigt, daß sich bei 57 % die Struktur verändert hat. Gerade wenn diese zunächst über die Hochschulleitung eingebunden waren, ist später die Verantwortung meist Zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen übertragen worden.

Entsprechend der Einbindung des weiterbildenden Studiums in die Hochschulstruktur sind die mit Planung, Durchführung und Evaluation des weiterbildenden Studiums verbundenen Aufgaben in einer Hochschuleinrichtung konzentriert (einlinige Modelle), oder auf mehrere verteilt (mehrlinige Modelle). Bei einlinigen Modellen sind die Entscheidungen entweder auf der Fachbereichsebene (Mathematische Weiterbildung/Universität Kaiserlautern, Erwachsenenbildung/PH Freiburg) oder in einer Zentralen wissenschaftlichen Einrichtung konzentriert, welche allerdings dazu besonderer Formen der Legitimation durch die Fachbereiche bedarf (Arbeitswissenschaften/Universität Hannover, weiterbildende Studiengänge der Universität Bochum). Eine weitere Möglichkeit ist die Bündelung der Kompetenzen in einer Arbeitsgruppe (Bauingenieurwesen/Universität Hannover) oder in einer Projektgruppe (Energieberater/TU Berlin) im Fachbereich. Mehrlinige Modelle dagegen setzen besondere Formen der Kooperation und ihrer Absicherung voraus. Dabei ist entscheidend, welche Instanz bei der Kooperation als anbindende Stelle federführend ist. Dies kann sowohl die Hochschulleitung (Afrikanologie/Universität Bayreuth, Lehrpersonen an Schulen des Gesundheitswesens/Uni und FH Osnabrück) als auch eine Zentrale Einrichtung/Betriebseinheit (Management/Universität Augsburg, Mathematik für Computeranwender/Universität Hamburg) sein, oder die Anbindung wird von einer Kommission (Energietechnik/Gesamthochschule Kassel) oder einem eigenen Fachbereich (Psychosoziale Versorgung/FU und FH Berlin) übernommen, die ihrerseits besondere Kooperationsmöglichkeiten entwickelt haben.

#### a) Einlinige Modelle

Eine Integration weiterbildender Studienangebote, die im Fachbereich angebunden sind und von diesem nicht nur inhaltlich verantwortet, sondern auch organisatorisch und personell abgedeckt werden, bietet sich dort an, wo über personale Kontakte und Beziehungen ein solches Studium möglichst ohne Zeitaufwand initiiert werden soll. Nur über den Fachbereich durchgeführte weiterbildende Studienangebote finden sich auch dort vorrangig, wo es keine eigenen Einrichtungen für Weiterbildungsaufgaben gibt. Die Rahmenbedingungen, die das grundständige Studium setzt, wirken dabei auf das weiterbildende Studium zurück. Die Inhalte sind stärker fachspezifisch ausgerichtet, und auch die Didaktik orientiert sich hauptsächlich an den Lehr- und Lernformen des grundständigen Studiums. Die Tatsache, daß Planung, Durchführung und Evaluation des weiterbildenden Studiums dem Fachbereich obliegen, erleichtert zwar die notwendigen Abstimmungsprozesse innerhalb bereits eingerichteter Fachbereichsgremien und fördert darüber hinaus Rückwirkungen des weiterbildenden Studiums auf die Lehre im grundständigen Studium, doch dabei stellt sich - neben fehlenden Solidar-effekten innerhalb der Hochschule - das Problem einer organisatorischen und personellen Überforderung, bedenkt man die bestehenden Verpflichtungen, die aus dem Erststudium resultieren. Zudem erfordern diese Aufgaben auch enge Außenkontakte zu Vertretern von Organisationen der Berufspraxis, die im Fachbereich zwangsläufig nur über sehr wenige Personen laufen können. Deshalb empfiehlt sich eine weiterbildungsspezifische Beratung und Unterstützung durch Zentrale Einrichtungen (mit oder ohne Lehrkompetenz) oder zumindest eine eigene Stelle im Fachbereich, welche die organisatorischen Aufgaben übernimmt und für die Beratung und Betreuung der Teilnehmer zuständig ist.

Eine andere Möglichkeit des Fachbereichs besteht darin, eine **Arbeitsgruppe oder Projektgruppe im Fachbereich** zu bilden. Diese übernehmen alle Aufgaben der Planung, Durchführung

und Evaluation des weiterbildenden Studienangebotes. Solche speziell geschaffenen Organisationsformen werden in der Regel befristet für die Phase des Modellversuchs eingesetzt. Im Gegensatz zur Arbeitsgruppe im Fachbereich hat die Projektgruppe im Fachbereich in inhaltlicher, organisatorischer und verwaltungstechnischer Hinsicht nur noch wenig mit dem Fachbereich zu tun, an den sie organisatorisch angebunden ist. Dadurch gelingt es der Projektgruppe leichter als der Arbeitsgruppe, fachübergreifende Inhalte in das Studienangebot einfließen zu lassen. Die Gründung einer Projektgruppe im Fachbereich bietet sich an, wenn die Inhalte des weiterbildenden Studiums nicht deckungsgleich sind mit den an einer Hochschule vorhandenen Wissenschaftsdisziplinen und wenn alle mit Planung und Durchführung des weiterbildenden Studiums verbundenen Aufgaben in einer kleinen Einheit zusammengefaßt werden sollen. Von Nachteil ist dabei, daß die Projektgruppe in eine relative Distanz zum Fachbereich gerät und somit Rückwirkungen auf das grundständige Studium möglicherweise behindert werden.

Auch **Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen** übernehmen - bei institutionell gesicherter Mitwirkung der Fachbereiche - alle Aufgaben der Forschung, Lehre und Organisation weiterbildender Studienangebote. Sie sind besonders für diese Aufgabe eingerichtet worden, dauerhaft in die Hochschule eingebunden und mit einer eigenen Organisationsstruktur ausgestattet. Die Hochschule dokumentiert mit dieser Einrichtung ihre Bereitschaft, sich den Anforderungen des weiterbildenden Studiums zu stellen. Die Aufgabenschwerpunkte der Zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen liegen in der konzeptionellen und personellen Gestaltung eines tätigkeitsfeldbezogenen und interdisziplinären Studienangebotes. Dies setzt eine umfangreiche und permanente Berufsfeldanalyse voraus, deren Ergebnisse ohne Verzug an die Lehrenden weiterzugeben sind, und es müssen ferner die Kontakte zu Institutionen und Verbänden wie auch zu den Teilnehmern am weiterbildenden Studium gepflegt werden. Von den Lehren-

den wird die Bereitschaft vorausgesetzt, sich auf neue fachübergreifende Fragestellungen einzulassen und das Studienangebot angemessen didaktisch aufzubereiten. Hierbei können Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen beratend und unterstützend wirken.

Eine vergleichbare Organisationsform ließe sich auch außerhalb der Hochschule realisieren, indem die Hochschule Vertreter in die Geschäftsführung eines solchen externen Institutes entsendet. Dies würde allerdings die Rückkoppelung der Erfahrungen aus der wissenschaftlichen Weiterbildung in das grundständige Studium und in die Forschung verhindern, was mit der Zielsetzung einer Integration des weiterbildenden Studiums in die Hochschule nicht vereinbar wäre<sup>1)</sup>.

#### b) Mehrlinige Modelle

Weiterbildende Studienangebote, die über die Hochschulleitung eingebunden sind, werden inhaltlich von den Fachbereichen und organisatorisch von einer der Hochschulleitung zugeordneten Arbeitsstelle verantwortet und getragen. Oftmals übernimmt die Hochschulleitung zunächst die Verantwortung für die Erprobung weiterbildender Studiengangebote, um andere Ebenen für den Weiterbildungsgedanken zu aktivieren, um Erfahrungen zu sammeln und darauf aufbauend dann weitere Entschlüsse zu fassen. Dementsprechend ist es schwierig, ein längerfristiges, kontinuierliches und curricular abgesichertes weiterbildendes Studienangebot zu initiieren und durchzuführen. Diese Organisationsform ist nur insofern sinnvoll, wenn sich aus ihr eine dauerhafte und personell ausreichend ausgestattete Einrichtung entwickelt.

**Zentrale Einrichtungen/Betriebseinheiten** konzentrieren sich vorwiegend auf den Organisations- und Kooperationsaspekt, während die Fachbereiche die Inhalte bestimmen. Zentrale

---

1) Albrecht Hatzius, a.a.O., S. 2.

Einrichtungen/Betriebseinheiten als Dienstleistungseinrichtungen für die gesamte Hochschule sind besonders geeignet, möglichst viele Hochschullehrer für die Weiterbildung zu aktivieren. Sie koordinieren die inhaltliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen Fachbereichen, führen die notwendigen außeruniversitären Kontaktaufnahmen, Bedarfsermittlungen mittels Berufsfeldanalysen und Abstimmungen mit potentiellen Interessengruppen durch und übernehmen zusätzlich die Beratung von Teilnehmern und Dozenten wie auch die Evaluation des weiterbildenden Studienangebotes. Dies sichert den Tätigkeitsfeldbezug und die Interdisziplinarität der Angebote, eine ständige Offenheit und flexible Reaktion auf Interessen- und Bedarfsverschiebungen wie auch die Anwendung didaktischer Methoden unter erwachsenenpädagogischen Gesichtspunkten.

Sofern für das geplante Weiterbildungsangebot nicht auf in der Hochschule vorhandene und gelehrte Inhalte zurückgegriffen werden kann und ein Fachbereich alleine nicht zusätzlich zu den Aufgaben im Erststudium ein den traditionellen Wissenskanon überschreitendes Weiterbildungsangebot organisieren kann, bietet sich die Bildung einer Kommission oder eines **eigenen Fachbereichs** an. In eine inhaltlich und organisatorisch relativ autonome Kommission können sich zahlreiche Fachbereiche einbinden lassen. Dadurch wird einerseits das Weiterbildungsangebot nach innen und außen abgesichert, andererseits ein eigenständiges Angebot mit fachübergreifenden Inhalten sichergestellt, zumal auch Außenkontakte zu Vertretern und Organisationen der Berufspraxis über relativ viele Personen laufen können.

Kommissionen haben die Aufgabe, in Kooperation mit den Fachbereichen das Weiterbildungsangebot inhaltlich und organisatorisch zu planen und durchzuführen sowie zu evaluieren. Solange die Kommission auf die Lehrdeputate der Fachbereiche zurückgreifen kann - in der Phase des Modellversuchs bekommen die beteiligten Fachbereiche einen Aus-

gleich für die abgegebenen Deputate - sind die Interdisziplinarität des weiterbildenden Studienangebotes wie auch die Rückwirkungen des weiterbildenden Studiums auf Forschung und Lehre im grundständigen Studium gewährleistet.

Insgesamt ist festzuhalten, daß die Entscheidung über die Form der Einbindung des weiterbildenden Studiums in die Hochschulstruktur zum einen von hochschulinternen und -externen Kooperationsmöglichkeiten abhängig ist und zum anderen zunächst eine Vorentscheidung über dessen Zielsetzung und Studienorganisation voraussetzt.

#### 2.2.4 Honorare und Gebühren

##### a) Honorierung des Lehrpersonals

Nahezu einmütig wird gefordert, dem Lehrpersonal die Lehre im weiterbildenden Studium auf das Lehrdeputat anzurechnen. An sich ist die Hochschule auch dann berechtigt, einen Teil des Lehrdeputates für das weiterbildende Studium einzusetzen, wenn sie durch das grundständige Studium ausgelastet ist. Dennoch üben nur einige Lehrpersonen die Lehrtätigkeit im weiterbildenden Studium im Rahmen ihres Lehrdeputates aus. Auffallend ist, daß es sich dabei überwiegend um Angebote handelt, die sich an Lehrende in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung, dem Gesundheitswesen oder direkt an Lehrer richten (weiterbildende Studieneinheit Erwachsenenbildung/PH Freiburg, weiterbildende Studiengänge Lehrpersonen an Schulen des Gesundheitswesens/Universität und FH Osnabrück sowie Lehrer Sekundarstufen I und II/Universität Bochum). Dies läßt - bei der zurückgehenden Belegungsdichte von Lehramtsstudien - auf eine Umorientierung seitens der Hochschule schließen. Überwiegend wird jedoch die Lehre im weiterbildenden Studium als Nebentätigkeit über Lehraufträge oder andere Honorarregelungen vergütet.

## b) Finanzierungsformen

Das Problem der Finanzierung des weiterbildenden Studiums ist bislang nicht befriedigend gelöst. Derzeit werden drei Finanzierungsmodelle diskutiert bzw. erprobt.

Mehrheitlich werden die weiterbildenden Studienangebote durch öffentliche Mittel - entweder noch als Modellversuch, oder über den laufenden Hochschuletat - finanziert (z.B. die weiterbildenden Studiengänge der Universität Bochum, Management/Universität Augsburg, Arbeitswissenschaften/Universität Hannover, Energietechnik/Gesamthochschule Kassel). Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Teilnehmer dennoch folgende Aufwendungen zu tragen haben:

- Es sind u.U. Immatrikulations- oder Gasthörerengebühren zu entrichten.
- Bei der Durchführung von Wochenendseminaren müssen sich die Teilnehmer an den entstehenden Kosten beteiligen.
- Aufwendungen für Arbeitsmittel werden auf die Veranstaltungsteilnehmer umgelegt.

Andere weiterbildende Studienangebote sind mischfinanziert, d.h., sie verfügen über eine Grundfinanzierung durch öffentliche Mittel, müssen aber einen unterschiedlich großen Teil der anfallenden Kosten über Teilnehmergebühren abdecken (z.B. weiterbildender Studiengang Mathematische Weiterbildung/Universität Kaiserslautern, weiterbildende Studieneinheit Psychologische Behandlungsverfahren/Universität Tübingen). Deren etatmäßige Erfassung und Verteilung ist allerdings problematisch, da Einnahmen grundsätzlich in den allgemeinen Staatshaushalt fließen. Eine Teilfinanzierung ist nur als Refinanzierung über den Landes- und Hochschulhaushalt möglich.

Teilweise werden über eingeworbene Drittmittel (TU Clausthal) oder über Spenden, die - wie in Augsburg - von Unternehmen dem Ausbau der Weiterbildung zweckfrei zur Verfügung gestellt werden, weitere Nutznießer in die Mittelaufbringung einbezogen.

Eine Finanzierung ausschließlich über private Mittel bildet bislang die Ausnahme. Das Problem bei einem selbst-finanzierten bzw. sich selbsttragenden Weiterbildungsangebot der Hochschule (weiterbildender Studiengang Energieberater/TU Berlin) liegt in der Nachfrageabhängigkeit. Sinkt die Teilnehmerzahl, so ist u.U. der Fortbestand des Angebotes gefährdet.

Eine andere, hauptsächlich von Fachhochschulen zur Realisierung ihrer Weiterbildungsaktivitäten genutzte Möglichkeit ist die Gründung eines gemeinnützigen Trägervereins. Dieses Modell entspricht allerdings nicht der Forderung nach Integration der Weiterbildungsaufgaben in die Hochschulstruktur (vgl. Kap. 3).

### 2.3 Übrige Angebote des weiterbildenden Studiums

Neben weiterbildenden Studiengängen und Studieneinheiten bieten wissenschaftliche Hochschulen und Fachhochschulen auch Studienangebote an, die sich auf eine mehr punktuelle Informationsvermittlung bzw. Problemlösungshilfe richten, bei denen eine konzentrierte Information durch einen Expertenvortrag bzw. eine Seminarveranstaltung mit einem Experten zur Ergänzung und Vertiefung berufspraktischer Erfahrungen und die Vermittlung von Spezialkenntnissen gesucht wird. Dabei sind die Grenzen zu weiterbildenden Studieneinheiten fließend.

Über diese kurzfristigen Angebote liegen kaum strukturierte und überschaubare Informationen vor. Die folgenden Ausführungen stützen sich daher vornehmlich auf den "Bericht zum Stand der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)<sup>1)</sup>", dem die Ergebnisse einer im Jahre 1982 an allen bundes-

---

1) Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Bremen, (Hrsg.), a.a.O.

deutschen Hochschulen - mit Ausnahme Bremens - durchgeführten Umfrage zugrunde liegen, sowie auf eine Untersuchung der Projektgruppe PROWIS, in welche Angebote und Initiativen technisch-wirtschaftswissenschaftlicher Weiterbildung einbezogen wurden <sup>1)</sup>.

Solche kurzfristigen Weiterbildungsangebote kommen häufig durch die Initiative eines einzelnen Hochschullehrers zustande, der die gesamte Planung und Durchführung seines Angebots alleine verantwortet, oder die Veranstaltung wird in Verantwortung eines einzelnen Fachbereiches angeboten. Nicht selten wird an die Hochschule bzw. einen Hochschullehrer auch die Bitte herangetragen, einem ausgewählten Teilnehmerkreis bestimmte Qualifikationen zu vermitteln.

Hinsichtlich der Teilnehmer/Zielgruppen überwiegen Angebote für Ingenieure aus Industrie, Planungsbüros und Behörden, gefolgt von Angeboten aus dem Bereich Wirtschaft für Führungskräfte und leitende Mitarbeiter.

Kurzfristige Weiterbildungsangebote sind im allgemeinen fach- und berufsspezifisch ausgerichtet. Sie können aber auch berufsübergreifend sein, wenn bestimmte Technologien und Erkenntnisse der Wissenschaft in breite Anwendungsgebiete Eingang finden. Angebote zur informationstechnischen Weiterbildung sind hierfür ein Beispiel. Didaktisch sind die Angebote überwiegend den traditionellen, rezeptiven Lehr- und Lernformen des grundständigen Studiums entsprechend organisiert. Kurzfristige Weiterbildungsangebote dienen in erster Linie der Aktualisierung vorhandenen Wissens bzw. der Vermittlung zusätzlichen, aktuell notwendigen und verwertbaren Wissens und praktischer Fertigkeiten. Der Vermittlung beruflicher und sozialer Kompetenz im Sinne einer Erweiterung der selbständigen Urteils-, Kritik- und Handlungsfähigkeit in Beruf und Gesellschaft wird

---

1) Jürgen Allesch, Wolfgang Kerler, Dagmar Preiß-Allesch, Rainer Terlaak, a.a.O.

weniger Bedeutung beigemessen<sup>1)</sup>.

Kennzeichnend für die Bedarfsanalyse und Evaluation sind weniger systematische oder standardisierte Vorgehensweisen, sondern informelle Prozesse der Informationsgewinnung über in der Regel nicht institutionalisierte Kontakte zu Institutionen und Praxisvertretern.

An der Lehre werden - je nach Zielsetzung und Inhalt der Weiterbildungsangebote - auch Referenten aus der beruflichen Praxis beteiligt.

Für die kurzfristigen Weiterbildungsangebote werden in den meisten Fällen nicht inhaltliche, an einem bestimmten Tätigkeitsfeld orientierte, sondern formale Qualifikationen als Zulassungskriterium vorausgesetzt. Dabei handelt es sich überwiegend um einen Hochschulabschluß bzw. eine bestimmte berufliche Position. Unberücksichtigt bleibt in diesen Fällen häufig, daß gleiche Tätigkeitsmerkmale in unterschiedlichen und unterschiedlich qualifizierten Berufsgruppen auftreten können. Die Teilnehmer an diesen Weiterbildungsmaßnahmen erhalten in der Regel keinen hochschulbezogenen Teilnehmerstatus.

Der Umfang der Angebote variiert zwischen zwei und etwa 40 Unterrichtsstunden. Sie werden nach dem Lehrgangsprinzip als Abendveranstaltungen, Vortragsreihen, Tages-, Wochenend- oder Wochenseminare durchgeführt. Zum Teil werden auch Angebote des Erststudiums für Berufstätige geöffnet, die sich dann für diese Lehrveranstaltungen als Gasthörer

---

1) Eine Ausnahme zu oben Gesagtem stellt die Sommerhochschule der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg dar. Die Sommerhochschule bietet im Rahmen des Bildungsurlaubs zielgruppenunspezifische Kompaktveranstaltungen der allgemeinen und politischen Weiterbildung an. Vgl. hierzu: Walter Dörhage: Bildungsurlaub an der Hochschule - Die Sommerhochschule der HWP; in: Ingeborg Stahr (Hrsg.): Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 73, Hamburg 1982, S. 139 ff.

einschreiben<sup>1)</sup>. Die Öffnung des grundständigen Studiums für Weiterbildungsinteressenten ist zum einen ein erster Schritt zur Initiierung von Weiterbildungsaktivitäten im Fachbereich bzw. an der Hochschule, und zum anderen gewinnt die Erstausbildung dadurch an praxisorientierten Lehrinhalten.

Üblicherweise erhalten die Teilnehmer Teilnahmebescheinigungen. Voraussetzung für die Bescheinigung der regelmäßigen Teilnahme ist der Besuch von 70 % der Veranstaltungen. Einige der kurzfristigen Weiterbildungsangebote schließen auch mit einer Prüfung ab, bei deren Bestehen ein entsprechendes Zertifikat ausgestellt wird.

Sofern bereits eine Weiterbildungsinfrastruktur in Form von zentralen Stellen an der Hochschule vorhanden ist, organisieren diese das Weiterbildungsangebot. Für die Mehrheit der kurzfristigen Weiterbildungsmaßnahmen muß man jedoch eher von einer Einbindung über die Hochschulleitung oder den in der Weiterbildung engagierten Fachbereich ausgehen, was zur Folge hat, daß in diesen Fällen die Kontinuität des Weiterbildungsangebotes nicht gesichert ist und eine interdisziplinäre Zusammenarbeit behindert wird.

Da an den Hochschulen auch für kurzfristige Weiterbildungsangebote nur in eingeschränktem Umfang freie Lehrkapazitäten zur Verfügung stehen, wird in der Mehrzahl der Fälle ein solches Engagement der Hochschullehrer vergütet. Eine Ausnahme bildet vor allem die Fachhochschule Hamburg, die ihren Hochschullehrern die Mitwirkung an der Planung von Weiterbildungsangeboten mit pauschal zwei Semesterwochenstunden auf das Lehrdeputat anrechnet. Beteiligen sich die Hochschullehrer an der Lehre, so können sie zwischen einer Lehrdeputatsanrechnung, wozu es allerdings der Zustimmung des Fachbereichs bedarf, und einer zusätzlichen Honorierung wählen.

---

1) Vgl. Otto Peters: Auswahl und Gestaltung der Weiterbildungsangebote an Universitäten; in: Recht der Jugend und des Bildungswesens, Heft 5/1981, S. 372 f.

Die Veranstaltungen sind in der Regel mischfinanziert, so daß sich die Teilnehmergebühren in sozial- und bildungspolitisch vertretbaren Grenzen halten. Findet die Veranstaltung hingegen auf Anfrage von und in Absprache mit Beschäftigten statt (vgl. z.B. TU Clausthal), so werden alle anfallenden Kosten vom nachfragenden Unternehmen getragen.

### 3 Exkurs: Hochschulspezifische Weiterbildung in angelegerten Institutionen

Einige Hochschulen kommen ihrem Weiterbildungsauftrag vor allem über privatrechtliche Vereine, Stiftungen oder sonstige Einrichtungen an der Hochschule nach. Zum Teil haben diese Institutionen Tradition und decken einen weiten Bereich des regionalen und überregionalen Bedarfs ab, zum Teil wird dieser alternative Weg des Engagements in der Weiterbildung auch aufgrund der gegenwärtig ungünstigen Rahmenbedingungen an den Hochschulen (Überlastung in der Erstausbildung, Problem der Mittelaufbringung und Kostenzurechnung) beschritten.

#### 3.1 Arbeitskreis für Wirtschaft und Verwaltung an der Universität Bamberg

Der "Arbeitskreis für Wirtschaft und Verwaltung an der Universität Bamberg e.V."<sup>1)</sup> widmet sich der Bearbeitung von Problemen und Weiterbildungsbedürfnissen in Wirtschaft und Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung regionaler Aspekte und leistet damit auch einen Beitrag zur Integration der Hochschule in die Region. Mitglieder sind zu etwa je einem Drittel Hochschullehrer (überwiegend aus dem Fachbereich Sozial- und Wirtschaftswissenschaften), Institutionen (Unternehmen, Behörden) sowie Einzelpersonen (Steuerberater, Rechtsanwälte etc.). Der Vorstand, bestehend aus Hochschullehrern und Praktikern, leitet die Aktivitäten des Arbeitskreises. Er wird durch ein ebenfalls mit Wissenschaftlern

---

1) Vgl. hierzu: Walter Oechsler: Integration von Weiterbildung und Wissenschaftstransfer in einem regionalspezifischen Arbeitskreis; in Techn. Universität Berlin (Hrsg.): Dokumentation Kongresse und Tagungen, Heft 22, Berlin 1984, S. 105-109; Walter Oechsler: Universität Bamberg - Weiterbildungsprogramme des Arbeitskreises für Wirtschaft und Verwaltung; in: Innovation und Management, Bd. 2, Berlin 1985, S. 150 - 153; sowie: Siegfried Oppolzer: Konzepte und Modelle berufsbezogener Weiterbildung durch Wirtschaft und Hochschulen - Arbeitskreis für Wirtschaft und Verwaltung an der Universität Bamberg e.V.; Kurzreferat, gehalten am 11. Dezember 1986.

und Praktikern besetztes Kuratorium beraten. Zudem unterstützen Förderer aus der Region den Arbeitskreis durch Vermittlung von Kontakten, Durchführung von Veranstaltungen usw.

Die Bedarfsermittlung und Programmgestaltung erfolgt überwiegend über die Mitglieder des Arbeitskreises, die aus der Wirtschafts- und Verwaltungspraxis stammen. Die zahlenmäßig stärksten Mitgliedergruppen sind in Kommissionen für

- Standortfragen in Wirtschaft und Verwaltung
  - Verkehr und Logistik
  - Versorgungswirtschaft
  - Datenverarbeitung im Fahrzeugservice und -vertrieb
  - Marketing und Informationssysteme für den EDV-Vertrieb
- zusammengefaßt.

Das Weiterbildungsangebot besteht aus Vortragsreihen, die in Zusammenarbeit mit Fachvertretern der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften angeboten werden und in der Regel eine breitere Öffentlichkeit ansprechen. Zudem veranstaltet der Arbeitskreis innerhalb der Kommissionen zielgruppenspezifische Tagungen, Kolloquien und Seminare aus Themenbereichen der an der Universität Bamberg und im Arbeitskreis vertretenen Fachgebiete. Inzwischen betreibt der Arbeitskreis auch ein Zweiginstitut in Kulmbach. Für alle Weiterbildungsveranstaltungen - mit Ausnahme der Vortragsreihen - werden Teilnehmergebühren erhoben.

Das Aktivitätsspektrum des Arbeitskreises umfaßt darüber hinaus die Förderung des Praxisbezugs im ausbildenden Studium, beispielsweise durch das gemeinsam mit der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät gestaltete volks- und betriebswirtschaftliche Studienpraktikum. In einem Forschungsinstitut des Arbeitskreises werden Forschungsprojekte, die durch die Mitglieder oder von den Kommissionen angeregt wurden, bearbeitet.

### 3.2 Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung an der Universität Mannheim

Die Weiterbildungsaktivitäten der Universität Mannheim<sup>1)</sup> erwachsen aus dem vom BMBW geförderten Modellversuch "Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung". Während die Aufgaben der Kontaktstelle unter Leitung des Rektorates der Universität mit spezifischer Schwerpunktsetzung fortgeführt werden, hat der neugegründete "Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung an der Universität Mannheim e.V." die Trägerschaft für die ursprünglich ebenfalls von der Universität durchgeführten Managementseminare übernommen. Dem Verein gehören Vertreter aus Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung sowie Hochschullehrer an. Für die Programmgestaltung ist der aus Wissenschaftlern und Praktikern zusammengesetzte Fachbeirat zuständig. Diese Organisationsform bot sich an, da die "Vereinslösung" die Finanzierung der Weiterbildung aus dem Haushaltsverfahren der Hochschule ausgliedert und damit eine zweckgebundene Nutzung von Teilnehmergebühren oder Spenden wie auch eine angemessene Honorierung des Engagements der Dozenten ermöglicht. Sie beteiligt darüber hinaus die Wirtschaft unmittelbar an der Programmgestaltung.

Der Verein plant derzeit jährlich vier bis sechs eineinhalb- bis dreitägige Weiterbildungsveranstaltungen für Führungskräfte der Wirtschaft. Die Bedarfsermittlung und Evaluation der Managementseminare erfolgt zum einen über die Mitglieder des Vereins und zum anderen über schriftliche Befragungen der Seminarteilnehmer.

---

1) Vgl. hierzu: Elke Peters: Universität Mannheim - Weiterbildungsprogramm für Führungskräfte der Wirtschaft; in: Innovation und Management, Bd. 2, Berlin 1985, S. 217-222; Elke Peters: Weiterbildung für die Wirtschaft; in: Uni-Report, Oktober 1985, S. 5, sowie: Wolfgang Goedecke: Wissenschaftliche Weiterbildung an der Universität Mannheim - ein Modellvorhaben; Exposé, Mannheim 1986.

An der Lehre beteiligen sich sowohl Praktiker als auch Hochschullehrer aus verschiedenen Fachbereichen. Die Finanzierung der Veranstaltungen erfolgt kostendeckend über Teilnehmergebühren.

### 3.3 Fachhochschule Köln-Deutz: Dezentrale Weiterbildungsgesellschaften in den Fachbereichen

An der Fachhochschule Köln-Deutz entstanden aufgrund des Engagements einzelner Hochschullehrer dezentrale Weiterbildungsgesellschaften in den Fachbereichen.<sup>1)</sup>

Das "Institut für Solartechnik" beispielsweise ist ein eingetragener Verein, der aus der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie hervorgegangen ist und sich u.a. der Weiterbildung auf dem Gebiet der Nutzung regenerativer Energiequellen widmet. Die Angliederung des Institutes an die Fachhochschule bietet einerseits die Möglichkeit, die technischen und räumlichen Kapazitäten der Fachhochschule zu nutzen und ermöglicht es andererseits, die Studenten bereits im grundständigen Studium mit neuen Energietechnologien vertraut zu machen. Die institutionellen Kosten des Institutes sowie die Honorare der Dozenten in der Weiterbildung, die überwiegend aus der Praxis kommen, werden ausschließlich durch Spenden und Teilnehmergebühren gedeckt.

In den Fachbereichen Allgemeine Verfahrenstechnik, Elektrische Energietechnik, Fahrzeug-, Konstruktions-, Produktions- und Versorgungstechnik führt die bereits seit über 60 Jahren bestehende "Gesellschaft für technisch-wirtschaftliche Fortbildung Köln e.V." Weiterbildungsveranstaltungen durch. Auch diese werden durch Teilnehmergebühren finanziert.

1) Vgl. hierzu: Jürgen Allesch, Dagmar Brause, Hans-Jürgen Martin, Dagmar Preiß: Weiterbildung an den Hochschulen, a.a.O.

### 3.4 Das Deutsche Handwerksinstitut und seine Forschungsinstitute

Die Zusammenarbeit des Handwerks mit den Hochschulen im Bereich der Weiterbildung leisten insbesondere das Deutsche Handwerksinstitut und seine sieben Forschungsinstitute, von denen bei vier Instituten eine Verbindung zu einer Universität oder Technischen Hochschule besteht. Beim "Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen" ist die Universität Rechtsträger, während beim "Institut für Kunststoffverarbeitung an der RWTH Aachen", beim "Heinz-Piest-Institut für Handwerkstechnik an der TU Hannover" und beim "Forschungsinstitut für Berufsbildung im Handwerk an der Universität zu Köln" jeweils ein entsprechender Verein Rechtsträger ist.<sup>1)</sup>

Diese Institute führen Forschungsarbeiten mit speziellen Schwerpunkten durch, ihre Mitarbeiter beteiligen sich an der Hochschullehre und nehmen vor allem auch Weiterbildungsaufgaben wahr.

Das "Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen" führt wirtschaftswissenschaftliche Weiterbildungsseminare für die betriebswirtschaftlichen Berater im Handwerk durch.

Zu den Aufgaben des "Heinz-Piest-Institutes für Handwerkstechnik an der Universität Hannover" zählt die fachtechnische Weiterbildung der überbetrieblichen Ausbilder sowie die Entwicklung und Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Führungskräfte in überbetrieblichen beruflichen Bildungsstätten.

Dem "Forschungsinstitut für Berufsbildung im Handwerk an der Universität zu Köln" obliegt die wissenschaftliche Leitung, Planung, Erprobung und Weiterentwicklung von Modell-

---

1) Vgl. Handwerksrechtsinstitut München: Rechtsverhältnisse der Forschungsinstitute im Deutschen Handwerksinstitut e.V., unveröffentlichtes Manuskript, München o.J.

Lehrgängen im Bereich der Beraterschulung, z.B. für Aus-  
bildungsberater und betriebswirtschaftliche Berater; im  
Bereich der Berufs- und Arbeitspädagogik, z.B. für be-  
triebliche Ausbilder, überbetriebliche Ausbilder, Fach-  
lehrer und Dozenten aus der Meistervorbereitung sowie  
für Mitglieder von Gesellen- und Meisterprüfungsaus-  
schüssen.

Das "Institut für Kunststoffverarbeitung in Industrie und  
Handwerk an der RWTH Aachen", Abteilung Handwerk, entwik-  
kelt und erprobt Lehrgänge über Kunststoffverarbeitung.  
Die Lehrkräfte der überfachlichen Kursstätten, fachlichen  
Kursstätten und berufsbezogenen Schulungsstellen, an denen  
diese Lehrgänge stattfinden, werden in fachlicher und päd-  
agogischer Hinsicht vom Institut geschult und kontinuier-  
lich weitergebildet.<sup>1)</sup>

### 3.5 Das Modell der Akademien

Das Modell der Akademie ermöglicht eine enge Rückkoppelung  
mit der Praxis, da die nicht den Hochschulen angehörenden  
Mitglieder sich aus Betrieben, Behörden und Verbänden re-  
krutieren. Die RWTH Aachen kommt ihrem Weiterbildungsauf-  
trag - außer über das Institut für Kunststoffverarbeitung  
in Industrie und Handwerk - vor allem über ihre Außeninsti-  
tute, z.B. das Haus der Technik in Essen oder die Techni-  
sche Akademie in Wuppertal, nach. Zugleich besteht zwischen  
dem Haus der Technik und der Universität Essen - Gesamthoch-  
schule ein Kooperationsvertrag für Aus- und Weiterbildung in  
den wirtschafts-, natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fä-  
chern<sup>2)</sup>.

---

1) Vgl. Deutsches Handwerksinstitut (Hrsg.): Tätigkeitsbericht 1984,  
München 1985.

2) Helmut Strnad: Fach- und Führungskräfte als Dozenten für die be-  
rufsbegleitende Erwachsenenbildung; in: Michael Kochs, Johann Dandl  
(Hrsg.): Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 47, Hamburg 1978, S. 94 ff.;  
Werner Holste: Universal- und Spezialangebote für Führung - Tech-  
nische Akademie Wuppertal (TAW); in: Institut der Deutschen Wirt-  
schaft (Hrsg.): Berichte zur Bildungspolitik 1980/81 des Instituts  
der Deutschen Wirtschaft, Köln 1980, S. 289-294; sowie: Klaus Schruppf:  
Technische und wirtschaftswissenschaftliche Weiterbildung; ebd.,  
S. 295-298.

Auch andere Hochschulen sind maßgeblich an einigen gemeinnützigen Instituten, die auf dem Gebiet der Weiterbildung tätig sind, beteiligt. Die Technische Akademie in Esslingen beispielsweise ist Institut des Kontaktstudiums der Universitäten Stuttgart und Hohenheim sowie der Fachhochschule für Technik Esslingen<sup>1)</sup>. Die Technische Akademie Südwest ist eine gemeinsame Einrichtung der Fachhochschulen des Landes Rheinland-Pfalz, der Universität Kaiserslautern sowie regionaler Kammern und Berufsverbände für Architekten und Ingenieure<sup>2)</sup>. Die Export-Akademie Baden-Württemberg ist eine Zentrale Einrichtung an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Reutlingen mit Außenstellen an den Fachhochschulen Heilbronn, Karlsruhe, Nürtingen und Offenburg/Gengenbach<sup>3)</sup>.

Die von den Akademien angebotenen Weiterbildungsveranstaltungen richten sich in der Regel an im Beruf stehende Hochschul- und Fachhochschulabsolventen. Sie sollen die vorhandenen Fachkenntnisse dem neuesten wissenschaftlichen Entwicklungsstand anpassen, zu aktuellen Fragestellungen beruflich verwertbare Problemlösungen konzentriert darbieten sowie Spezialkenntnisse in bestimmten Bereichen vermitteln. Die Dozenten der Veranstaltungen kommen sowohl aus Hochschulen als auch aus der Berufspraxis.

Die Veranstaltungen finden überwiegend als zwei- bis dreitägige Kompaktseminare, teilweise aber auch als Lehrgangserien statt. Für die Teilnahme an den Veranstaltungen werden in der Regel kostendeckende Gebühren erhoben.

- 
- 1) Wilfried J. Bartz: Das Kontaktstudium an der Technischen Akademie Esslingen; in: Michael Kochs, Johann Dandl (Hrsg.): Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 47, Hamburg 1978, S. 61 ff.; sowie Wilfried J. Bartz: Kooperation zwischen Hochschulen und freien Weiterbildungsträgern; in: Technische Universität Berlin (Hrsg.): Dokumentation Kongresse und Tagungen, Heft 22, Berlin 1984, S. 91 ff.
  - 2) Jürgen Allesch, Dagmar Brause, Hans-Jürgen Martin, Dagmar Preiß: Weiterbildung an den Fachhochschulen; a.a.O., S. 95.
  - 3) Informationsmappe der Export-Akademie Baden-Württemberg.

An dieser Stelle kann nicht beurteilt werden, inwieweit die Erkenntnisse aus diesen Weiterbildungsaktivitäten in die Hochschulen zurückfließen. In jedem Falle aber entsprechen diese Modelle nicht der Forderung nach Integration der Weiterbildungsaufgaben in die Hochschulstruktur. Solange zahlreiche Hochschulen allerdings noch mit der Ausbildung im grundständigen Studium überlastet sind, müssen solche oftmals eher kurzfristigen Veranstaltungen hochschulexterner Einrichtungen einstweilen als Einstieg in die Weiterbildung doch auch positiv gesehen werden.

#### 4 Beteiligung an Veranstaltungen der Weiterbildung

Wie oben dargestellt, treten die Hochschulen bei der Entwicklung und Realisierung des weiterbildenden Studiums in einen kontinuierlichen Austauschprozeß mit der beruflichen und gesellschaftlichen Praxis ein. Die Formen der Zusammenarbeit sind dabei vielfältig. Sie reichen vom informellen Informationsaustausch bis zur aktiven Mitarbeit von Praxisvertretern an den von den Hochschulen geplanten und getragenen Weiterbildungsangeboten.

Gleichzeitig verpflichtet das Hochschulrahmengesetz die Hochschulen, sich an Veranstaltungen der Weiterbildung zu beteiligen. Für eine institutionelle Beteiligung der Hochschulen an Veranstaltungen der Weiterbildung hat der Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung ebenfalls Empfehlungen formuliert.<sup>1)</sup> Über Nebentätigkeiten beteiligen sich einzelne Hochschullehrer schon seit jeher an Veranstaltungen von Weiterbildungsträgern, jedoch in der Regel auf individueller Basis.<sup>2)</sup> Eine Umfrage im Jahre 1979 unter 2.200 Hochschullehrern, mit einer Rücklaufquote von 45 %, kommt zu dem Ergebnis, daß sich fast 70 % aller Hochschullehrer auf die eine oder andere Art an Weiterbildungsangeboten beteiligen. Hinsichtlich der Trägerschaft waren 35 % bei Hochschulen und wissenschaftlichen Gesellschaften, 21 % bei Einrichtungen der Erwachsenenbildung und 10 % bei Kammern, Betrieben und Wirtschaftsverbänden tätig; die restlichen 34 % entfallen auf sonstige Institutionen, wie Berufsverbände oder Einrichtungen der Lehrerfortbildung.

---

1) Vgl.: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Weiterbildungsaufgaben der Hochschulen, a.a.O., S. 16 ff.

2) Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Weiterbildung durch Hochschullehrer; in: AUE-Beiträge Nr. 15, 1983, S. 8 und 85.

#### 4.1 Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen

Erste Ansätze zur institutionellen Beteiligung der Hochschulen an Veranstaltungen der Weiterbildung gingen vom niedersächsischen Seminarkurssystem aus. Inzwischen bestehen an 28 Hochschulen Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung<sup>1)</sup>. Dabei handelt es sich um Hochschuleinrichtungen auf zentraler Ebene, die mit hauptberuflichen Mitarbeitern für die Betreuung von Weiterbildungsaufgaben ausgestattet sind. Viele Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung entstanden Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre im Zusammenhang mit Hochschulneugründungen, bei denen die Weiterbildung ein wesentliches Reformelement war. Ab 1976 ging die Initiative - offensichtlich im Zusammenhang mit der legislativen Aufgabenzuweisung - im wesentlichen von Hochschulleitungen und Ministerien aus. In anderen Fällen wurden zunächst in eher pragmatischer Intention Versuche unternommen, erste praktische Aktivitäten in Gang zu bringen.

"Den Kontaktstellen obliegt es, in enger Zusammenarbeit mit den jeweils fachlich zuständigen Hochschullehrern den Ausbau einer wissenschaftlichen Weiterbildung für möglichst breite Adressatenkreise durch extramurale Kurse u.ä. Maßnahmen zu fördern. Ferner sollen sie in der Weiterbildung des eigenen wissenschaftlichen, technischen und Verwaltungspersonal der Hochschule im Sinne

---

1) Zur Geschichte der universitären Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland siehe: Wolfgang H. Swoboda: Universitäre Erwachsenenbildung; in: Joachim H. Knoll (Hrsg.): Studien zur internationalen Erwachsenenbildung, Bd. 4, Köln 1983; vgl. auch: Joachim Dikau: Die Aufgabe der Universitäten in der Erwachsenenbildung angesichts gesellschaftlicher Erwartungen, Defizite und Erfordernisse; in: Wolfgang Krüger (Hrsg.): Universität und Erwachsenenbildung in Europa, Braunschweig 1978; sowie Joachim Dikau: Weiterbildungsaufgaben der Hochschulen; in: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Schriftenreihe Bildungsplanung, Bd. 40, Bonn 1982.

des § 2 Abs.4 HRG maßgeblich mitwirken. Schließlich können die Kontaktstellen bei entsprechender personeller Ausstattung beratende und organisierende Funktionen für das weiterbildende Studium übernehmen<sup>1)</sup>. Allerdings sind die Aktivitäten der Kontaktstellen abhängig von deren Selbstverständnis als Weiterbildungseinrichtung, den jeweiligen Bedingungen in der Hochschule und in ihrem Umfeld sowie von der Entstehungsgeschichte der jeweiligen Kontaktstelle. So hat die Tradition der Seminarkurse in Niedersachsen die dortigen Kontaktstellen anders geprägt als dies in Bundesländern der Fall ist, in denen zunächst die Entwicklung des weiterbildenden Studiums im Vordergrund steht.

Aufgrund des fächerübergreifenden Charakters ihrer Arbeit erfolgte die Institutionalisierung der Kontaktstellen überwiegend als Zentrale Betriebseinheit oder als Zentrale wissenschaftliche Einrichtung. Die an vielen Hochschulen gegenwärtig noch anzutreffende Institutionalisierungsform als Referat/Abteilung oder Stabsstelle in der Hochschulverwaltung/-leitung bietet die Möglichkeit, die Aufbauphase einer Kontaktstelle möglichst reibungslos zu gestalten, gewährleistet allerdings weder eine hinreichende Unabhängigkeit von personellen Veränderungen noch die notwendige Selbständigkeit für den Aufbau hochschulinterner und -externer Kooperationsbeziehungen.

Die Kontaktstellen stehen überwiegend unter der Verantwortung eines zentralen Kollegialorgans bzw. einer von diesem eingesetzten Kommission oder unter der Verantwortung der Hochschulleitung. In wenigen Fällen besteht eine Eingliederung in die Zentralverwaltung oder ist eine solche zu erwarten. Die Zuständigkeit der zentralen Organe erstreckt sich in erster Linie auf grundsätzliche Entscheidungen hinsichtlich der Konzeption, der Struktur und der Finanzierung.

---

1) Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Das Arbeitsprogramm des AUE; in: AUE-Beiträge Nr. 1, Hannover 1981, S. 11 f.

Hochschulintern sind die Kontaktstellen bestrebt, nicht nur Einzelpersonen, sondern vielmehr andere institutionelle Einheiten der Hochschule als Kooperationspartner zu gewinnen. Im Bereich der hochschulexternen Kooperation ist ein beträchtliches Ausmaß und ein breites Spektrum an Kooperationspartnern festzustellen. Eindeutig dominieren Weiterbildungseinrichtungen von Trägerorganisationen und dabei insbesondere Volkshochschulen und gewerkschaftliche Einrichtungen vor Einrichtungen der Wirtschaft, der konfessionellen und ländlichen Erwachsenenbildung sowie den Heimvolkshochschulen. Als weitere Kooperationspartner kommen vor allem Landesministerien und -behörden, Gewerkschaften, andere Hochschulen, Fernstudieninstitutionen sowie Kammern und Arbeitgeberverbände in Betracht.

Je nachdem, in welcher Funktion der jeweilige Kooperationspartner angesprochen ist, geht es dabei um die Planung und Durchführung von gemeinsamen Maßnahmen oder um die Abstimmung bei der konzeptionellen und inhaltlichen Programmplanung, sofern der Kooperationspartner ebenfalls Anbieter von Weiterbildungsveranstaltungen ist; handelt es sich hingegen um Interessenvertreter einer Zielgruppe, überwiegen Fragen der Bedarfseinschätzung, Programmentwicklung und Organisation.

Soweit einige Ergebnisse des vom BMBW unter Beteiligung des Landes Niedersachsen geförderten Forschungsvorhabens "Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung", welches der AUE mit Hilfe der Universität Hannover in den Jahren 1982 bis 1984 durchgeführt hat. Die im folgenden angeführten Beispiele der Beteiligung von Hochschulen an Veranstaltungen der Weiterbildung wurden ebenfalls diesen Veröffentlichungen <sup>1)</sup> entnommen und ergänzt durch

---

1) Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Zentrale Einrichtungen/Kontaktstellen für Weiterbildung an Hochschulen, a.a.O. Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung - Projektabschlussbericht, Hannover 1985.

die Ergebnisse der Bremer Projektgruppe Weiterbildung<sup>1)</sup>.

#### 4.2 Veranstaltungen in Trägerschaft externer Weiterbildungseinrichtungen

Bei der Beteiligung an der allgemeinen Erwachsenenbildung erfüllen die Hochschulen mit der Organisation von "Seminar-kursen" im wesentlichen Dienstleistungen für die Erwachsenenbildungsträger. Die Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung an den Universitäten in Göttingen, Hamburg, Hannover, Mainz, Oldenburg, Osnabrück und an der Fachhochschule Wiesbaden beispielsweise sammeln Angebote der Hochschullehrer, planen und entwickeln ein Programm wissenschaftlicher Weiterbildung und versenden dieses Verzeichnis extramuraler Kursangebote an alle in Frage kommenden Erwachsenenbildungsträger der Hochschulregion. Dabei werden in Mainz auch Angebote der Universitäten Trier und Kaiserslautern, der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz sowie der Fachhochschulen Rheinland-Pfalz und in Oldenburg auch die der Fachhochschulen Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven einbezogen. Die Veranstaltungsverzeichnisse sollen einen Überblick über Kursleiter und Themenbereiche vermitteln. Aus dem von der Kontaktstelle zusammengestellten Seminarprogramm oder Veranstaltungsverzeichnis können die Einrichtungen der Erwachsenenbildung - gegebenenfalls auch in einer auf ihre Zwecke und Bedürfnisse abgewandelten Form - Kurse auswählen und das entsprechende Hochschulpersonal anfordern. Es ist auch möglich, daß Kurse erst auf die Anregung von Erwachsenenbildungseinrichtungen hin konzipiert werden.

Bei dieser Form der Beteiligung an Veranstaltungen der Erwachsenenbildung liegt die wissenschaftliche Verantwortung für das Kursangebot auf Seiten der Hochschule, die Träger-

---

1) Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Bremen, (Hrsg.):  
a.a.O.

schaft einzelner Kurse hingegen bei der veranstaltenden Erwachsenenbildungseinrichtung. Die Kontaktstellen haben dabei die Aufgabe, die Seminarkurse zu organisieren und wissenschaftlich zu begleiten.

Sie vermitteln in der Regel Seminarkurse aus allen an der Hochschule vorhandenen Wissenschaftsgebieten. Darüber hinaus haben sich an einzelnen Hochschulen besondere inhaltliche Schwerpunkte herausgebildet; z.B. in Oldenburg:

- Weiterbildung für Eltern und Erzieher
- Weiterbildungsangebote aus der Sonder- und Behindertenpädagogik
- Kurse zur Qualifizierung nebenberuflicher Dozenten in der Erwachsenenbildung
- Kurse zu frauenspezifischen Themen
- Kurse zur Vorbereitung auf das Alter und insbesondere zur Vorbereitung auf die Tätigkeit in der Altenarbeit (Soziale Gerontologie)
- Fachvorbereitungskurse auf die Zulassungsprüfung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis für Berufstätige (fachgebundene Hochschulzulassung, bei der berufliche Erfahrung eine besondere Rolle spielt).

Drei dieser Schwerpunktbereiche - die Entwicklung und Erprobung von Qualifikationsseminaren für nebenberufliche pädagogische Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung (NQ-Projekt)<sup>1)</sup>, die Fachvorbereitungskurse auf die Zulassungsprüfung zum Hochschulstudium für Berufstätige ohne Reifeprüfung<sup>2)</sup> sowie die Entwicklung und Erprobung eines Weiter-

---

1) Vgl. hierzu: Jürgen Weißbach, Ernst Wolf: Weiterbildungseignungsverordnung? - Das Qualifizierungsproblem in der Weiterbildung; in: Reinhard Kuhlmann, Siegfried Leittretter, Erhard Lenk, Dieter Otulakowski (Hrsg.): Hochschule und Weiterbildung, Köln 1982, S. 259 ff.

2) Vgl. hierzu: Harald Fengler, Bernd Jankofsky, Erika Reibstein, Jürgen Weißbach: Berufliche Qualifikation und Hochschulzugang; in: Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Oldenburg (Hrsg.): Informationen zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Bd. 21, Oldenburg 1983.

bildungsangebotes für Arbeiterinnen und Landfrauen im ländlichen Raum<sup>1)</sup> - wurden durch Drittmittelförderung besonders intensiv entwickelt und evaluiert.

In Hannover handelt es sich gegenwärtig um die Schwerpunkte

- Umwelt und Zukunft
- Technischer Wandel
- Frauen.

Zudem beschreitet die Kontaktstelle in Hannover neue Wege in der Seminarkursarbeit, indem sie etwa mit dem Weiterbildungsprogramm "Umwelt - Mensch - Gesellschaft" einen interdisziplinär angelegten Seminarkurs mit einem Umfang von 140 Unterrichtsstunden anbietet.

Auch die Kontaktstelle in Göttingen bietet spezielle, mindestens zwei Semester dauernde Seminarkursreihen (z.B. Vorbereitung auf die Zulassungsprüfung zur fachgebundenen Hochschulreife) an.

Die Seminarkurse sollen, ausgehend von den Interessen und Lebenssituationen der Teilnehmer, am Beispiel eines Sachgebietes die Urteilsfähigkeit der Teilnehmer fördern sowie problemorientiert wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse auf persönliche, gesellschaftliche und berufliche Bereiche beziehen und anwenden helfen. Vermutlich aufgrund des Einflusses der Erwachsenenbildungsträger sind die Dozenten offensichtlich bestrebt, sich an bereits erprobten erwachsenenpädagogischen Lehr- und Lernformen zu orientieren. Soweit es sich um Schwerpunktbereiche handelt, werden die Seminarkurse auch interdisziplinär angelegt. Beispiele hierfür sind etwa die Weiterbildungsprogramme "Umwelt - Mensch - Gesellschaft" an der Universität Hannover oder "Arbeiterinnen und Landfrauen - Weiterbildung auf dem Lande" an der Universität Oldenburg.

---

1) Vgl. hierzu: Heide Langguth, Uta-Loeber-Pautsch: Arbeiterinnen und Landfrauen - Weiterbildung auf dem Lande; in: Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Oldenburg (Hrsg.): Informationen zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Bd. 20, Oldenburg 1983.

Zu den Veranstaltungen hat im allgemeinen jeder Zugang; Adressaten sind meist berufserfahrene Erwachsene, die keine Hochschulqualifikation oder Hochschulzugangsberechtigung haben, jedoch in besonderer Weise an theoretischen und praxisnahen Auseinandersetzungen mit Problemen aus Bereichen der Alltagswelt und der Wissenschaft interessiert sind. Allerdings muß festgestellt werden, daß bei den Teilnehmern an den Seminarkursen Personen ohne Schulabschluß bzw. mit Hauptschulabschluß unterrepräsentiert sind. Gleiches gilt - hinsichtlich der Stellung im Beruf - für Selbständige und insbesondere für Arbeiter<sup>1)</sup>.

Die Seminarkurse haben in der Regel einen Umfang von 40 Unterrichtsstunden; sie werden einerseits als Abendkurse, andererseits als Wochen- oder Wochenendseminare durchgeführt. Ein Teil wird auch, sofern Freistellungsmöglichkeiten nach dem Bildungsurlaubsgesetz gegeben sind, in Form einwöchiger Bildungsurlaubskurse durchgeführt. Bei der Behandlung von speziellen Themenschwerpunkten werden, wie bereits erwähnt, mehrere Seminarkurse bausteinartig hintereinandergeschaltet (vgl. Göttingen, Hannover, Oldenburg).

Teilnehmernachweise werden nicht automatisch, sondern nur auf individuellen Wunsch des Teilnehmers ausgestellt. Ausnahmen bilden nur solche Kurse, die eine spezielle Zusatzqualifikation vermitteln und die mit einer Prüfung abschließen.

Die Seminarkurse werden vornehmlich in Kooperation mit den örtlichen Volkshochschulen durchgeführt. Daneben werden in

---

1) Peter Faulstich: Erwachsenenbildung und Hochschule, München-Wien-Baltimore 1982, S. 80; sowie Gerhard Schmied: Die Besucher von Veranstaltungen wissenschaftlicher Weiterbildung in Rheinland-Pfalz 1985; in Universität Mainz (Hrsg.): Berichte und Beiträge zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Bd. 19, Mainz 1986.  
Allgemein zu dieser Thematik: Wolfgang Schulenberg, Heinz-Dieter Loeber, Uta Loeber-Pautsch, Susanne Pühler: Soziale Faktoren der Bildungsbereitschaft Erwachsener, Stuttgart 1978.

geringerer Anzahl auch Seminarkurse mit anderen Erwachsenenbildungsträgern (gewerkschaftliche und kirchliche Bildungsorganisationen, Berufsverbände und Behörden) durchgeführt. Die Koordinationsfunktion der Kontaktstellen bildet hierbei eine entscheidende Voraussetzung dafür, die kontinuierliche Beteiligung von Hochschulen an Veranstaltungen der Erwachsenenbildungsträger zu gewährleisten.

Mit dieser Beteiligung von Hochschulen an Veranstaltungen der Weiterbildung wird das Programmangebot der Erwachsenenbildungsträger nicht nur quantitativ erweitert, sondern auch qualitativ ergänzt, indem für größere Bevölkerungsgruppen - unabhängig von ihrer Vorbildung - die Möglichkeit geschaffen wird, sich mit wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen zu befassen. Neben der bildungssoziologischen und gesellschaftlichen Bedeutung der Seminarkurse sind auch regionale Gesichtspunkte zu beachten, da sich auf dem Wege der Weiterbildung ein Austausch von Informationen zwischen der Hochschule und ihrer Region anbahnen kann. Damit - und allgemein durch die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Praxis - kann das Hochschulpersonal Erfahrungen sammeln, die auch Rückwirkungen auf Forschung und Lehre an der Hochschule haben können.

Außerhalb Niedersachsens allerdings haben die Seminarprogramme - etwa von Bamberg<sup>1)</sup>, Hamburg oder Kassel - bei den Erwachsenenbildungseinrichtungen nur eine begrenzte Resonanz gefunden. Einerseits dürften die Erwachsenenbildungsträger inzwischen über eine ausreichende Anzahl an Dozenten verfügen und vielfältige Kontakte zu Hochschullehrern bestehen, vor allem aber fehlt ein dem niedersächsischen Seminarkurssystem vergleichbarer Finanzierungsanreiz. Die niedersächsischen Finanzierungsmodalitäten nach dem

---

1) Werner Faber (Hrsg.): Weiterbildung aktuell - Angebote bayerischer Universitäten, Bamberg 1979.

Erwachsenenbildungsgesetz sehen vor, daß die Hochschule der jeweiligen Erwachsenenbildungseinrichtung, an der der Kurs stattfindet, eine Pauschalsumme in Rechnung stellt. Davon werden der Erwachsenenbildungseinrichtung in der Regel 70 % vom Land erstattet; die Hochschule zahlt aus dieser Pauschale Honorar, Reisekosten und Kursmaterialien. Da der Betrag der Pauschale für jeden Kurs gleich hoch ist, können Seminarkurse sowohl hochschulnah als auch unter gleichen Bedingungen in entlegeneren Regionen durchgeführt werden, so daß von daher ein gewisser Ausgleich regionaler Benachteiligungen erreicht wird.

Die vor Ort in den Erwachsenenbildungseinrichtungen stattfindenden Seminarkurse werden von Professoren und vor allem von wissenschaftlichen Mitarbeitern geleitet. Diese Lehrtätigkeit in der Weiterbildung wird in der Regel in Nebentätigkeit durchgeführt.

Während die Seminarkurse in Trägerschaft der jeweiligen Organisation bzw. Einrichtung der Weiterbildung am jeweiligen Ort stattfinden, sollen im folgenden nun weitere Formen der Beteiligung der Hochschulen an Veranstaltungen der Weiterbildung vorgestellt werden, welche in gemeinsamer Trägerschaft von Hochschulen und Erwachsenenbildung organisiert und durchgeführt werden.

#### 4.3 Veranstaltungen in gemeinsamer Trägerschaft von Hochschulen und externen Weiterbildungseinrichtungen

##### a) Vereinbarung zwischen der Freien Universität Berlin und der Volkshochschule

Der Präsident der Freien Universität Berlin und die Stadträte für Volksbildung der Berliner Bezirke Schöneberg, Steglitz und Zehlendorf haben am 26.10.1983 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen Erwachsenenbildung unterzeichnet. Sie erstreckt sich auf

- gemeinsame Kurse und Veranstaltungen
- die gegenseitige Nutzung von Räumen und Einrichtungen
- die wechselseitige Teilnahme von Lehrkräften und Mitarbeitern an Veranstaltungen beider Institutionen
- die Abstimmung von Programmen der Aus- und Fortbildung von Personal und Studenten im Bereich der Erwachsenenbildung
- gemeinsame Information und Werbung.

Die Freie Universität und die Volkshochschule kooperieren im Rahmen dieser Vereinbarung als gleichberechtigte Institutionen. Themenschwerpunkte werden jeweils entsprechend den Bedürfnissen der Volkshochschulleitungen vereinbart. Die Programmverantwortung der Kooperationsveranstaltungen liegt bei der Volkshochschule, die inhaltliche Verantwortung bei den zuständigen Fachbereichen der Freien Universität.

Die Volkshochschule nimmt in ihr Programm Kooperationsveranstaltungen mit der Kennzeichnung "FU-Kurs" auf. Diese sind integraler Bestandteil des entsprechenden Fachbereichs der Volkshochschule.

Die sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Aufgaben werden an der Freien Universität Berlin durch das Referat für Erwachsenenbildung wahrgenommen. Das Referat "Erwachsenenbildung", das Referat "Aus- und Weiterbildung für nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter der Hochschule" sowie das für das weiterbildende Studium zuständige Referat "Ergänzende Studienangebote" nehmen die Aufgaben in der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung wahr und sind innerhalb der Abteilung "Außenangelegenheiten" in die zentrale Universitätsverwaltung eingegliedert.

Die Finanzierung der FU-Kurse erfolgt aus einem Titel des Universitätshaushaltes. Daraus werden die Dozentenonorare bezahlt. Die durch die FU-Kurse entstehenden Einnahmen kommen den drei Partnern Volkshochschulen zugute. Pro Semester werden etwa 50 FU-Kurse aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen durchgeführt. Pro Jahr werden über 1000 Teil-

nehmer durch diese Veranstaltungen der FU erreicht. Die Mehrzahl der Teilnehmer verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Im wesentlichen erreicht dieses Angebot Angehörige der Mittelschicht, die in den Kursen oft berufliche und persönliche Fortbildungsinteressen verbinden wollen<sup>1)</sup>.

b) Funktionales Modell wissenschaftlicher Weiterbildung durch Kurse, Seminare und Konferenzen an der Universität Bremen

An der Universität Bremen wurde ein "funktionales Modell wissenschaftlicher Weiterbildung durch Kurse, Seminare und Konferenzen" entwickelt<sup>2)</sup>. Die Ein- und Mehrtagesseminare, welche zusammen mit Einrichtungen der Weiterbildung, mit Verbänden, Kammern und anderen Organisationen in der Region Bremen/Bremerhaven stattfinden, werden - je nach Zielsetzung und Anwendungsfeld - in folgenden unterschiedlichen Funktionsbereichen wirksam:

- Wissenschaftstransfer aus der Forschung in Verwendung und Anwendung
- Funktions- und berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung
- Wissenschaft als Problemlösungsverfahren
- Wissenschaft zur Beratung politischer Entscheidungen
- Aufklärung und Meinungsbildung als politisch-demokratische Aufgabe von Wissenschaft.

Die Seminare wenden sich an Adressaten, die in wissenschaftsbezogenen Anwendungsfeldern tätig sind oder an Forschungser-

---

1) Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Zentrale Einrichtungen/Kontaktstellen für Weiterbildung an Hochschulen, a.a.O.; sowie Informationsmaterial des Referates für Erwachsenenbildung der FU Berlin.

2) Vgl. hierzu: Dirk Schröder, Theoriegrundlagen wissenschaftlicher Weiterbildung - systemtheoretische Überlegungen zu einem funktionsbezogenen Modell wissenschaftlicher Weiterbildung an Hochschulen durch Kurse, Seminare, Konferenzen; in: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Hochschule, Weiterbildung und Arbeitsmarkt; Beiträge Nr. 17, Hannover 1984, S. 48 ff.

Den weiteren Ausführungen liegen ein Antwortschreiben auf eine Anfrage der Verfasserin vom 14.11.1986 sowie gedrucktes Informationsmaterial der Zentralstelle für Weiterbildung der Universität Bremen zugrunde.

gebnissen ein besonderes Interesse haben. Die Teilnehmer sind fachlich und inhaltlich kompetent; sie haben berufliche und andere Erfahrungen, um an den Seminaren teilnehmen zu können. Formale Qualifikationen oder eine wissenschaftliche Ausbildung sind nicht die entscheidende Voraussetzung für die Teilnahme. Der spezifische Adressatenkreis ergibt sich aus dem Thema der jeweiligen Veranstaltung. Die Höhe der Teilnehmerentgelte richtet sich danach, ob die Seminare in Kooperation mit anderen Weiterbildungsträgern oder Institutionen durchgeführt werden oder Eigenangebote der Zentralstelle für Weiterbildung sind. Im ersten Fall richtet sich die Höhe der Teilnehmerentgelte nach den gültigen Sätzen der kooperierenden Weiterbildungsträger, im zweiten Fall nach der für die Zentralstelle für Weiterbildung gültigen Entgeltordnung der Freien und Hansestadt Bremen. In der Regel sind die Referenten Professoren oder wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Bremen. Referenten aus der Praxis werden nur in Ausnahmefällen hinzugezogen. Die Honorierung erfolgt ebenfalls nach der Entgeltordnung.

Die Angebote entstehen in der Regel auf der Grundlage von Anfragen aus der Wirtschaft oder aus Institutionen. Diese resultieren aus schriftlichen Umfragen der Zentralstelle für Weiterbildung, persönlichen Kontakten mit Multiplikatoren aus Institutionen und der Wirtschaft, wie auch aus der Resonanz eines 1986 erstmals durchgeführten Wissenschaftstransferkongresses (Brem-Tec)<sup>1)</sup>.

Zusätzlich werden von den Mitarbeitern der Zentralstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Bremen die universitären Lehrangebote in ihrer ganzen Breite hinsichtlich der berufs- und forschungsrelevanten Studienanteile untersucht. Aus einer Befragung von Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern aus den eruierten Feldern von Forschung und Lehre ergeben sich weitere Vorschläge für die Seminarreihe.

1) Vgl. hierzu: Dirk Schröder: Brem-Tec 1986 - Bericht über ein neues Projekt der Zentralstelle für Weiterbildung (Universität Bremen) im Schnittbereich Wissenschaft/Wirtschaft; in: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): AUE-Informationsdienst Hochschule und Weiterbildung 3/1986, S. 22 ff, Hannover 1986.

Weitere Angebote entstehen auf der Grundlage von konkreten Anfragen anderer Weiterbildungsträger bzw. Institutionen. Diese sind in der Regel Ergänzungs- und Vertiefungsangebote zu bereits bestehenden Weiterbildungsangeboten der entsprechenden Weiterbildungsträger.

Neben der Vorbereitung und Entwicklung der Seminare werden von den Mitarbeitern der Zentralstelle noch folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Entwicklung und Produktion von Einzelprospekten für jede Veranstaltung und Bereitstellung der benötigten Exemplare;
- direkte Einzelwerbung für die Seminare durch die Zentralstelle für Weiterbildung;
- Bereitstellung von Fachräumen und Geräten für die in der Universität durchgeführten Seminare;
- Betreuung der Seminare, die in den Räumen der Universität stattfinden und Bereitstellung der erforderlichen organisatorischen und didaktischen Hilfsmittel.

Zudem werden vom Fernstudienzentrum der Zentralstelle für Weiterbildung der Universität Bremen Fernstudieninteressenten und Fernstudenten der Fernuniversität Hagen aus der bremsischen Region beraten und betreut sowie eigene Weiterbildungskurse im Medienverbund angeboten.

#### c) Modellkurse an der Gesamthochschule Kassel

Die Kontaktstelle der Gesamthochschule Kassel verlagerte, nachdem die Abnehmerquote für Veranstaltungen des nach dem niedersächsischen Seminarkurssystem konzipierten Kursangebotes bei ca. 10 % lag und die Gefahr bestand, daß sich die meisten Hochschullehrer schnell wieder aus der Mitarbeit in der Erwachsenenbildung zurückziehen würden, ihre Beteiligung an Veranstaltungen der Weiterbildung auf die Durchführung von Modellkursen<sup>1)</sup>.

---

1) Auch Grundqualifikations-, Kooperations- oder Zielgruppenseminar genannt; vgl. hierzu: BMBW (Hrsg.): Grundangebot Weiterbildung; in: Schriftenreihe Bildungsplanung, Bd. 34, Bonn 1981, S. 33 ff.

Diese Modellkurse sollen einen Ansatz zur schrittweisen Öffnung der Hochschule für bisher nicht angesprochene Zielgruppen bilden. Sie vermitteln interessen- und problemorientiert grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten aus einzelnen Wissenschaftsdisziplinen. Interessenorientierung bedeutet, es soll eine Bezugnahme auf die Interessen von Berufstätigen erfolgen. Deshalb sind die Inhalte von Weiterbildungsveranstaltungen nicht unmittelbar aus irgendeiner Systematik verfügbaren Wissens abrufbar, sondern müssen orientiert werden an den Teilnehmern. Problemorientierung ist notwendig, da die Komplexität gesellschaftlicher Praxis, durch die die Erfahrungen und Orientierungen von Berufstätigen bestimmt werden, von den einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen nur ausschnittshaft erfaßt wird. Der Gesamtzusammenhang realer Probleme ist daher als Kriterium für die Inhaltsauswahl zu benutzen<sup>1)</sup>. Eine interdisziplinäre Gestaltung der Inhalte ist unabdingbar.

Die Organisationsform dieser Modellkurse ist daraufhin ausgerichtet, daß Berufstätige - auch ohne formale Hochschulzugangsberechtigung - angesprochen werden. Auf dem Niveau von Anfängerveranstaltungen werden Veranstaltungsreihen in der Kombination von vier bis fünf Abendveranstaltungen und ein bis zwei Wochenenden durchgeführt, wobei die Abendveranstaltungen hauptsächlich der Inhaltsvermittlung dienen, und die Wochenendveranstaltungen einen sehr starken Diskussionscharakter haben und die Ergebnisse unter dem Aspekt der Umsetzung auswerten.

Die Kontaktstelle führt jährlich ca. 10 bis 15 Modellkurse durch, wobei sich folgende Schwerpunkte herausgebildet haben:

- Technik, Ökonomie und Arbeit, z.B.:  
Arbeitswissenschaft für Arbeitnehmer,  
Arbeitsmarkt und Strukturpolitik,

---

1) Gesamthochschule Kassel (Hrsg.): Arbeitsbericht 1980/81; in Materialien zur Weiterbildung 13, S. 3 f.

- Probleme älterer Arbeitnehmer,  
Einsatz neuer Informationstechnologien,  
Rationalisierung im Büro
- Geschichte und Politik, z.B.:  
Arbeiterbewegung und Faschismus,  
Gewerkschaften in Kassel nach 1945,  
Niederlage der Weimarer Republik,  
Aufbruch in der Revolution von 1848
  - Architektur, Stadtplanung und Kunst, z.B.:  
Ökologie und Stadtgeschichte,  
Stadtplanung und Stadtentwicklung in Kassel in den  
20er und 30er Jahren,  
Lehmbau,  
Zeichnen und Darstellungsmethoden<sup>1)</sup>
  - Pädagogik, Psychologie und Sozialarbeit, z.B.:  
Verwaltungswissenschaft für soziale Berufe,  
Fortbildung der Ausbilder,  
Fortbildung in der Krankenpflege,  
Fortbildung von Dozenten in der Erwachsenenbildung,  
Bildungsarbeit mit Frauen.<sup>2)</sup>

Die Kontaktstelle ist dabei bestrebt, über gemeinsame Projekte möglichst vielfältige Kooperationsbeziehungen zu Erwachsenenbildungsträgern aufzubauen. Die Mitarbeiter der Kontaktstelle fungieren als Ansprechpartner für die Erwachsenenbildungseinrichtungen wie auch für die einzelnen Fachbereiche und sind an allen Phasen der Planung, Durchführung und Auswertung der Modellkurse beteiligt.

Das Hochschulpersonal erhält in der Regel kein Honorar; eine Mitarbeit wird dadurch attraktiv gemacht, daß

---

1) Z.B.: Freihandzeichnen für gestaltende Handwerker; siehe hierzu: Klaus Schuchardt, Friedrich Otto Nagel: Handwerk und Hochschule - Möglichkeiten der Kooperation aus der Sicht des Handwerks; in: Prisma, Nr. 25, Kassel 1980, S. 28 - 32.

2) Kontaktstelle für wissenschaftliche, künstlerische und berufliche Weiterbildung der Gesamthochschule Kassel (Hrsg.): Kurzinformation vom April 1985.

durch die Kontaktstelle Hilfskraftmittel und Materialien zur Verfügung gestellt werden. Die Kooperationspartner werden also von den Dozentenhonoraren entlastet. Die sonstigen Kosten laufen über deren Etats, wie z.B. Raummiete, Anreisekosten und Verpflegungskosten für die Teilnehmer<sup>1)</sup>.

Die Kurse werden von der Kontaktstelle wissenschaftlich begleitet und im Ergebnis so ausführlich dokumentiert, daß dies für Erwachsenenbildungseinrichtungen, die ähnliche Themen behandeln, als Arbeitshilfe dienen kann. Für die Hochschule hat die Beteiligung an Veranstaltungen der Weiterbildung den Vorteil, daß ihr Bekanntheitsgrad in der Region zunimmt und die Hochschule gleichzeitig Erfahrungen in der Weiterbildung sammeln kann, die sich fördernd auf die Entwicklung des weiterbildenden Studiums auswirken. Zudem stellt die Beteiligung an Veranstaltungen der Weiterbildung ebenso wie das weiterbildende Studium eine für beide Seiten gewinnbringende Verbindung von Wissenschaft und Lebenspraxis her.

---

1) Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung - Projektabschlußbericht, a.a.O., S. 237.

## 5 Wissenschaftstransfer und Weiterbildung

### 5.1 Informationstransfer-, Beratungs- und Technologieförderungseinrichtungen an Hochschulen

Neue Formen der Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Forschungsergebnissen in die Praxis liegen in der Kombination von wissenschaftlicher Weiterbildung und Technologietransfer<sup>1)</sup>. Beide tragen dazu bei, die Fähigkeit für Innovationen zu sichern und zu fördern. An vielen Hochschulen bestehen bereits Beratungs- und Kontakteinrichtungen, die Anfragen seitens der Wirtschaft innerhalb der Hochschule weiterleiten<sup>2)</sup>. Die ursprünglich nur auf die Technologievermittlung gerichteten Aufgaben dieser "Transferstellen" sind im Laufe der Zeit in verschiedenen Richtungen gewachsen. Informationstransfer, Personaltransfer, transferbezogene Weiterbildung und technologieorientierte Unternehmensgründungen seien neben Technologietransfer als Schlagworte genannt.

#### a) Technologietransferstelle der TU Berlin

Dieses ganzheitliche Konzept des Wissenschaftstransfers verfolgt beispielsweise die TU Berlin mit ihrer Technologietransferstelle "TU - transfer". Möglichkeiten des Zusammenwirkens von Weiterbildung und Technologietransfer veranschaulicht beispielsweise die Transfer-Seminar-Reihe "Technologie-Management" die Transfer-Seminar-Reihe "Technologie-Management"<sup>3)</sup>.

- 1) Vgl. hierzu: Forschungsvorhaben des BMW "Möglichkeiten zu einer systematischen und überregionalen Zusammenarbeit von Hochschule und Wirtschaft".
- 2) Unikontakt Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.): Informationstransfer-, Beratungs- und Technologieförderungseinrichtungen an Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland sowie anderer Träger, Bochum 1984.
- 3) Vgl. hierzu: Volker Trommsdorff: Weiterbildungsseminare im Rahmen des Technologietransfers; in: TU Berlin (Hrsg.): Dokumentation Kongresse und Tagungen, Heft 22, Berlin 1984; Jürgen Allesch, Dagmar Preiß-Allesch: Technologie und Management; in: TU Berlin (Hrsg.): Dokumentation Kongresse und Tagungen, Heft 23, Berlin 1984; Dagmar Preiß-Allesch: Vermittlung innovatorischer Qualifikationen durch Weiterbildung und Technologietransfer; in: Transfer-Information, Heft 1/1984, sowie Volker Trommsdorff: Qualifizierungsprogramme für Innovationsmanagement; in: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Wissens- und Technologietransfer aus deutschen und britischen Hochschulen; Studien zu Bildung und Wissenschaft, Heft 10, Bonn 1986, S. 164 ff.

Das erste Seminar in dieser Reihe befaßt sich mit dem Thema "Marketing für kleine und mittlere Unternehmen".

Aufbauend auf den Erfahrungen einer mehrjährigen Zusammenarbeit zwischen der Technologietransferstelle und kleinen und mittleren Unternehmen in Berlin wurde für die Transferseminare ein 4-Stufen-Modell entwickelt. Die erste Seminarphase dient der theoretischen und praktischen Einführung, der Darstellung von fallstudienartigen Problemstellungen der Teilnehmer und der Erarbeitung von Problemlösungsmethoden. Darauf aufbauend können die Teilnehmer in der ersten Praxisphase mit Hilfe von gezielten Materialien und mit der Unterstützung der Dozenten an einem konkreten Beispiel betriebsspezifische Strategien im eigenen Unternehmen entwickeln. In der zweiten Seminarphase werden ausgewählte Fälle mit bis dahin erarbeiteten Lösungsansätzen präsentiert und diskutiert sowie methodisch und theoretisch vertieft. Im Anschluß an das Vertiefungsseminar erfolgt die betriebsspezifische Umsetzung. Hierfür wird die Möglichkeit der Unterstützung durch studentische Projektgruppen unter Leitung eines Hochschullehrers sowie durch Mitarbeiter der Transferstelle angeboten.

Die Einbeziehung des Arbeitsplatzes in die Weiterbildung im Sinne eines "Learning by doing" eröffnet neue Wege in der Weiterbildung. Zudem können die Hochschulen somit die Entwicklung, Planung und Umsetzung von Produktinnovationen fördern bzw. bei betriebswirtschaftlichen und organisations-spezifischen Fragestellungen beratende Dienste leisten und gleichzeitig praxis- und anwendungsbezogene Impulse für Forschung und Lehre erhalten.

#### b) Das Zentrum für angewandte Mikroelektronik

In Burghausen entstand aufgrund einer Initiative aus der Wirtschaft und den bayerischen Fachhochschulen - unterstützt vom damaligen Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus sowie dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr - das "Zentrum für angewandte Mikroelek-

tronik der bayerischen Fachhochschulen (ZAM) e.V.". Mitglieder des Vereins sind die bayerischen Fachhochschulen, Unternehmen, Institutionen und Verbände sowie Privatpersonen. Vereinszweck ist:

- Ingenieure und andere geeignete Personen durch Fort- und Weiterbildung zu fördern, sowie Studenten der bayerischen Fachhochschulen vertiefte Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem Gebiet moderner Technologien, insbesondere der Mikroelektronik, zu vermitteln;
- Aktivitäten anwendungsbezogener Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet moderner Technologien, insbesondere der Mikroelektronik, an den bayerischen Fachhochschulen zu fördern sowie Innovationen, insbesondere im technischen und betriebswirtschaftlichen Bereich, vornehmlich mittelständischer Unternehmen, zu unterstützen;
- die Akzeptanz moderner Technologien, insbesondere der Mikroelektronik, in Wirtschaft und Gesellschaft zu verbessern.

Dem dienen folgende Maßnahmen:

- Die Fort- und Weiterbildung von Ingenieuren in Seminaren und Kursen; die Veranstaltung von Seminaren und Kursen, Workshops usw. für Professoren und Mitarbeiter bayerischer Fachhochschulen sowie für Mitarbeiter öffentlicher und privater Unternehmen; die Umschulung geeigneter Personen mit entsprechender Vorbildung in praxisnahen Spezialkursen sowie die Qualifizierung bzw. Umqualifizierung von Fachkräften auf Gebieten der Mikroelektronik - auch in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung oder im Auftrag von Unternehmen - vor Einführung neuer Technologien;
- die hochschulbegleitende Ausbildung des Ingenieurnachwuchses in Praktika, praktischen Studiensemestern und im Rahmen von Diplomarbeiten;
- die Information von vorwiegend mittelständischen Unternehmen über moderne technische Arbeitsmittel und -methoden

- in Form von Kurz- oder Intensivberatungen, Literaturrecherchen, Beteiligungen an Messen und Ausstellungen und die Beratung über Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Förderprogrammen;
- die Ausführung von anwendungsbezogenen Forschungs- und Entwicklungsaufgaben und technologischen Problemlösungen für Unternehmen;
  - die Verbesserung der Akzeptanz moderner Technologien durch die Veranstaltung von Vorträgen, Seminaren und Podiumsdiskussionen usw. sowie durch die Herausgabe von schriftlichem Material;
  - die Zusammenarbeit mit Institutionen der Weiterbildung, mit Forschungseinrichtungen sowie mit Institutionen des Technologietransfers.

Der Verein hat 1985 seine Tätigkeit aufgenommen. Zur Förderung des Aufbaues werden staatliche und kommunale Zuschüsse gewährt. Des weiteren finanziert sich das ZAM über Mitgliedsbeiträge, Geld- und Sachmittelspenden sowie aus Erlösen seiner Seminar- und Projektstätigkeit<sup>1)</sup>.

## 5.2 Das Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft zur Aus- und Weiterbildung im Technologiebereich

Auch im Ausland gibt es vergleichbare Beispiele von Weiterbildungsmaßnahmen, die den Wissenschaftstransfer begleiten und unterstützen sollen<sup>2)</sup>. Auf europäischer Ebene hat das Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Aus- und Weiterbildung im Technologiebereich (COMETT) den grenzüberschreitenden Austausch zwischen Hochschule und Wirtschaft im

---

1) Zentrum für angewandte Mikroelektronik der bayerischen Fachhochschulen e.V. (Hrsg.): ZAM, 1986; sowie: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Technologie- und Wissenstransfer an den deutschen Fachhochschulen; in: Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft Nr. 46, Bad Honnef 1987, S. 42 ff.

2) Vgl. hierzu: Jürgen Allesch, Rolf Amann, Dagmar Preiß-Allesch: Innovationsimpulse durch Universitäten - Erfahrungen, Modelle und Maßnahmen im internationalen Vergleich, Berlin 1986.

Auge, mit dem Ziel, die Ausbildung von Studenten und Graduierten zu verbessern und die Weiterbildung von Fach- und Führungspersonal zu fördern.

Das COMETT-Programm umfaßt folgende Maßnahmen:

- Entwicklung von Ausbildungspartnerschaften Hochschule - Wirtschaft innerhalb eines europäischen Netzes;
- Programme für den Austausch von Studenten und Fachkräften zwischen Hochschule und Wirtschaft;
- Entwicklung und Erprobung gemeinsamer Vorhaben Hochschule - Wirtschaft im Bereich der Weiterbildung;
- multilaterale Maßnahmen zur Entwicklung von Multimedia-Ausbildungssystemen;
- ergänzende Informations- und Evaluierungsmaßnahmen zur Unterstützung und Überwachung von Entwicklungen, die relevant für das COMETT-Programm sind<sup>1)</sup>.

### 5.3 Regionale Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme durch Kooperationsstellen

Die Teilhabe von Arbeitnehmern am Wissenschaftsprozess in institutionalisierter Form ist bisher nur wenig praktisch erprobt. Erste Ansätze dazu bilden die von Gewerkschaften bzw. öffentlich rechtlichen Organisationen der Arbeitnehmer abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen mit den Universitäten Bremen, Oldenburg und Bochum, der Universität des Saarlandes sowie der FU Berlin<sup>2)</sup>.

---

1) Ohne Verfasser: COMETT-Programm der EG; in: Transfer-Information 1/1986, S. 91 ff.; Dieter Fichtner: COMETT kommt am 1. Januar; in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ) 15 - 16/1986, S. 24 f., sowie Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): COMETT-Leitfaden für Antragsteller 1986/87.

2) Vgl. hierzu: Michael Uechtritz: "Kooperationsverträge" zwischen Hochschulen und gesellschaftlichen Verbänden; in: Schriften zum öffentlichen Recht, Bd. 454, Berlin 1983, sowie: Hans-Dieter Bamberg, Hans Jürgen Kröger, Reinhard Kuhlmann (Hrsg.): Hochschule und Gewerkschaften, Köln 1979, S. 155 ff.

Gegenwärtig führt der DGB - gefördert durch das BMBW und die Hans-Böckler-Stiftung - das Forschungsprojekt "Regionale Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme durch Kooperationsstellen" durch.<sup>1)</sup> Ziel des Projektes ist die Erforschung der organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen und Bedingungen der regionalen Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme, sowie die Erprobung von Formen der kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Arbeitnehmern und Hochschulen in Forschung, Lehre und Weiterbildung, um eine stärkere Öffnung der Hochschulen zu Arbeitnehmerproblemen und damit zu einem Teil des regionalen Umfeldes zu erreichen. Zu diesem Zweck wurden fünf Kooperationsstellen Hochschule/Gewerkschaften mit unterschiedlichen Standortbedingungen in den Hochschulregionen Dortmund (Universität Dortmund, Fachhochschule Dortmund, Sozialforschungsstelle Dortmund), Hamburg (Universität Hamburg, TU Hamburg-Harburg, Fachhochschule Hamburg, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg), Kassel (Gesamthochschule Kassel), Oldenburg (Universität Oldenburg, Fachhochschule Oldenburg, Fachhochschule Wilhelmshaven, Fachhochschule Emden) und Tübingen (Universität Tübingen) eingerichtet. Bei deren Auswahl waren vor allem folgende Kriterien leitend: Die Struktur der Hochschulen und das Spektrum der dort vertretenen Fächer, die gewerkschaftliche Infrastruktur sowie die bisherigen Kooperationsansätze.

Die Kooperationsstellen sind in den örtlichen Gewerkschaftshäusern untergebracht. Jede Kooperationsstelle hat in der Regel einen örtlichen Projektleiter aus dem gewerkschaftlichen Bereich und einen aus dem Bereich der Wissenschaft, die diese Aufgabe zusätzlich zu ihren sonstigen Tätigkeiten

---

1) DGB-Bundesvorstand, Abt. Gesellschaftspolitik: Regionale Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme durch Kooperationsstellen, unveröffentlichter Abschlußbericht, Düsseldorf 1986, sowie: Kooperationsprojekt Hochschule/Gewerkschaften; in: Deutscher Gewerksbund (Hrsg.): Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Nr. 5/86, Beilage.

wahrnehmen. Deren Arbeit wird begleitet von einem regionalen Beirat, dem je zur Hälfte Vertreter der in das Projekt einbezogenen Hochschulen und der regionalen Gewerkschaften angehören. Durch eine zentrale Projektleitung wird die Gesamtvertretung des Projektes nach außen gewährleistet. Die zentrale Projektleitung wird unterstützt und beraten von einem überregionalen Beirat, dem neben Vertretern der Gewerkschaften, der Hochschulen, des BMBW und der Hans-Böckler-Stiftung auch die Kooperationsregionen angehören.

Zur Koordinierung der Arbeit der Kooperationsstellen sowie zur Unterstützung der zentralen Projektleitung wurde beim DGB-Bundesvorstand eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Die überregionale Koordination sorgt durch die Organisation von Arbeits- und Fachtagungen für einen regelmäßigen Austausch der örtlichen Erfahrungen, so daß das Projekt über die Bearbeitung übergreifender Forschungsfragestellungen hinaus zu einer gemeinsamen Problemsicht und Auswertung gelangen kann.

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit aller Kooperationsstellen sind:

- Probleme der Regional- und Strukturpolitik und die damit zusammenhängenden Auswirkungen von Strukturproblemen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Region;
- politische, ökonomische und soziale Folgen des Einsatzes neuer Technologien in der Region;
- Arbeitsbedingungen, Arbeitssicherheit, gesundheitsgefährdende Arbeitsstoffe.

Zusätzlich zu den drei übergreifenden Forschungsfragestellungen werden auch - abhängig von der regionalen Bedarfsermittlung - andere Arbeitsbereiche behandelt und Einzelfragen aufgegriffen. Das "Kooperationsprojekt" hatte ursprünglich eine Laufzeit von drei Jahren (1. September 1982 bis 31. August 1985). Für diesen Zeitraum liegen folgende Erfahrungen vor: Der Auf- und Ausbau von Kooperationsbe-

ziehungen hat mehr Zeit in Anspruch genommen, als in der Projektierungsphase vorherzusehen war. Diese Schwierigkeiten resultieren zum einen aus den regionalen Gewerkschaftsstrukturen, die auf die Formulierung und die Entwicklung eines regionalen Forschungs- und Kooperationsbedarfs nicht vorbereitet sind, sowie andererseits aus der mangelnden Transparenz der Forschungs- und Kooperationsmöglichkeiten der Hochschulen. Die Auswirkungen der Kooperationsstellen auf die Hochschulforschung lassen sich bisher nur exemplarisch beschreiben. Zum einen war die Projektlaufzeit für die Durchführung größerer kooperativer Forschungsprojekte zu gering, zum anderen konnten Forschungsmittel im größeren Umfang bei den Forschungsförderern bisher nur in einzelnen Fällen eingeworben werden. Beispielhaft hierfür sei auf folgende drei Projekte hingewiesen:

Mit dem Projekt "Entwicklungszentrum Dortmund" - gefördert vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen sowie von der Stadt Dortmund - wird beabsichtigt, die endogenen Entwicklungsmöglichkeiten einer Krisenregion für die Schaffung von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten zu nutzen und dabei die Forschungsmöglichkeiten und -ergebnisse der über die Kooperationsstelle Dortmund beteiligten Hochschulen einzubeziehen.

Angeregt durch die Kooperationsstelle Hamburg wird im Rahmen des Rheuma-Forschungsprogramms der Bundesregierung das Projekt "Erforschung der rheumatischen Belastungen von Bauarbeitern" durchgeführt, wobei bereits in Vorbereitung des Projekts am Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf eine internationale Fachtagung "Entstehungsbedingungen und Prävention von degenerativen rheumatischen Erkrankungen" stattfand, auf der speziell die Gesundheitsschäden von Bauarbeitern, Arbeitnehmern in metallverarbeitenden Berufen und Verwaltungsangestellten behandelt wurden.

Im Rahmen der Arbeit der Kooperationsstelle Oldenburg wurde ein größeres Forschungsprojekt zu den regionalen Entwicklungs- und Strukturbedingungen der Region Weser-Ems-Nord-

Niederlande (WENN) in Zusammenarbeit mit der Niederländischen Reichsuniversität Groningen, der Universität Oldenburg und dem interregionalen Gewerkschaftsrat der WENN-Region soweit erarbeitet, daß Forschungsmittel der Kommission der Europäischen Gemeinschaften eingeworben werden konnten.

Zahlreiche Kleinforschungsvorhaben konnten hingegen in der Laufzeit von drei Jahren begonnen bzw. abgeschlossen und veröffentlicht werden. Neben dem Ausbau der Kooperationsinstrumentarien für den Forschungsbereich wurde die Kooperationsarbeit in den Bereichen Lehre und Weiterbildung - insbesondere Lehrveranstaltungen an Hochschulen, Arbeitskreise zwischen Wissenschaftlern und Arbeitnehmern, Weiterbildungsveranstaltungen sowie Veröffentlichungen - erheblich erweitert.

Weiterbildung hat in diesem Zusammenhang

- die Funktion, die Probleme der Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitnehmern zu ermitteln und den Forschungsbedarf zu artikulieren und zu konkretisieren; dem dienten beispielsweise die Seminare der Kooperationsstelle in Tübingen;
- die Funktion, kooperative Forschungsprozesse kritisch zu begleiten, wie dies beispielsweise in Kassel der Fall ist;
- und die Funktion des Wissenschaftstransfers, etwa bei Weiterbildungsseminaren der Kooperationsstellen (Hamburg), bei Weiterbildungsveranstaltungen in Erwachsenenbildungseinrichtungen (Tübingen), bei Weiterbildungsveranstaltungen an den Hochschulen (Tübingen, Kassel) bzw. bei Ringvorlesungen (Kassel, Oldenburg) oder bei Hochschulseminaren unter Beteiligung von Arbeitnehmern (Dortmund).

Nach Beendigung der dreijährigen Förderungsphase haben die Zuwendungsgeber einer Fortsetzung des Projekts mit einer veränderten Schwerpunktsetzung bis zum 31. August 1987 zugestimmt. Dabei waren folgende, noch offene Fragestellungen

zu klären: Zum ersten ein weiterer Ausbau der Kooperationsbeziehungen zwischen allen Hochschulen der Region, insbesondere die verstärkte Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen. Zum zweiten eine verstärkte Konzentration auf die regionalen Schwerpunktbildungen einerseits und auf die Entwicklung und Erprobung geeigneter Formen der überregionalen Zusammenarbeit der Kooperationsstellen andererseits. Und zum dritten die Erforschung und Erprobung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen des Wissenschafts- und Technologietransfers sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen gewerkschaftlichen Beratungs- und Transferprojekten.

#### 5.4. Das Beispiel der Wissenschaftsläden

Die Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Wissenschaftlern zu fördern, ist auch das Ziel sogenannter Wissenschaftsläden<sup>1)</sup>. Die Idee der Wissenschaftsläden ist Ende der 60er Jahre in den Niederlanden entstanden. In der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin gibt es inzwischen 16 Wissenschaftsläden. Sie sind teilweise als eigenständige Einrichtungen an den Universitäten verankert, oder sie arbeiten unabhängig von der Universität als eingetragener Verein. Im Gegensatz zu den Niederlanden verfügen die deutschen Wissenschaftsläden allerdings nicht über einen offiziellen Etat, sondern müssen sich selbst finanzieren.

Wissenschaftsläden dienen dem Ziel:

- Die praktischen Probleme der Bevölkerung in die Forschung einzubeziehen;
- betroffene Bürger am Forschungsprozeß zu beteiligen;

---

1) Vgl. hierzu: Gudrun Bünte: Arbeitsgruppe Wissenschaftsläden; in: Jahresbericht 1984 der Forschungsgesellschaft ANstiftung e.V., S. 57 ff., sowie: Stefanie Mächler: Wissenschaftsläden; in: Das Forum 4/1985, S. 28 ff.

- Berührungängste und Hemmschwellen durch gemeinsames Handeln abzubauen;
- durch gemeinsames Lernen die Probleme des Anderen kennenzulernen und die Wissenschaftsgläubigkeit abzubauen;
- die Ausbildung von Studenten durch die Beschäftigung mit diesen praktischen Problemen zu verändern<sup>1)</sup>.

Zum einen können sich die Bürger mit ihren Anfragen an den Wissenschaftsladen wenden, zum anderen bieten die Wissenschaftsläden zu bestimmten Themen, die sich aus der konkreten Arbeit im Wissenschaftsladen oder aus aktuellem Interesse ergeben, auch Vorträge, Diskussionen, Seminare, Filme, Literatur, praktische Demonstrationen und Ausstellungen an.

---

1) Reinhard Keil: Wissenschaftsläden: Ein Beispiel für ein neues Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft; in: Karl Ermert (Hrsg.): Locomer Protokolle 6/1982, S. 111 ff.

## 6 Der bildungs- und gesellschaftspolitisch formulierte Weiterbildungsbedarf

Was die Hochschulen bereits auf dem Gebiet der Weiterbildung leisten, wurde in den vorausgegangenen Kapiteln ausführlich dargestellt. Eine detaillierte Übersicht zu den Weiterbildungsangeboten bayerischer Hochschulen<sup>1)</sup> findet sich im Anhang, Übersicht 3. Zu fragen bleibt nun, mit welchen Erfahrungen und Erwartungen die Arbeitgeber, die Gewerkschaften und freie Erwachsenenbildungsträger an die Hochschulweiterbildung herantreten.

### 6.1 Unternehmen und Hochschulweiterbildung

Um einen Überblick über die Weiterbildungsarbeit der Wirtschaft und ihre Vorstellungen zu erhalten, haben die Industrie- und Handelskammern 1982 bundesweit Unternehmen der verschiedenen Wirtschaftszweige zur Weiterbildung befragt und dabei auch deren Meinung über zukünftige Aktivitäten der Hochschulen erbeten<sup>2)</sup>. Von 3.360 angeschriebenen Unternehmen sandten 1.548 auswertbare Fragebogen zurück. Davon entfielen 922 auf Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten, 408 auf Unternehmen mit über 500 bis 2.000 Beschäftigten und 218 mit über 2.000 Beschäftigten.

Dieser Untersuchung zufolge führen rund zwei Drittel der antwortenden Unternehmen eine eigene, interne Weiterbildung durch. Über 90 % der Unternehmen nutzen außerbetriebliche Weiterbildungsangebote. Während die Unternehmen in der internen Bildungsarbeit betriebsindividuelle Schwerpunkte setzen, nutzen sie die externe Weiterbildung vor allem wegen der Themenvielfalt. Die Nachfrage nach externen Veranstaltungen ist gegenüber internen dann besonders hoch, wenn die Unternehmen

1) Stand 1986

2) Geerd Woortmann: Unternehmen zur Weiterbildung; in: Fortbildung, 30. Jahrgang, Heft 2, Juni 1985, S. 47 ff.

auf Informationen von "außen" angewiesen sind, wie in den Bereichen Forschung/Entwicklung, Personal, Steuern, Rechtsfragen, Rechnungswesen und Technik.

Die Weiterbildungsangebote der wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen sind bei rund 60 % der Unternehmen bekannt. Wie Tabelle 3 zeigt, erhält jedes vierte Unternehmen Hinweise auf Seminare durch allgemeine Kontakte zum Hochschulsektor. Je größer das Unternehmen ist, umso häufiger bestehen Kontakte, umso häufiger weisen Mitarbeiter auf Hochschulveranstaltungen hin und umso eher sind die Veröffentlichungen der Hochschulen bekannt.

Auch die Weiterbildungsveranstaltungen von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen werden umso häufiger genutzt, je größer das Unternehmen ist (siehe Tabelle 4).

Tab. 3: Informationsgewinnung über Weiterbildungsveranstaltungen der Fachhochschulen und Universitäten

	allgemeine Kontakte %	Veröffent- lichungen %	Hinweise d. Mitarbeiter %	bisher noch nicht %
1.548 Unternehmen insg.	24,6	43,3	8,4	38,1
922 Unternehmen bis 500 Beschäftigte	15	35,5	4,8	46,3
408 Unternehmen 500 bis 2.000 Be- schäftigte	30,9	53,4	12,7	26,5
218 Unternehmen über 2.000 Beschäftigte	48,6	59,2	16	21,1

Quelle: Berufs- und Weiterbildung 1983/84, DIHT 218, S. 77.

Tab. 4: Veranstalter, deren Seminare und Lehrgänge von Unternehmen genutzt werden:

	IHK %	Bildungs- werke d. Arbeitge- berverb. %	private Einrich- tungen %	Fachhoch- schulen %	wissen- schaftl. Hoch- schulen %
1.548 Unternehmen insg.	65	49,3	56,1	14,5	13,9
922 Unternehmen bis 500 Beschäftigte	59,9	37,6	46,1	9,1	7,4
408 Unternehmen über 500 bis 2.000 Be- schäftigte	74,5	63,5	65,5	18,9	16,4
218 Unternehmen über 2.000 Beschäftigte	69,3	71,6	80,7	29,4	36,7

Quelle: Berufs- und Weiterbildung 1983/84, DIHT 218, S. 74

Über die Hälfte der antwortenden Unternehmen<sup>1)</sup> bewerten das Weiterbildungsangebot der Fachhochschulen als ausreichend : praxisbezogen und zu etwas über 70 % als angemessen theoretisch.

Hingegen wird das Angebot der wissenschaftlichen Hochschulen von 80 % als zu wenig auf die Praxis bezogen und von drei Viertel als zu theoretisch beurteilt.

Von fast 50 % der Antwortenden wird sowohl bei den Fachhochschulen als auch bei den wissenschaftlichen Hochschulen die sprachliche Ausdrucksweise bemängelt. Zugleich haben jedoch über 40 % bei den Fachhochschulen und jedes vierte antwortende Unternehmen bei den wissenschaftlichen Hochschulen keine Schwierigkeiten mit deren Ausdrucksweise.

1) Vollständige Angaben zum Weiterbildungsangebot der wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen machten 50 % der befragten Unternehmen.

Branchenspezifisch haben die Investitionsgüter-, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie - möglicherweise wegen des relativ hohen Akademikeranteils - die geringsten Schwierigkeiten mit dem Theorie- und Praxisbezug und der Ausdrucksweise der Hochschulen. Der Dienstleistungsbereich, insbesondere der Handel, betont die Praxisferne sowohl der wissenschaftlichen Hochschulen als auch der Fachhochschulen besonders.

Gleichwohl würde etwa die Hälfte der antwortenden Unternehmen ein verstärktes Weiterbildungsangebot der Hochschulen befürworten. Dieses Interesse wächst mit zunehmender Größe der Unternehmen.

Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr hat die Organisationen der bayerischen Wirtschaft um eine Stellungnahme zu einem die wirtschaftsbezogene Weiterbildung an den Hochschulen betreffenden Beschluß des Bayerischen Landtages vom 18. Juli 1985<sup>1)</sup> gebeten. Demnach ist die Vermittlung folgender Informationen aus der Sicht der Wirtschaft vordringlich:

- Zukunftsorientierte Technologieanwendungen wie Lasertechnik, neue Technologien in der Bauphysik, Roboter-Technik, Übertragungstechnik, neue Technologien im Umweltschutz oder Grundlagen alternativer Energien;
- betriebswirtschaftliche Themenbereiche wie Unternehmensführung in einem veränderten produktionstechnischen Umfeld, mittel- und langfristige Unternehmenssteuerung etc.;

---

1) Bayerischer Landtag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/7642: "Die Staatsregierung wird gebeten, auf die Entwicklung zukunftsorientierter, wirtschaftsbezogener Weiterbildungskonzeptionen an den und durch die Hochschulen hinzuwirken (Beispiel: "Kontaktstudium Management" der Universität Augsburg) und entsprechende Initiativen der Hochschulen zu fördern. Dabei sollen auch die Kenntnisse und Erfahrungen der Wirtschaftsorganisationen berücksichtigt werden."

- unternehmensrelevante Entwicklungen der rechtswissenschaftlichen Praxis.<sup>1)</sup>

## 6.2 Gewerkschaften und Hochschulweiterbildung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Niedersachsen, beurteilt die bisherigen Aktivitäten der Hochschulen, gemessen an den Empfehlungen der Gewerkschaften zur Weiterbildung an Hochschulen, als unbefriedigend und insbesondere durch folgende Mängel gekennzeichnet:

- Weiterbildung ist in den Hochschulen und wissenschaftspolitischen Gremien noch nicht als Aufgabe akzeptiert;
- die Regelungen in den Landeshochschulgesetzen und ihre Umsetzung in Ausführungsvorschriften sind unterschiedlich und verhindern teilweise den Zugang von Arbeitnehmern ohne Formalqualifikation;
- die Möglichkeit der Teilnahme von Arbeitnehmern durch Bildungsurlaub oder Freistellung von der Arbeit ist nur ansatzweise in wenigen Bundesländern, bundesweit jedoch nicht gegeben;
- auch durch die Modellversuche zum weiterbildenden Studium werden Arbeitnehmer ohne Formalqualifikation kaum erreicht;
- die besonderen Probleme der sozialen Öffnung werden zu wenig und zu unsystematisch in Forschung und Weiterbildung bearbeitet;
- die organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Weiterbildungsauftrages sind in den meisten Hochschulen noch nicht vorhanden;
- die Kapazitäten und die bereitgestellten Mittel zur Erfüllung des Weiterbildungsauftrages der Hochschulen sind unzureichend;

---

1) Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr: Zusammenfassung der Stellungnahmen der Organisationen der bayerischen Wirtschaft zu dem Beschluß des Landtages v.18.7.1985, Schreiben v. 7. Januar 1986, Nr. 0533f - IV/3d - 59 131.

- institutionalisierte Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Hochschulweiterbildung fehlen."<sup>1)</sup>

### 6.3 Freie Erwachsenenbildungsträger und Hochschulweiterbildung

Möglichkeiten und Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen freien Trägern der Erwachsenenbildung und Hochschulen lassen die Ergebnisse einer Fragebogenaktion erkennen, die 1982 vom "Arbeitsausschuß für politische Bildung" des "Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten" bei dessen Mitgliedern zur Kooperation zwischen Trägern der außerschulischen politischen Bildung und den Hochschulen durchgeführt wurde<sup>2)</sup>. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten vertritt mehr als 100 Institutionen der Jugend- und Erwachsenenbildung.

Bei der Frage nach Bereichen der Zusammenarbeit wird am häufigsten die Kooperation im Rahmen von Bildungsmaßnahmen und Projekten genannt. Dabei handelt es sich vorrangig um die Mitarbeit von Hochschullehrern als Dozenten bei Veranstaltungen der Erwachsenenbildung. Seltener ist die Kooperation bei Veranstaltungen, die in gemeinsamer Verantwortung von Einrichtungen der Weiterbildung und Hochschulen durchgeführt werden.

An zweiter Stelle steht die Ermöglichung des Einblicks in die Praxis der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung für Studierende, meist durch Bereitstellen von Praktikantenplätzen.

---

1) Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Niedersachsen, zum Weiterbildungsauftrag der Hochschulen, ohne Ort und ohne Jahr, S. 3.

2) Vgl. hierzu: Arbeitsausschuß für politische Bildung: Auswertung AapB - Fragebogen zur Kooperation zwischen Trägern der außerschulischen politischen Bildung und Hochschulen, unveröffentlichtes Manuskript, Bonn 1982; sowie: Hans Wilhelm Tölke: Erwachsenenbildung und Hochschule; in: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Außerschulische Bildung, 3/1983, S. B 57 ff.

Ein drittes Kooperationsfeld ist - allerdings weniger häufig als vermutet - die Zusammenarbeit bei der Fortbildung von haupt- und nebenberuflich in der Weiterbildung Tätigen. In der Regel legen die Einrichtungen der Erwachsenenbildung Wert darauf, diese in eigener Verantwortung, unter Mitwirkung von Wissenschaftlern, durchzuführen. Zum Teil führen Verbände Seminare zur Mitarbeiterfortbildung auch in gemeinsamer Verantwortung mit Hochschulvertretern durch.

Jedoch sind die Erwachsenenbildungsträger bestrebt, auf bestimmten Entscheidungsbefugnissen zu bestehen, um zu vermeiden, daß durch außengesteuerte Einflußnahme auf die Mitarbeiterfortbildung die Lernzielautonomie der Träger ausgehöhlt wird.

Die Beurteilung der bisherigen Kooperationserfahrungen reicht überwiegend von problemlos bis gut. Als positiv wird vor allem die für die eigene Arbeit fruchtbare Auseinandersetzung zwischen Wissenschaft und Praxis bewertet. Es werden jedoch auch Einschränkungen gemacht und Probleme der Zusammenarbeit erläutert. Während die Vertreter der Hochschule etwa auf die "Wertfreiheit" der von ihnen vertretenen wissenschaftlich begründeten Argumentationen und Positionen bestehen, gehen die Vertreter politischer Bildung von der Wertbezogenheit und Interessengebundenheit dessen aus, was den Teilnehmern nahe gebracht werden soll. Weitere Probleme bei der Kooperation mit Wissenschaftlern liegen in den Schwierigkeiten zwischen Teilnehmern an Weiterbildungsveranstaltungen und den referierenden Wissenschaftlern, wenn diese sich nicht verständlich ausdrücken können und nicht über die notwendigen pädagogischen Fähigkeiten verfügen.

Befürchtungen, die geäußert werden, beziehen sich vor allem auf eine mögliche Konkurrenz der Hochschulen im Weiterbildungsbereich. Dabei wird geltend gemacht, daß die Hochschulen von ihren Voraussetzungen her im Vorteil seien, weil

sie u.a. besser ausgestattet seien, zentral lägen, Zertifikate vergeben und kostengünstigere und langfristige Angebote entwickeln könnten.

#### 6.4 Weiterbildung in der bildungspolitischen Diskussion

Die Erfahrungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen, welche selbst Weiterbildung betreiben und sich an Weiterbildungsveranstaltungen der Hochschulen beteiligen, lassen verschiedene Intentionen gegenüber der Hochschulweiterbildung erkennen: Diese sind im Falle der freien Erwachsenenbildungsträger geprägt von Konkurrenzangst und dem Bestreben, Eigenprofil zu bewahren, und reichen über konkrete Vorstellungen zu Schwerpunkten und Formen der Wissensvermittlung bei Arbeitgebern bis hin zum Versuch einer sehr weitgehenden strukturellen Einflußnahme seitens der Gewerkschaften.

Wie sehr bei Empfehlungen der Weiterbildungsträger zur Weiterbildung an Hochschulen deren eigene Interessen maßgebend sind, läßt sich anhand der folgenden Gegenüberstellung von Empfehlungen der Arbeitgeber<sup>1)</sup>, Gewerkschaften<sup>2)</sup> und freien Erwachsenenbildungsträger<sup>3)</sup> zu den Kriterien Kooperation, Zugang, Zertifizierung und Finanzierung ablesen.

- 
- 1) DIHT (Hrsg.): Positionspapier der Industrie- und Handelskammern zur Weiterbildung an Hochschulen, Bonn, September 1984, S. 3; sowie: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, a.a.O.
  - 2) Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Niedersachsen, zum Weiterbildungsauftrag der Hochschulen, a.a.O.
  - 3) Jörg Dantscher, Dr. Margret Grobmöller, Karl Jostarndt, Ingeborg Pistol: Vorlage der ad-hoc-Arbeitsgruppe "Hochschule und Weiterbildung" vom 11. März 1982 an den Arbeitsausschuß für politische Bildung.

a) Kooperation

Die Hochschulen fördern die Weiterbildung nach Ansicht des DIHT nur dann sinnvoll, wenn sie sich mit anderen Trägern über Kooperationen und Beteiligungen verständigen, auf andere Träger zugehen und deren Erfahrungen einbeziehen. In der Regel erforderten Kooperationen mit der Wirtschaft und deren Weiterbildungseinrichtungen keine institutionalisierten Lösungen. Vielmehr sollte sich die Zusammenarbeit mit anderen Trägern an den Erfordernissen des Einzelfalles ausrichten.

Folgende Kooperationsmöglichkeiten werden vorgeschlagen:

- "Die Hochschulen sollten weiterhin Räume, vor allem Laboratorien und technische Einrichtungen, anderen Trägern zur Verfügung stellen;
- die teilweise heute schon intensive und erfolgreiche Beteiligung von Hochschullehrern an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger sollte weiter ausgebaut werden. Andererseits sollte eine Beteiligung von Praktikern an den Weiterbildungsveranstaltungen der Hochschulen forciert werden;
- die Hochschulen sollten sich um weitere Kooperationsformen mit der Berufspraxis bemühen, z.B. durch gemeinsame Veranstaltungen."<sup>1)</sup>

Um die Kommunikation zwischen Hochschule und Wirtschaft zu fördern, schlägt die bayerische Wirtschaft die Bildung regionaler Arbeitskreise - nach vereinzelt bereits erfolgreich praktiziertem Muster - vor.

Auch die Gewerkschaften empfehlen die Schaffung von Kooperationsgremien auf örtlicher und regionaler Ebene. Darüber

---

1) DIHT (Hrsg.): a.a.O., S. 3.

hinaus fordern sie, an der konzeptionellen Gestaltung der Weiterbildungsangebote der Hochschulen beteiligt zu werden.

Nach Ansicht der freien Erwachsenenbildungsträger hat sich die bisherige Zusammenarbeit mit den Hochschulen, speziell die Beteiligung von Wissenschaftlern an Veranstaltungen der freien Träger, bewährt. In der Ausdehnung der Weiterbildungstätigkeit von Hochschulen über die Weiterbildung des wissenschaftlichen Personals hinaus sehen die freien Träger allerdings die Gefahr, daß durch das Eingreifen der privilegierten Hochschulen in den "Weiterbildungsmarkt" das plurale Angebot verringert wird und als konkurrenzfähig nur die "großen" freien Träger übrigbleiben. Privilegiert sind ihrer Ansicht nach die Hochschulen u.a. im Hinblick auf ihre Einflußmöglichkeiten, ihr Prestige, ihre Ressourcen (Lehrdeputate, Räume, Infrastruktur), sowie ihre rechtliche und finanzielle Absicherung.

Infolgedessen empfiehlt die ad-hoc-Arbeitsgruppe "Hochschule und Weiterbildung" des Arbeitsausschusses für politische Bildung, daß sich die Hochschulen und freien Erwachsenenbildungsträger über sinnvolle Kooperationsmöglichkeiten verständigen und klären, wie sie sich in ihren spezifischen Aufgaben im Bereich der Weiterbildung ergänzen können.

Mögliche Kooperationsfelder werden beispielsweise gesehen in:

- "Der Aufarbeitung von Forschungsergebnissen zu Lehr- und Lernmaterial entsprechend trägerspezifischen Bedürfnissen,
- der Erforschung von Bildungsprozessen der Jugend- und Erwachsenenbildung,
- Weiterbildungsangeboten für haupt- und nebenberuflich in der Weiterbildung Tätige,
- Beratung der Hochschulen bei der Konzipierung und Erprobung von Ausbildungsgängen und Einblick für Studierende in die Tätigkeit der außerschulischen Jugend-

und Erwachsenenbildung,  
- Kooperation im Rahmen von Projekten." <sup>1)</sup>

Eine derartige Kooperation böte demnach für beide Seiten Vorteile: Sie könnte zur Verbesserung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis führen, den Universitäten Gelegenheit zu praxisnaher Forschung geben und spezifische Formen der Lehre entwickeln helfen, die mit ihrer Organisation, ihren Methoden und Inhalten auch an den verschiedenen Zielgruppen im Rahmen gemeinsamer Bildungsmaßnahmen mit den freien Trägern orientiert ist. Außerdem würden die Kosten reduziert.

#### b) Zugang

Die Wirtschaft spricht sich für ein flexibles System von Zugangsvoraussetzungen zu Weiterbildungsveranstaltungen der Hochschulen aus. Für den Zugang zu den weiterbildenden Studiengängen seien allerdings besonders hohe Ansprüche an die Eignung zu stellen; die Eignung sei nachzuweisen.

Nach Auffassung der Gewerkschaften muß die Weiterbildung an den Hochschulen allen Arbeitnehmern offenstehen. Die Angebote, Arbeitsweisen und Organisationsformen seien nach dieser Zielsetzung zu gestalten.

Die freien Erwachsenenbildungsträger warnen vor der Gefahr, daß der Eindruck entsteht, die Weiterbildung werde zunehmend Aufgabe der Hochschulen, denn damit würden gerade für jene Bevölkerungsgruppen Barrieren errichtet, für die Weiterbildung besonders notwendig ist.

---

1) Jörg Dantscher et al.: a.a.O., S. 2 - 3.

### c) Zertifizierung

Die Wirtschaft befürwortet, daß zum Nachweis der Qualifikation Zertifikate ausgestellt werden, die die erworbenen Kenntnisse beschreiben. Akademische Grade sollten - mit Ausnahme von Zusatz-, Ergänzungs- und Aufbaustudiengängen - in der Weiterbildung von Hochschulen jedoch nicht verliehen werden.

Auch die Gewerkschaften empfehlen, daß die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten der Hochschulen durch Bescheinigungen bestätigt wird. In ihnen seien die Lernbereiche und die erworbenen Qualifikationen inhaltlich zu beschreiben. Prüfungen und Leistungsnachweise sollten freiwillig und studienbegleitend sein. Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften, daß die Abschlüsse langfristig in das geltende Berechtigungssystem der allgemeinen und beruflichen Bildung eingeführt werden.

Die freien Erwachsenenbildungsträger befürchten, daß die Teilnehmer die Hochschulkurse den inhaltlich gleichwertigen Kursen freier Träger vorziehen, wenn für diese Zertifikate ausgestellt werden.

Wenn Hochschulen Teilnahmebescheinigungen, Zertifikate und Diplome für Weiterbildungs-Kurse ausgeben, die eventuell - wie von den Gewerkschaften gefordert - sogar zu Berechtigungen führen, dann stellen die freien Träger die Frage, ob und unter welchen Bedingungen auch sie aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit gleichwertige Bescheinigungen ausstellen können.

### d) Finanzierung

Für die Weiterbildungsveranstaltungen der Hochschulen sind nach Auffassung des DIHT Teilnahme-Entgelte vorzusehen, die eine kostendeckende Finanzierung sicherstellen. Dies sei auch deswegen angebracht, weil sonst der Forschung und Lehre Mittel entzogen würden.

Auch die bayerische Wirtschaft spricht sich für kostendeckende Gebühren aus, wobei insbesondere attraktive Honorare für das Lehrpersonal vorzusehen seien.

Im Gegensatz hierzu fordern die Gewerkschaften grundsätzlich kostenfreie Weiterbildungsangebote der Hochschulen. Für die übrigen Angebote seien vergleichbare Regelungen wie im öffentlich geförderten Weiterbildungsbereich zu treffen. Dem Hochschulpersonal sollte die Lehre im weiterbildenden Studium auf das Lehrdeputat angerechnet werden. Um zu erreichen, daß die Weiterbildung an der Hochschule einen angemessenen Umfang erreicht, schlagen die Gewerkschaften vor, die Angebote in der Hochschulgesamtplanung und in regionalen Strukturplänen zur Entwicklung der Weiterbildung zu beschreiben und in den Haushalten der Hochschulen Mindestanteile für diese Angebote festzuschreiben.

Nach Ansicht der freien Träger geschieht der Einstieg der Hochschulen in die Weiterbildung gegenüber den freien Trägern unter ungleich günstigeren Bedingungen. Sie befürchten, daß sich bei zunehmender Mittelknappheit dieses Verhältnis weiter zuungunsten der freien Träger entwickelt und daß die universitären Maßstäbe der formalen Qualifikation von Referenten in der Weiterbildung, ungeachtet der tatsächlichen Erfordernisse, auch auf Kurse der freien Träger angewandt werden (z.B. in den Richtlinien der Zuschußgeber). Dem steht das Selbstverständnis der freien Träger gegenüber, wonach sie auf Grund ihrer eigenen Strukturen und ihrer unterschiedlichen Lehr- und Lernmethode einen unverzichtbaren Beitrag zur politischen Bildung leisten, der von anderen Bereichen wie Schule und Hochschule nicht geleistet werden könne. Daraus folgern sie, daß, ähnlich wie den Hochschulen, auch den freien Trägern ein gesetzlicher Rahmen und die notwendige finanzielle Ausstattung gewährt werden müsse, die die Wahrnehmung dieser Aufgabe mehr als bisher sicherstellen.

Auf einen neuen Aspekt in der Weiterbildungsdiskussion verwies Dr. Winfried Schlauffke, Geschäftsführer des Instituts der Deutschen Wirtschaft, anlässlich des Kongresses "Weiterbildung auf dem Prüfstand", zu dem die Bayerische Staatsregierung zusammen mit der EG-Kommission am 11./12. Dezember 1986 nach Wildbad Kreuth eingeladen hatte.<sup>1)</sup> Es gehe nicht nur um eine ständige Verbesserung der Produkte. Dafür in den Faktor "Wissen" ("Humankapital") zu investieren, genüge nicht mehr. Die Akzeptanz der Produkte in der Bevölkerung sei genauso wichtig. Eine sich abzeichnende Legitimitätskrise der Unternehmen sowie des naturwissenschaftlich-technischen Bereichs erfordere eine neue Unternehmerverantwortung.

In den 10 Thesen des Instituts der Deutschen Wirtschaft heißt es hierzu: "Weiterbildung wird zunehmend integraler Bestandteil einer Unternehmens- und Führungsphilosophie, die auf Vergrößerung des Freiheitsspielraumes und des Verantwortungsbereiches der Mitarbeiter setzt".<sup>2)</sup>

Die Gegenüberstellung dieser Aussagen zu einem Statement des Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Weiterbildung des Landtages Nordrhein-Westfalen, Hans Frey, veranschaulicht, wie kontrovers die Weiterbildung bildungspolitisch diskutiert wird:

"Für mich hat Weiterbildung den Menschen im Mittelpunkt und dies in einem umfassenden Sinn: die menschliche Existenz in ihren vielfältigen Rollen und gesellschaftlichen Dimensionen. Weiterbildung ist deshalb Teil des menschlichen Grundrechts auf Bildung und darf nicht auf einzelne Bedarfsgesichtspunkte verkürzt werden. Aktuelle politische Bezüge zeigen, daß dies nicht überall so gesehen wird. Die jüngsten Thesen zur Weiterbildung von Frau Bundesministerin Wilms<sup>3)</sup> und der

---

1) Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.): Weiterbildung auf dem Prüfstand; in: Tagungsberichte, Bd. 3, München 1988.

2) Institut der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.): 10 Thesen zur Weiterbildung, Köln 1985, S. 11.

3) Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Thesen zur Weiterbildung; in: Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft, Bd. 8, Bonn 1985 (Anmerkung der Verfasserin).

neueste Weiterbildungsbericht der Landesregierung von Baden-Württemberg<sup>1)</sup> sehen Weiterbildung nicht mehr unter diesem ganzheitlichen Ansatz, sondern messen Weiterbildung zentral an ihrer Bedeutung für die ökonomische Entwicklung, Weiterbildung wird ein funktionaler Begriff, sie reduziert sich auf Hilfe zur Anpassung an die wirtschaftliche und technische Entwicklung"<sup>2)</sup>.

- 
- 1) Landesregierung von Baden-Württemberg (Hrsg.): Bericht der Kommission Weiterbildung, Stuttgart 1984 (Anmerkung der Verfasserin).
  - 2) Hans Frey:Schlußstatement des XIII. Soester Weiterbildungsforums "Recht auf Weiterbildung - Zukunft der Gesellschaft"; in: Informationen Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen, 7/86, S. 30.

## 7 Resümee und Ausblick

### a) Hochschulspezifisches Weiterbildungsprofil; Zielgruppen

Inwieweit sich die Hochschulen im Weiterbildungsbereich etablieren können, hängt u.a. davon ab, ob sie ihre hochschulspezifischen Stärken nutzen.

Ein erstes Aufgabenfeld, auf dem die Hochschulen eine Monopolstellung haben, liegt in der disziplinären fachwissenschaftlichen Weiterbildung, d.h. in der Vermittlung neuester Forschungsergebnisse, der Aktualisierung theoretischen Wissens sowie in der Einbettung berufspraktischer Erfahrungen in fachwissenschaftliche Zusammenhänge.

Ein zweites Aufgabenfeld liegt - aufgrund des fachlich breiten Spektrums der Hochschulen und der zunehmenden Komplexität von Problemen - in der Entwicklung fachübergreifender, tätigkeitsfeldbezogener, praxis- und problemorientierter Weiterbildungsangebote, zu denen etablierte Weiterbildungsveranstalter außerhalb der Hochschulen kein Pendant bieten.

Im Hinblick auf Inhalte und Zielgruppen sollten die Hochschulen ihre Forschungsnähe insofern nutzen, als diese ihnen die Möglichkeit gibt, neue gesellschaftliche Anforderungen, Veränderungen und Problemlagen frühzeitig zu erkennen.

Des Weiteren bietet sich auch eine regionale Orientierung der Hochschulen an, zumal hochschulexterne, zum Teil überregionale Weiterbildungsanbieter Problemlagen der regionalen Praxis kaum aufgreifen und daher ein Bedarf an einer Thematisierung regionalspezifischer Probleme im Rahmen der wissenschaftlichen Weiterbildung bestehen dürfte. Zudem konzentriert sich das Weiterbildungsangebot bisher auf wenige Standorte überwiegend in den Ballungszentren. Hoch-

schulen in wirtschaftlich strukturschwachen Gebieten könnten dazu beitragen, solche Ungleichgewichte abzubauen.

Eine Ergänzung zu den Angeboten anderer Veranstalter kann auch in speziellen Angeboten für Klein- und Mittelbetriebe oder für weniger professionalisierte Berufsgruppen, in denen berufsständische Organisationen und Kammern fehlen, oder für bestimmte gesellschaftliche Zielgruppen, wie beispielsweise Frauen oder arbeitslose Hochschulabsolventen, liegen.

Schließlich könnten sich die Hochschulen auch verstärkt an der Weiterbildungsforschung beteiligen und an der Weiterbildung von haupt- und nebenberuflichen Weiterbildungnern mitwirken.

Innerhalb des Hochschulsystems ist - aufgrund spezifischer Stärken sowohl von Fachhochschulen als auch von wissenschaftlichen Hochschulen - eine Aufgabenteilung denkbar. Entsprechend ihrem institutionellen Profil in der Erstausbildung könnten sich die Fachhochschulen stärker der berufsbezogenen Weiterbildung auf wissenschaftlicher Grundlage widmen und die wissenschaftlichen Hochschulen mehr wissenschafts- und forschungsorientierte Weiterbildungsangebote entwickeln.

Mit der Konzentration auf hochschulspezifische Themen wird der potentielle Adressatenkreis begrenzt. In der berufsbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung, dem Feld auf dem am ehesten Konkurrenz entstehen könnte, ist angesichts des wachsenden Bedarfs mit einer kooperativen Ergänzung zu rechnen.

Grundsätzlich gilt für alle Weiterbildungsangebote der Hochschulen, daß sie der Weiterqualifizierung auf wissenschaftlichem Niveau zum Erhalt und zur Erweiterung der beruflichen, sozialen und personalen Kompetenz der Teilneh-

mer dienen sollten.

#### b) Kooperation statt Konkurrenz

Um unnötige und schädliche Konkurrenz mit anderen Weiterbildungsträgern zu vermeiden und latente Bedarfslagen aufgreifen zu können, müssen die Hochschulen Angebot und Nachfrage auf dem Weiterbildungsmarkt intensiver beobachten und zwar regional wie auch zielgruppenbezogen.

Vorhandene Kontakte der Hochschulen mit ihrem Umfeld müssen mit Blick auf die Weiterbildung ausgebaut werden. Zur Bedarfserhebung, Programmentwicklung und -durchführung sowie zur Evaluation sind Kooperationsbeziehungen zu externen Weiterbildungsträgern und zur beruflichen und gesellschaftlichen Praxis unerlässlich: Zunächst, um einen allgemein formulierten Weiterbildungsbedarf seitens der Praxis und die Möglichkeiten der Hochschule zur Weiterbildung zur Deckung zu bringen; des weiteren, um in methodisch-didaktischer Hinsicht den neuen Anforderungen entsprechende Lehrveranstaltungen zu entwickeln und schließlich, um flexibler auf aktuelle Interessen und Probleme aus der Praxis reagieren zu können.

Kooperationen mit externen Weiterbildungsanbietern sollten sich auch - wie zum Teil bereits üblich - erstrecken auf gemeinsame Veranstaltungen, den Austausch von Dozenten, gegenseitige Programmabsprachen, einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch und auf die Koordination von Weiterbildungsforschung, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Beratung. Wünschenswert wäre hier ein ständiger Kontakt der Weiterbildungsträger in institutionalisierter Form unter Beteiligung der in der Weiterbildung aktiven Hochschulen auf regionaler und überregionaler Ebene. Außerdem sollte - im Interesse der potentiellen Teilnehmer an Weiterbildungs-

veranstaltungen - ein "Weiterbildungsinformationssystem"<sup>1)</sup> mit allen wesentlichen Informationen über Weiterbildungsangebote entwickelt werden.

In welcher Form seitens der Hochschulen die Praxiskontakte aufgebaut und gepflegt werden, ist abhängig von hochschulspezifischen Bedingungen und den verfolgten Weiterbildungszielen. Informelle Kontakte bieten den Vorteil größerer Flexibilität, während institutionalisierte Gremien dauerhafte Kooperationsbeziehungen gewährleisten. In jedem Falle aber sollte dafür gesorgt werden, daß Interessenten und anderen Weiterbildungseinrichtungen in der Hochschule ein Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Darüber hinaus sind für den Ausbau interdisziplinärer weiterbildender Studienangebote und die Entwicklung eines eigenständigen Gesamtkonzepts für Angebote der Weiterbildung auch innerhalb der Hochschule formelle oder informelle Kooperationsbeziehungen zwischen den Fachbereichen sinnvoll.

#### c) Einbindung in die Hochschulstruktur

Um die Ziele der Hochschulweiterbildung besser nach außen vertreten zu können und innerhalb der Hochschule Unterstützung und Beratung bei der Initiierung und Konzeption von Weiterbildungsangeboten geben zu können, bedarf es

- neben engagierten Planern und Organisatoren - einer organisatorisch-institutionellen Integration der Weiterbildung in die Hochschulstruktur. Hierbei handelt es sich - wie bisherige Erfahrungen zeigen - um einen relativ langwierigen Prozeß.

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu: Deutscher Bildungsrat (Hrsg.): Gutachten und Studien der Bildungskommission, Bd. 33, Weiterbildungsinformationssystem - Modellentwurf und Rechtsfragen, Stuttgart 1974.

Eine "Börse" für Veranstaltungen der Weiterbildung hat die IHK Nürnberg eingerichtet. In der Datenbank sind u.a. Lehrgangsträger, -titel, Ort, Zeitpunkt, Zielgruppe, Voraussetzungen für die Teilnahme, Abschluß, Preis und Ansprechpartner gespeichert. Die "Nürnberger Börse" wird ab August 1988 in eine "Weiterbildungsbörse Bayern" übergehen, die z.Zt. mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr als Pilotprojekt der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern München und Augsburg entwickelt wird.

Ein umfassendes oder gar allgemeingültiges Konzept für die Institutionalisierung kann nicht formuliert werden. Vielmehr gilt es, mit kleinen organisatorischen Ansätzen zu beginnen und die einzelnen Initiativen bildungspolitisch, hochschulrechtlich und administrativ zu unterstützen. Die Entscheidung für eine bestimmte Form der Einbindung des weiterbildenden Studiums in die Hochschulstruktur hängt zum einen von der spezifischen Struktur der Hochschule selbst ab und setzt zum anderen eine Vorentscheidung über die intendierten Weiterbildungsziele voraus.

Zentrale Einrichtungen fördern die Entwicklung eigener fachwissenschaftlicher Weiterbildungsaktivitäten in den Fachbereichen und die Konzipierung fachbereichsübergreifender weiterbildender Studiengänge. Sie können die Gegebenheiten auf Fachbereichsebene berücksichtigen und auf zentraler Ebene Koordinierungs- und Serviceaufgaben wahrnehmen, wie z.B. Programmgestaltung, Organisation und Verwaltung, Praxiskooperation und didaktische Beratung.

Die Alternative liegt in der Beschränkung auf fachwissenschaftliche Weiterbildungsaktivitäten einzelner Fachbereiche.

Die Gründung eines hochschulexternen Institutes für wissenschaftliche Weiterbildung, mit der einige Hochschulen auf finanzielle und personelle Engpässe reagiert haben, ist als Schritt auf dem Weg zur Integration des weiterbildenden Studiums in die Hochschule zu sehen. Rückwirkungen der wissenschaftlichen Weiterbildung auf Forschung und Lehre sind auch in diesem Falle denkbar.

#### d) Studienorganisation

Vor allem das Lehrangebot des weiterbildenden Studiums im engeren Sinn soll möglichst aus in sich geschlossenen, curricular geplanten Abschnitten bestehen und die aus der beruflichen Praxis entstandenen Bedürfnisse der Teilnehmer berücksichtigen; dies macht den Einsatz erwachsenengemäßer

Lehr- und Lernformen (Teamarbeit, Projektstudium, Diskussion, Visualisierung etc.) erforderlich. Hinsichtlich der Organisation ist dem Baukastenprinzip, bei dem die Teilnehmer ihre Kurse selbst zusammenstellen und über Umfang und Inhalt der gewünschten Weiterbildung frei entscheiden können, der Vorrang vor dem Lehrgangsprinzip zu geben. Die Veranstaltungsformen müssen eine berufsbegleitende Weiterbildung erlauben. Präsenz- wie Fernstudium, mit ihren jeweils unterschiedlichen Vorzügen, sind - je nach Situation der Nutzer - gleichermaßen geeignet. Mit zunehmendem Medieneinsatz werden neue Lernmedien an Bedeutung gewinnen und neue didaktische Qualifikationen zu entwickeln sein. Zugleich ist das bisherige Netz von Fernstudienzentren auszubauen. Ebenso sind die Öffnungszeiten von Bibliotheken, speziell von Institutsbibliotheken, sowie von Rechenzentren und anderen Einrichtungen zu verlängern.

Sofern die Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Bildungsurlaub besteht, sollte auch dies bei der Organisation des Weiterbildenden Studiums berücksichtigt werden.

Während für das weiterbildende Studium im engeren Sinne ein konzeptioneller Vorlauf erforderlich ist, lassen sich punktuelle Angebote des weiterbildenden Studiums relativ kurzfristig realisieren. Diese finden i.d.R. als Einzel- oder Blockveranstaltungen statt. Sie erstrecken sich auf begrenzte Themenbereiche, in denen ein aktueller, oft sehr spezifischer Weiterbildungsbedarf besteht. Hochschulgetragene Weiterbildung muß dabei grundsätzlich mehr sein als bloße Weitergabe unmittelbar verwertungsbezogener Forschungsergebnisse.

Die Beteiligung der Hochschulen an Veranstaltungen der Weiterbildung anderer Weiterbildungsträger ergibt sich aus den Erfordernissen der Praxis. Dabei werden in wissenschaftlicher Verantwortung der Hochschule in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Weiterbildung Kurse entwickelt, die deren Angebot qualitativ wie quantitativ ergänzen sollen.

Die in Trägerschaft externer Weiterbildungseinrichtungen oder in gemeinsamer Trägerschaft stattfindenden Veranstaltungen sollen vor allem auch weniger lerngewohnte Zielgruppen mit Forschungsergebnissen vertraut machen, die für ihre Arbeits- und Lebensbedingungen relevant sind. Den Hochschulen bietet sich hier die Gelegenheit, den didaktischen Erfahrungsvorsprung der anderen Erwachsenenbildungsträger zu nutzen und Erfahrungen in praxisbezogener Wissensvermittlung zu sammeln. Gleichzeitig fördert die Beteiligung der Hochschulen an Veranstaltungen der Weiterbildung die Einbindung der Hochschule in die Region, was wiederum positive Rückwirkungen auf Forschung und Lehre an der Hochschule hat.

#### e) Bescheinigungen und Abschlüsse

Grundsätzlich sollen für die Teilnahme an Kursen der wissenschaftlichen Weiterbildung Bescheinigungen ausgestellt werden, welche die erworbene Qualifikation inhaltlich ausweisen. Für abgeschlossene Studienleistungen im weiterbildenden Studium sind spezifizierte Zertifikate auszustellen. Studienangebote im Baukastensystem sollen den Erwerb von Leistungsnachweisen studienbegleitend und kumulativ nach dem Credit-Point-System ermöglichen.

Um eine weitere Differenzierung formaler Qualifikationsnachweise zu vermeiden, sollten im Rahmen der Weiterbildung keine eigenen akademischen Grade verliehen werden. Vielmehr geht es darum, daß aus den Teilnahmebescheinigungen und Zertifikaten die Lerninhalte, Lernumfang, Prüfungsverfahren und Leistung des Teilnehmers hervorgehen. Es zeichnet sich ab, daß die im weiterbildenden Studium im engeren Sinne erworbenen Qualifikationen langfristig vom Beschäftigungssystem anerkannt werden.

#### f) Finanzierung

Für die Finanzierung der wissenschaftlichen Weiterbildung ist noch keine endgültige und zufriedenstellende Regelung gefunden worden, zumal mit der Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Art der Finanzierung zugleich eine Entscheidung für oder gegen bestimmte Zielgruppen und Weiterbildungsinhalte verbunden ist. Der Wissenschaftsrat spricht sich dafür aus, daß für die Weiterbildung Teilnahmegebühren vorzusehen seien. Da sich die vom Staat gebührenfrei angebotene Erstausbildung in Zielsetzung und Funktion von der Weiterbildung unterscheidet, sei eine angemessene Beteiligung an den Kosten gerechtfertigt, die den Hochschulen in der Weiterbildung zusätzlich entstehen. Dadurch ließen sich auch Befürchtungen anderer Weiterbildungsanbieter, die Beteiligung der Hochschulen an der Weiterbildung könne zu Wettbewerbsverzerrungen führen, entkräften. Die Gefahr bei der Festsetzung von Gebühren liegt darin, daß - je nach Umfang der Kostenbeteiligung - unter Umständen bestimmte Teilnehmer von der Weiterbildung ausgeschlossen werden, was dem Ziel der sozialen Öffnung der Hochschulen widerspricht, und über Gebühren die Frage der unmittelbaren Verwertbarkeit des Weiterbildungsangebotes in den Mittelpunkt rückt.

In Anbetracht dessen scheint es sinnvoll, für Angebote des weiterbildenden Studiums im engeren Sinne Gebührenfreiheit anzustreben.

Für Angebote des weiterbildenden Studiums mit unmittelbarem und alleinigem Verwendungsbezug könnten teilkostendeckende Gebühren erhoben werden. Bei nachfragespezifischen Weiterbildungsangeboten für die private Wirtschaft ließen sich auch kostendeckende Drittmittel akquirieren.

Die Höhe der Gebühren für Veranstaltungen der Weiterbildung, an denen sich die Hochschulen beteiligen, sollte sich an den Gebührenordnungen der Kooperationspartner orientieren.

Um zu erreichen, daß die Aktivitäten der Hochschulen im Weiterbildungsbereich zunehmen, sind Angebote des Weiterbildenden Studiums im Hochschulgesamtplan vorzusehen und in den Haushalts- und Kapazitätsplanungen der Hochschulen zu berücksichtigen. Denn nicht nur Fächer mit zurückgehender Belegungsdichte, sondern vor allem innovative Disziplinen, die im Erststudium besonders nachgefragt werden, sollten sich der Weiterbildung widmen können.

#### g) Lehrpersonal

Die Weiterbildung gehört gemäß § 2 Abs. 4 Hochschulrahmengesetz<sup>1)</sup> zu den Aufgaben der Hochschule und damit auch zu den Dienstaufgaben des Lehrpersonals und sollte dementsprechend auf das Lehrdeputat angerechnet werden.

Um Initiative und Motivation der Hochschullehrer zu fördern, sollten diese einen weiten Spielraum zur Entfaltung eigener Weiterbildungsinitiativen haben und dafür seitens der Hochschule Unterstützung finden. Vor allem aber bedarf es an den Hochschulen einer Förderung der Bewußtseinsbildung über die gesellschaftliche Bedeutung und Notwendigkeit der Beteiligung von Hochschullehrern an der Weiterbildung. Befürchtungen, ein Engagement in der Weiterbildung könnte seitens der Ministerien im Rahmen von Stellenkürzungen sanktioniert werden, müssen ausgeräumt werden.

Abgesehen davon, daß das Lehrpersonal für Forschung und Lehre aus den in der Weiterbildung gewonnenen Erfahrungen profitiert, sollten für das Lehrpersonal und die Fachbereiche zusätzliche Anreize geschaffen werden. Der Wissenschaftsrat beispielsweise empfiehlt, den Hochschulen einen Teil der Einnahmen aus der Weiterbildung zur eigenen und unmittelbaren Verfügung in Forschung und Lehre zu belassen.<sup>2)</sup> Eine weitere Möglichkeit wäre es, dem Lehrpersonal die über die Regellehrverpflichtung hinausreichende Weiterbildungstätigkeit zusätzlich zu vergüten. Dazu wäre allerdings eine Rechtsänderung erforderlich.

---

1) a.a.O.

2) Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 23

## h) Weiterbildung und Technologietransfer

Einen neuen Stellenwert sowohl in der Praxis als auch an den Hochschulen erhält die Weiterbildung im Zuge der gegenwärtigen Bemühungen um eine Stimulierung des Technologie- und Wissenschaftstransfers. Hier bestehen gute Chancen für einen konstruktiven Dialog mit der Praxis.

Gleichzeitig besteht aber auch die Gefahr, daß sich die Hochschulen in diesem unmittelbaren Verwendungsprozeß zu sehr beschränken lassen. Weiterbildung ist neben Vermittlung und Beratung eine Transfermaßnahme; sie ist aber zugleich mehr, weil sie mit den Forschungsergebnissen zugleich auch deren gesellschaftliche Folgen und ihre wissenschaftlichen Methoden mit thematisieren muß, wenn sie ihren kritischen Anspruch aufrecht erhalten will.

## Anhang

Übersicht 1: Bericht zum Stand der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) - ausgewertete Modellversuche

Hochschule	Modellversuche zur wissenschaftlichen Weiterbildung
RWTH Aachen	- Kontaktstudienmodell Fertigungstechnik
Uni Augsburg	- Kontaktstudium Management (Entwicklung eines interdisziplinären Kontaktstudiums Wirtschaft)
FU Berlin	- Tourismus mit Schwerpunkt Management und regionale Planung - Journalisten-Weiterbildung - Öffentlichkeitsarbeit
FU Berlin/Fernuniversität Hagen	- Medizinische Physik
FU Berlin/FH für Sozialarbeit/Sozialpädagogik Berlin	- Fachkräfte für die psychosoziale Versorgung
Hochschule der Künste Berlin/BBK	- Künstlerweiterbildung
TFH Berlin	- Ausbildung für den feuerwehrtechnischen Dienst, Optimierung der Ausbildung bei Berufs-, Werks- u. freiwilliger Feuerwehr - Ausbildung Arbeitssicherheit: Optimierung der Erwachsenenbildung in Arbeitssicherheit durch Fernstudienkurse
TU Berlin	- Problembezogenes Kontaktstudium Planungs- und Problemlösungsmethoden für Ingenieure im öffentlichen Dienst - Integriertes postgraduales Studium (IPS); Weiterbildung am Fachbereich Internationale Agrarentwicklung
Uni Bochum	- Entwicklung neuartiger Modelle für Einrichtung, Lehrinhalte und zielgruppengerechte Didaktik von Weiterbildungsstudien (Konrub)



Hochschule	Modellversuche zur wissenschaftlichen Weiterbildung
TU Clausthal	- Weiterbildendes Studium - Arbeitsstelle Auslandsstudien
Uni Dortmund	- Entwicklung und Erprobung eines Studienangebots für Senioren zur Ausbildung von Animatoren und Multiplikatoren
Uni Erlangen-Nürnberg	- Projektorientiertes Verbundstudium
Fernuniversität GHS Hagen	- Entwicklung und Erprobung von Fernstudienangeboten zur Arbeitswissenschaft
FH Hamburg	- Entwicklung und Erprobung von Kontaktstudienangeboten in den Bereichen Energietechnik und Sicherheitstechnik
Uni Hannover	- Weiterbildendes Studium Arbeitswissenschaften
Uni Hannover/ ZfW	- Umwelterziehung
GHS Kassel	- Entwicklung eines Ergänzungsstudiums "Umweltsicherung" in Kombination mit Kontaktstudiengängen
Erz.wiss.HS Landau	- Betriebspädagogik (Beta-Projekt)
Uni Osnabrück/ Kath. FH Norddeutschland	- Weiterbildendes Studium für Lehrpersonen an Schulen des Gesundheitswesens (MTA/Krankenpflege; Teilprojekt)
FHS Osnabrück/ Kath. FH Norddeutschland	- Neue Studienangebote für Tätigkeitsfelder im Gesundheitswesen; Pflegedienstltg. im Krankenhaus
Uni Tübingen	- Organisation der wissenschaftlichen Weiterbildung an Universitäten - Biologische Grundlagen der Ökologie (Weiterbildungsprogramm)
FH Wiesbaden	- Kooperationssystem Weiterbildung

Übersicht 2: Strukturen und Bedingungen des weiterbildenden Studiums - für die Untersuchung ausgewählte Studienmodelle

Wissenschaftliche Hochschule	Weiterbildendes Studienangebot
Augsburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kontaktstudium Management</li> <li>- Kontaktstudium Lehrer</li> <li>- Kontaktstudium Erwachsenenbildung</li> </ul>
Bayreuth	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kontaktstudium Afrikanologie</li> </ul>
Berlin (FU)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterbildendes Studium Math. Modelle Geowissenschaft</li> <li>- Weiterbildendes Studium Medizinische Physik</li> <li>- Weiterbildendes Studium Journalisten-Weiterbildung</li> <li>- Weiterbildendes Studium Psychosoziale Versorgung</li> <li>- Weiterbildendes Studium Vorklassenleiter ausländischer Schüler</li> </ul>
Berlin (HdK)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Künstlerweiterbildung</li> </ul>
Berlin (TU)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterbildendes Studium Energieberater</li> <li>- Weiterbildendes Studium internationale Agrarentwicklung</li> </ul>
Bochum	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterbildendes Studium Weiterbildung</li> <li>- Weiterbildendes Studium Lehrer Sekundarstufe I, II</li> <li>- Weiterbildendes Studium Entwicklungs-Konstruktions-Fertigung</li> <li>- Weiterbildendes Studium Stadt- und Regionalplanung</li> <li>- Weiterbildendes Studium Personal- und Sozialwesen</li> </ul>
Bremen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zusatzstudium Weiterbildung</li> <li>- Kontaktstudium Weiterbildung</li> </ul>
Clausthal	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterbildendes Studium Auslandsstudium</li> </ul>
Dortmund	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterbildendes Studium Weiterbildung</li> </ul>



Wissenschaftliche Hochschule	Weiterbildendes Studienangebot
Freiburg (PH)	- Kontaktstudium Erwachsenenbildung
Frankfurt	- Weiterbildendes Studium psychologische Aspekte der Personalführung
Hagen	- Weiterbildendes Studium Humanwissenschaften
Hamburg	- Weiterbildendes Studium Mathematik für Computeranwender - Weiterbildendes Studium Weiterbildung - Weiterbildendes Studium Kriminologie
Hannover	- Weiterbildendes Studium Arbeitswissenschaft - Weiterbildendes Studium Bauingenieurwesen - Weiterbildendes Studium Weiterbildung - Weiterbildendes Studium Strafrechtspflege
Hildesheim	- Weiterbildung zum Beratungslehrer - Evangelische Theologie
Kaiserslautern	- Mathematische Weiterbildung
Kassel	- Weiterbildendes Studium Energietechnik - Weiterbildendes Studium Ausländerpädagogik
Landau	- Wissenschaftliches Studium Betriebspädagogik
Ludwigsburg (PH)	- Kontaktstudium Erwachsenenbildung
Mainz	- Kontaktstudium Sprachandragogik
Mannheim	- Kontaktstudium Lehrer
Osnabrück	- Weiterbildendes Studium Lehrpersonal Gesundheitswesen
Tübingen	- Kontaktstudienangebot Psychologische Behandlungsverfahren



Übersicht 3: Zusammenfassung des Rücklaufs der Anfrage des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus\* an die bayerischen Hochschulen bezüglich wirtschaftsbezogener Weiterbildung (Stand: Sommer 1986)

Hochschule	Weiterbildungsangebot
Uni Augsburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kontaktstudium Management (mit Sonderveranstaltungen, Messen und Kongressen)</li> <li>- "Augsburger Konjunkturgespräch" (jährlich einmalige Veranstaltung des FB's WISO in Kooperation mit IHK)</li> <li>- Kontaktstudium Erwachsenenbildung</li> </ul>
Uni Bamberg	<ul style="list-style-type: none"> <li>- "Arbeitskreis Wirtschaft und Verwaltung an der Uni Bamberg e.V." tritt als Veranstalter von Weiterbildungsveranstaltungen auf</li> <li>- Kontaktstelle für Universitäre Erwachsenenbildung               <ul style="list-style-type: none"> <li>. Weiterbildung innerhalb der Universität:                   <ul style="list-style-type: none"> <li>Organisation, Beratung und Betreuung des Gasthörerstudiums;</li> <li>Weiterbildung des wissenschaftlichen Universitätspersonals;</li> <li>Beratung im Aufbaustudiengang Andragogik</li> </ul> </li> <li>. Weiterbildung außerhalb der Universität (Universitätswochen, Einzelveranstaltungen)</li> <li>. Grundlagenforschung zur wissenschaftlichen Weiterbildung</li> </ul> </li> </ul>
Uni Bayreuth	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Fakultäten Mathematik/Physik und Recht/Wirtschaftswissenschaften bieten eigene, kurzfristige Weiterbildungsangebote an und letztgenannte Fakultät beteiligt sich an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger</li> <li>- das betriebswirtschaftliche Forschungszentrum für Fragen der mittelständischen Wirtschaft e.V. beteiligt sich an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger</li> <li>- Weiterbildendes Studium Afrikanologie</li> </ul>

\* Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: KMS vom 21.4.1986, Nr. I B 10 - 6/53 381.

Hochschule	Weiterbildungsangebot
Uni Erlangen-Nürnberg	<ul style="list-style-type: none"> <li>- vielfältige, punktuelle Weiterbildungsangebote</li> <li>- Fortbildungskongresse</li> <li>- Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger</li> </ul>
Uni München	<p>allgemein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Seminare auf der Basis informeller Kontakte</li> <li>- Angebote im Rahmen der Lehrerfortbildung</li> </ul> <p>Fachbereich Rechtswissenschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- e.V. veranstaltet "Münchener Steuerfachtagungen"</li> <li>- Schwerpunktzyklus "Ost-Wirtschafts- und Zivilrecht" (4 Semester) ist auch für die Öffentlichkeit zugänglich</li> </ul> <p>Fachbereich Philosophie, Wissenschaftstheorie und Statistik:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger</li> <li>- Kolloquien mit Praktikern</li> </ul> <p>Fachbereich Mathematik:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- "Versicherungsmathematisches Seminar und Kolloquium"</li> <li>- Sprechstunden für statistische Beratung</li> <li>- "Fortbildungsvorlesung Mathematik"</li> </ul>
TU München	<p>Fachbereich Architektur:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ringvorlesung</li> <li>- "Werkstattberichte", veranstaltet in Kooperation mit Bayer. Architektenkammer</li> <li>- Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger</li> </ul> <p>Fachbereich Bauingenieur-Vermessungswesen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- punktuelle Weiterbildungsveranstaltungen</li> <li>- Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger</li> <li>- Weiterbildungsveranstaltungen für Ingenieure der bayer. Flurbereinigungsverwaltung</li> <li>- "HS-Forum für die Praxis" im Bereich Tunnelbau und Baubetriebslehre (jährl. eine ganztägige Veranstaltung; eine zweite Veranstaltung findet jährlich gemeinsam mit dem Bauindustrieverband statt)</li> </ul>

Hochschule	Weiterbildungsangebot
TU München	<ul style="list-style-type: none"> <li>- "Wasserbauliche-Themen - aus der Praxis für die Praxis" (ganzse-mestriige Lehrveranstaltungen im WS, eine Doppelstunde pro Woche)</li> <li>- jährl. ein- bis zweitätige Fort-bildungsseminare in den Fachge-bieten Abwassertechnik, Wasser-versorgung und Abfalltechnik</li> <li>- Betreuung und Leitung von Fortbil-dungsseminaren der Vereinigung der Straßenbau- und Verkehrsingenieure in Bayern (jährl. 10 ganztägige Veranstaltungen)</li> </ul> <p>Elektrotechnik:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Tagungen, Tages-, Kontaktseminare und Kurse</li> <li>- Ringvorlesungen</li> <li>- Beteiligung an Weiterbildungsver-anstaltungen anderer Träger</li> </ul> <p>Fachbereich Maschinenwesen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kurse für Teilnehmer aus der Wirt-schaft, die in Zusammenarbeit mit der Industrie von und in den Lehr-stühlen angeboten werden</li> <li>- Beteiligung an Weiterbildungsver-anstaltungen anderer Träger</li> <li>- Öffnung der grundständigen Lehrver-anstaltungen für Praktiker: spe-ziell die Seminare am späten Frei-tagnachmittag sind etwa zu 50 % von Praktikern besucht</li> </ul>
Uni Passau	<p>Fachbereich Wirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Fertigungswirtschaftliche Kollo-quien</li> <li>- Kontaktseminare in Zusammenarbeit mit der IHK und mit Unterstützung des "Neuburger Gesprächskreises" 1)</li> <li>- Programmkatalog anhand welchem sich die Unternehmen selbst Weiter-bildungsveranstaltungen auswählen und zusammenstellen können</li> </ul> <p>Fachbereich Rechtswissenschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- "Arbeitsrechtliches Praktikerse-minar"</li> </ul>

1) Zusammenschluß von rund 150 Betrieben aus dem Süddeutschen Raum, deren Vertreter sich periodisch mit Vertretern der Hochschule in Schloß Neuburg treffen, um Themen aus Wirtschaft und Wissenschaft zu diskutieren, und deren Ziel es ist, den Kontakt zwischen Hoch-schule und Wirtschaft zu intensivieren.

Hochschule	Weiterbildungsangebot
Uni Regensburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>- versucht, im Rahmen v. OTTI<sup>1)</sup> auf die Forschung der Fakultäten durch Einladungen und Vorträge aufmerksam zu machen</li> <li>- Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger</li> </ul>
FH Augsburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>- einmaliger EDV-Lehrgang in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Augsburg</li> <li>- ein Teil der Vorlesungen und Seminare aus den Wahlpflichtfächern (Elektrotechnik, AW/Informatik, Architektur) ist für die Öffentlichkeit zugänglich</li> </ul>
FH Coburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger</li> </ul> <p>Fachbereich Maschinenbau:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterbildungslehrgang "CNC-Grundausbildung für die betriebliche Praxis" (106 Std.)</li> </ul>
FH Kempten	<ul style="list-style-type: none"> <li>- "Kontaktkreis Fremdenverkehr und Hoteladministration an der FH Kempten" tritt als Veranstalter von Weiterbildungsveranstaltungen auf</li> <li>- "Kontaktkreis Logistik an der FH Kempten" tritt als Veranstalter von Weiterbildungsveranstaltungen auf</li> <li>- Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Trägern</li> <li>- Beteiligung an Veranstaltungen der Weiterbildung (Internationale Akademie Kempten; Handwerkskammer)</li> </ul>
FH Landshut	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger</li> </ul>
FH München	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterbildung auf Einzelaktionen beschränkt</li> </ul>
FH Nürnberg	<p>Technik:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterbildungsseminare im ZAM (insbes. Nachrichten- und Feinwerktechnik)</li> <li>- Werkstofftechnik: Ein Kolloquium pro Semester; jährl. eine Arbeitstagung der "Ehemaligen"</li> <li>- Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger</li> </ul>

1) Ostbayerisches Technologie-Transfer-Institut

Hochschule	Weiterbildungsangebot
FH Nürnberg	<p><b>Wirtschaft:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterbildungsveranstaltungen im ZAM</li> <li>- "Hochschulseminare e.V." = Träger von Weiterbildungsveranstaltungen</li> </ul> <p><b>Sozialwesen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterbildender Studiengang "Praxisberater/Supervisor" (4 Semester)</li> </ul>
FH Regensburg	- Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger
FH Rosenheim	- Beteiligung an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Träger
FH Weihenstephan	- eigene Fachtagungen und Weiterbildungsseminare zu bestimmten Fachgebieten

## Literaturverzeichnis

- Allesch, Jürgen: Wissenschaftstransfer und universitäre Weiterbildung; in: Freie Universität Berlin (Hrsg.): Modellversuch Wirtschaftswissenschaften, Heft 10, Berlin 1980
- Allesch, Jürgen; Brause, Dagmar; Preiß, Dagmar: Bestandsaufnahme berufsbezogener wissenschaftlicher Weiterbildung 1979; in: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Schriftenreihe Hochschule, Bd. 35, Bonn 1981
- Allesch, Jürgen; Brause, Dagmar; Martin, Hans-Jürgen; Preiß, Dagmar; Weiterbildung an den Fachhochschulen; in: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Schriftenreihe Hochschule, Bd. 41, Bonn 1982
- Allesch, Jürgen: Innovationsimpulse durch die Hochschulen; in: Die Umschau 22/1983
- Allesch, Jürgen; Preiß, Dagmar: Struktureller Wandel und wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen. Dokumentation eines Experten-Kolloquiums in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; in: Technische Universität Berlin (Hrsg.): Dokumentation Kongresse und Tagungen, Heft 17, Berlin 1983
- Allesch, Jürgen; Brodde, Dagmar; Martin, Hans-Jürgen; Preiß, Dagmar: Berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen: Perspektiven und Modelle; in: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Schriftenreihe Hochschule, Bd. 45, Bonn 1983
- Allesch, Jürgen; Preiß-Allesch, Dagmar: Kooperation zwischen Hochschule und Berufspraxis in der technisch-wirtschaftswissenschaftlichen Weiterbildung; in: Technische Universität Berlin (Hrsg.): Dokumentation Kongresse und Tagungen, Heft Nr. 22, Berlin 1984
- Allesch, Jürgen; Preiß-Allesch, Dagmar: Technologie und Management; in: Technische Universität Berlin (Hrsg.): Dokumentation Kongresse und Tagungen, Heft 23, Berlin 1984
- Allesch, Jürgen; Kerler, Wolfgang; Preiß-Allesch, Dagmar; Terlaak, Rainer: Technisch-wirtschaftswissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen; in: Innovation und Management, Bd. 2, Berlin 1985
- Allesch, Jürgen; Amann, Rolf; Preiß-Allesch, Dagmar: Innovationsimpulse durch Universitäten - Erfahrungen, Modelle und Maßnahmen im internationalen Vergleich, Berlin 1986

- Arbeitsausschuß für politische Bildung: Auswertung AapB-Fragebogen zur Kooperation zwischen Trägern der außerschulischen politischen Bildung und Hochschulen, unveröffentlichtes Manuskript, Bonn 1982
- Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Das Arbeitsprogramm des AUE; in: AUE-Beiträge Nr. 1, Hannover 1981
- Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Weiterbildung des nicht-wissenschaftlichen Hochschulpersonals an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins; in: AUE-Beiträge Nr. 6, Hannover 1980
- Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Weiterbildungsaufgaben der Hochschulen; in: AUE-Beiträge Nr. 7, Hannover 1980
- Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Hochschulweiterbildung und Fernstudium; in: AUE-Beiträge Nr. 11, Hannover 1982
- Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Zwischenbilanz zur Weiterbildung des Hochschulpersonals; in: AUE-Beiträge Nr. 12, Hannover 1982
- Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Stellungnahme des 137. Plenums der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Hochschule und Weiterbildung; in: AUE-Informationen Nr. 271, Hannover 1982
- Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Weiterbildung durch Hochschullehrer; in: AUE-Beiträge Nr. 15, Hannover 1983
- Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Zentrale Einrichtungen/Kontaktstellen für Weiterbildung an Hochschulen. Bestandsaufnahme und Einzeldarstellungen; in: AUE-Beiträge Nr. 16, Hannover 1983
- Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Projekt Strukturen und Bedingungen des weiterbildenden Studiums, Hannover 1984
- Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung - Projektabschlussbericht, Hannover 1985
- Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Wissenschaftliche Weiterbildung als Transferstrategie - Zentrale Hochschuleinrichtungen als Institutionen der wissenschaftlichen Weiterbildung; in: AUE-Beiträge Nr. 18, Hannover 1985
- Bamberg, Hans-Dieter; Kröger, Hans Jürgen; Kuhlmann, Reinhard (Hrsg.): Hochschule und Gewerkschaften, Köln 1979

- Bartz, Wilfried J.: Das Kontaktstudium an der Technischen Akademie Esslingen; in: Kochs, Michael; Dandl, Johann (Hrsg.): Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 47, Hamburg 1978
- Bartz, Wilfried J.: Kooperation zwischen Hochschulen und freien Weiterbildungsträgern; in: Technische Universität Berlin (Hrsg.): Dokumentation Kongresse und Tagungen, Heft 22, Berlin 1984
- Bayerischer Landtag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/7642
- Bayerischer Landtag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/4046
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: KMS vom 21.4.1986 Nr. I B 10 - 6/53 381
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.): Weiterbildung auf dem Prüfstand; Tagungsberichte, Bd. 3, München 1988
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr: Schreiben Nr. 0533f - IV/3d-59 131 vom 7. Januar 1986
- Bünthe, Gudrun: Arbeitsgruppe Wissenschaftsladen; in: Jahresbericht 1984 der Forschungsgesellschaft Anstiftung e.V.
- Bund-Länder-Kommission (Hrsg.): Auswertungsbericht zum Bereich "Weiterbildende Studienangebote", ohne Ort und ohne Jahr
- Bund-Länder-Kommission (Hrsg.): Auswertungsbericht zum Bereich "Studienreform - Entwicklung von Studiengängen für neue berufliche Tätigkeiten", ohne Ort und ohne Jahr
- COMETT-Programm der EG; in: Transfer-Information 1/1986
- Dantscher, Jörg; Grobmöller, Margret; Jostarndt, Karl; Pistol, Ingeborg: Vorlage der ad-hoc-Arbeitsgruppe "Hochschule und Weiterbildung" vom 11. März 1982 an den Arbeitsausschuß für politische Bildung
- Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grundangebot Weiterbildung; in: Schriftenreihe Bildungsplanung, Bd. 34, Bonn 1981
- Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Hochschule und Wirtschaft - Möglichkeiten und Hemmnisse der Zusammenarbeit; in: Studien zu Bildung und Wissenschaft, Bd. 7, Bad Honnef 1984
- Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft aktuell, Heft 6, Bonn 1985
- Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Thesen zur Weiterbildung; in: Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft, Bd. 8, Bonn 1985
- Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildungsverhalten 1985; in: Bildung-Wissenschaft-Aktuell 7/87

- Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.):  
Technologie- und Wissenstransfer an den deutschen  
Fachhochschulen; in: Schriftenreihe Studien zu Bil-  
dung und Wissenschaft, Nr. 46, Bad Honnef 1987
- Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Bremen  
(Hrsg.): Bericht zum Stand der wissenschaftlichen  
Weiterbildung an den Hochschulen in der Bundesrepublik  
Deutschland und Berlin (West), Bremen 1984
- Deutscher Bildungsrat (Hrsg.): Strukturplan für das Bil-  
dungswesen, Bonn 1970
- Deutscher Bildungsrat (Hrsg.): Gutachten und Studien der  
Bildungskommission, Bd. 33, Weiterbildungsinforma-  
tionssystem - Modellentwurf und Rechtsfragen, Stutt-  
gart 1974
- Deutsches Handwerksinstitut (Hrsg.): Tätigkeitsbericht 1984,  
München 1985
- DGB-Bundesvorstand, Abt. Gesellschaftspolitik: Regionale  
Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprob-  
leme durch Kooperationsstellen, unveröffentlichter  
Abschlußbericht, Düsseldorf 1986
- DIHT (Hrsg.): Positionspapier der Industrie- und Handels-  
kammern zur Weiterbildung an Hochschulen, Bonn, Sept.  
1984
- Dikau, Joachim: Die Aufgabe der Universitäten in der Er-  
wachsenenbildung angesichts gesellschaftlicher Er-  
wartungen, Defizite und Erfordernisse; in: Krüger,  
Wolfgang (Hrsg.): Universität und Erwachsenenbildung  
in Europa, Braunschweig 1978
- Dikau, Joachim: Weiterbildungsaufgaben der Hochschulen; in:  
Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.):  
Schriftenreihe Bildungsplanung, Bd. 40, Bonn 1982
- Dörhage, Walter: Bildungsurlaub an der Hochschule - Die Som-  
merhochschule der HWP; in: Stahr, Ingeborg (Hrsg.):  
Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 73, Hamburg 1982
- Exportakademie Baden-Württemberg: Informationsmappe
- Faber, Werner (Hrsg.): Weiterbildung aktuell - Angebote  
bayerischer Universitäten, Bamberg 1979
- Faber, Werner; Dieckhoff, Klaus: Gasthörer an westdeutschen  
Universitäten; in: Beiträge und Materialien zur wissen-  
schaftlichen Weiterbildung, Bamberg 1985
- Faulstich, Peter: Erwachsenenbildung und Hochschule, Mün-  
chen - Wien - Baltimore 1982
- Fengler, Harald; Jankofsky, Bernd; Reibstein, Erika; Weiß-  
bach, Jürgen: Berufliche Qualifikation und Hochschul-  
zugang; in: Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung  
der Universität Oldenburg (Hrsg.): Informationen zur  
wissenschaftlichen Weiterbildung, Bd. 21, Oldenburg 1983

- Fichtner, Dieter: COMETT kommt am 1. Januar; in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ) 15-16/1986
- Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Niedersachsen, zum Weiterbildungsauftrag der Hochschulen, ohne Ort und ohne Jahr
- Frey, Hans: Schlußstatement des XIII. Soester Weiterbildungsforums "Recht auf Weiterbildung - Zukunft der Gesellschaft"; in: Informationen Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen, 7/86
- Gerhard, Rolf: Bedarfsermittlung als Ansatz zur Entwicklung weiterbildender Studiengänge für ausgewählte Berufsfelder - ein neues Entwicklungsprojekt an der Universität Hamburg; in: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): AUE-Informationsdienst Hochschule und Weiterbildung 2/1983
- Gerhard, Rolf: Bedarfsermittlung für ein weiterbildendes Studium für hauptberufliche Weiterbilder in Hamburg; in: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): AUE-Informationsdienst Hochschule und Weiterbildung 1/1986
- Gerhard, Rolf; Schneider, Werner: Tätigkeiten, Anforderungen und Weiterbildungsbedarf in ausgewählten Berufsfeldern (TAWAB)-Forschungsbericht; in: Universität Hamburg (Hrsg.): Weiterbildung, Bd. 3, Hamburg 1986
- Gesamthochschule Kassel (Hrsg.): Arbeitsbericht 1980/81; in: Materialien zur Weiterbildung 13
- Goedecke, Wolfgang: Wissenschaftliche Weiterbildung an der Universität Mannheim - ein Modellvorhaben; Exposé, Mannheim 1986
- Grundlagen der Weiterbildung e.V. (Hrsg.): Grundlagen des Weiterbildungsrechts (Loseblattsammlung)
- Handwerksrechtsinstitut München: Rechtsverhältnisse der Forschungsinstitute im Deutschen Handwerksinstitut e.V., unveröffentlichtes Manuskript, München ohne Jahr
- Hatzius, Albrecht: Rechtsgrundlagen der wissenschaftlichen Weiterbildung durch Hochschulen, Hamburg 1984 (unveröffentlicht)
- Hochschulrahmengesetz (HRG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 9.4.1987 (BGBl I S. 1170)
- Hoffmann, Lutz: Berufliche Qualifikationsanforderungen und tätigkeitsfeldbezogene wissenschaftliche Weiterbildung; in: Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung, Gesamthochschule Kassel (Hrsg.): Werkstattberichte, Bd. 6, Kassel 1981

- Holste, Werner: Universal- und Spezialangebote für Führung - Technische Akademie Wuppertal (TAW); in: Institut der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Berichte zur Bildungspolitik 1980/81 des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln 1980
- Institut der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.): 10 Thesen zur Weiterbildung, Köln 1985
- Keil, Reinhard: Wissenschaftsläden: Ein Beispiel für ein neues Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft; in: Ermert, Karl (Hrsg.): Loccumer Protokolle 6/1982
- Kochs, Michael: Strukturprobleme der Hochschulen bei der Einrichtung des Kontaktstudiums (Thesen); in: Kochs, Michael; Dandl, Johann (Hrsg.): Kontaktstudium in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1978
- Kochs, Michael: Transferorientierte Weiterbildung an deutschen Hochschulen; in: Transferinformation 4/1985
- Koeder, Kurt W.: Berufsbegleitendes Studium; in: Beruf und Bildung, Bd. 9, Grafenau/Württemberg 1983
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): COMETT-Leitfaden für Antragsteller 1986/87
- Kontaktstelle für wissenschaftliche, künstlerische und berufliche Weiterbildung der Gesamthochschule Kassel (Hrsg.): Kurzinformation vom April 1985
- Kooperationsprojekt Hochschule/Gewerkschaften; in: Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Gewerkschaftliche Bildungspolitik Nr. 5/86, Beilage
- Landesregierung von Baden-Württemberg (Hrsg.): Bericht der Kommission Weiterbildung, Stuttgart 1984
- Langguth, Heide; Loeber-Pautsch, Uta: Arbeiterinnen und Landfrauen - Weiterbildung auf dem Lande; in: Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Oldenburg (Hrsg.): Informationen zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Bd. 20, Oldenburg 1983
- Mächler, Stefanie: Wissenschaftsläden; in: Das Forum 4/1985
- Noll, Heinz-Herbert: Weiterbildung und Berufsverlauf; in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 15/1986
- Oechsler, Walter: Integration von Weiterbildung und Wissenschaftstransfer in einem regionalspezifischen Arbeitskreis; in: Technische Universität Berlin (Hrsg.): Dokumentation Kongresse und Tagungen, Heft 22, Berlin 1984
- Oechsler, Walter: Universität Bamberg - Weiterbildungsprogramme des Arbeitskreises für Wirtschaft und Verwaltung; in: Innovation und Management, Bd. 2, Berlin 1985

- Oppolzer, Siegfried: Konzepte und Modelle berufsbezogener Weiterbildung durch Wirtschaft und Hochschulen - Arbeitskreis für Wirtschaft und Verwaltung an der Universität Bamberg e.V.; Kurzreferat, Kreuth 1986, in: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.): Weiterbildung auf dem Prüfstand; Tagungsberichte, Bd. 3, München 1988.
- Peters, Elke: Universität Mannheim - Weiterbildungsprogramm für Führungskräfte der Wirtschaft; in: Innovation und Management, Bd. 2, Berlin 1985
- Peters, Elke: Weiterbildung für die Wirtschaft; in: Uni-Report, Oktober 1985
- Peters, Otto: Auswahl und Gestaltung der Weiterbildungsangebote an Universitäten; in: Recht der Jugend und des Bildungswesens, Heft 5, 1981
- Peters, Otto; Pfundtner, Raimund: Studium neben dem Beruf: Ergebnisse eines Forschungsprojektes; Weinheim, Basel 1986
- Preiß-Allesch, Dagmar: Vermittlung innovatorischer Qualifikationen durch Weiterbildung und Technologietransfer; in: Transfer-Information, Heft 1/1984
- Prokop, Ernst: Wissenschaftliche Weiterbildung; in: Erwachsenenbildung, Jg. 26, 1980, Heft 3
- Schmied, Erhard: Die Besucher von Veranstaltungen wissenschaftlicher Weiterbildung in Rheinland-Pfalz 1985; in: Universität Mainz (Hrsg.): Berichte und Beiträge zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Bd. 19, Mainz 1986
- Schröder, Dirk: Arbeitsmarkt- und Qualifikationsanalyse (AQUA); in: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): AUE-Informationsdienst Hochschule und Weiterbildung 2/1983
- Schröder, Dirk: Theoriegrundlagen wissenschaftlicher Weiterbildung - system-theoretische Überlegungen zu einem funktionsbezogenen Modell wissenschaftlicher Weiterbildung an Hochschulen durch Kurse, Seminare, Konferenzen; in: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Hochschule, Weiterbildung und Arbeitsmarkt; Beiträge Nr. 17, Hannover 1984
- Schröder, Dirk: Brem-Tec 1986 - Bericht über ein neues Projekt der Zentralstelle für Weiterbildung (Universität Bremen) im Schnittbereich Wissenschaft/Wirtschaft; in: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): AUE-Informationsdienst Hochschule und Weiterbildung 3/1986, Hannover 1986
- Schrumpf, Klaus: Technische und wirtschaftswissenschaftliche Weiterbildung; in: Institut der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Berichte zur Bildungspolitik 1980/81 des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln 1980

- Schuchardt, Klaus; Nagel, Friedrich-Otto: Handwerk und Hochschule - Möglichkeiten der Kooperation aus der Sicht des Handwerks; in: Gesamthochschule Kassel (Hrsg.): Prisma, Nr. 25, Kassel 1980
- Schulenberg, Wolfgang, Loeber, Heinz-Dieter; Loeber-Pautsch, Uta; Pühler, Susanne: Soziale Faktoren der Bildungsbereitschaft Erwachsener, Stuttgart 1978
- Helmut: Fach- und Führungskräfte als Dozenten für die berufsbegleitende Erwachsenenbildung; in: Kochs, Michael; Dandl, Johann (Hrsg.): Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 47, Hamburg 1978
- Swoboda, Wolfgang H.: Universitäre Erwachsenenbildung; in: Knoll, Joachim H. (Hrsg.): Studien zur internationalen Erwachsenenbildung, Bd. 4, Köln 1983
- Toelke, Hans Wilhelm: Erwachsenenbildung und Hochschule; in: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Außer-schulische Bildung 3/1983
- Trommsdorff, Volker: Weiterbildungsseminare im Rahmen des Technologietransfers; in: Technische Universität Berlin (Hrsg.): Dokumentation, Kongresse und Tagungen, Heft Nr. 22, Berlin 1984
- Trommsdorff, Volker: Qualifizierungsprogramme für Innovationsmanagement; in: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Wissens- und Technologietransfer aus deutschen und britischen Hochschulen; Studien zur Bildung und Wissenschaft, Heft 10, Bonn 1986
- Uechtritz, Michael: "Kooperationsverträge" zwischen Hochschulen und gesellschaftlichen Verbänden; in: Schriften zum öffentlichen Recht, Bd. 454, Berlin 1983
- Unikontakt Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.): Informations-transfer-, Beratungs- und Technologieförderungseinrichtungen an Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland sowie anderer Träger, Bochum 1984
- Weißbach, Jürgen; Wolf, Ernst: Weiterbildungseignungsverordnung? - Das Qualifizierungsproblem in der Weiterbildung; in: Kuhlmann, Reinhard; Leittretter, Siegfried; Lenk, Erhard; Otulakowski, Dieter (Hrsg.): Hochschule und Weiterbildung, Köln 1982
- Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hrsg.): Übersicht über weiterführende Studienangebote an den Mitgliedshochschulen, Stand März 1986; in: Dokumentation Nr. 13 und 14, Bonn 1986
- Wissenschaftsrat (Hrsg.): Empfehlungen zur Weiterbildung an den Hochschulen, Köln 1983
- Woortmann, Geerd: Unternehmen zur Weiterbildung; in: Fortbildung, 30. Jahrgang, Heft 2, Juni 1985

Zentrum für angewandte Mikroelektronik der bayerischen Fachhochschulen e.V. (Hrsg.): ZAM, 1986

Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Oldenburg (Hrsg.): Öffnung der Universitäten für ältere Erwachsene; in: Informationen zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Bd. 14, Oldenburg 1980

ISBN

3 - 927044 - 02 - 4